



1)

„Der Sport ist das Erbe aller Menschen und nichts kann sein Fehlen ersetzen.“ – Pierre de Coubertin (1863–1937), französischer Pädagoge und Historiker, Begründer der Olympischen Spiele der Neuzeit

Bericht des Bundesministers für Landesverteidigung und Sport über die

Umsetzungsmöglichkeiten des Weißbuches „Sport“ der EU-Kommission in Österreich

unter Bezugnahme auf die Entschließung Nr. 26/E des Nationalrates vom 21. April 2009 betreffend "Umsetzung der im 'Weißbuch Sport' (EK) formulierten Ziele"

¹⁾ © Europäische Gemeinschaften 2007, ISBN 978-92-79-06549-1, Europäische Kommission - Weißbuch Sport

Inhaltsverzeichnis

1.	Ausgangslage.....	1
1.1.	Rechtsgrundlagen und allgemeine Einschätzung	1
1.2.	Zielsetzung der EU-Kommission	2
1.3.	Inhalt des Weißbuchs.....	2
2.	Stellungnahmen auf europäischer Ebene zum Weißbuch Sport	4
3.	Österreichs Beitrag zur Umsetzung des Weißbuches auf europäischer Ebene (internationaler Ebene)	6
3.1.	Verbesserung der öffentlichen Gesundheit durch körperliche Aktivität	6
3.2.	Gemeinsam gegen Doping	7
3.3.	Ausweitung der Rolle des Sports in der allgemeinen und beruflichen Bildung	9
3.4.	Förderung von Ehrenamt und aktiver Bürgerschaft durch den Sport	9
3.5.	Soziale Eingliederung durch Sport.....	10
3.6.	Rassismus.....	10
3.7.	Sport und EU-Außenbeziehungen	10
3.8.	Nachhaltige Entwicklung	11
3.9.	Wirtschaftliche Komponente des Sport	11
3.9.1.	Status-quo der bisherigen Umsetzung der EU-Arbeitsgruppe „Sport & Wirtschaft“	11
3.10.	Finanzierung des Breitensports.....	12
3.11.	Thema Sportfinanzierung und Sportwetten	13
3.12.	Freizügigkeit und Nationalitäten	15
3.13.	Sportagentinnen und -agenten.....	16
3.14.	Schutz von Minderjährigen.....	16
3.15.	Korruption, Geldwäsche	17
3.16.	Lizenzsysteme	17
3.17.	Medien	18
3.18.	Strukturierter Dialog mit der Sportbewegung	18
3.19.	Kooperation mit Mitgliedstaaten	18
3.20.	Künftige Initiativen auf EU-Ebene	18
4.	Ist-Stand-Analyse zum Weißbuch in Österreich.....	20
4.1.	Fragebogenerhebung.....	20
4.2.	Fragenbogenauswertung:	21
5.	Bisherige Umsetzung bzw. Umsetzungsmöglichkeiten des Weißbuches in Österreich	28

Inhaltsverzeichnis

5.1.	Verbesserung der öffentlichen Gesundheit durch körperliche Aktivität	28
5.2.	Gemeinsam gegen Doping	33
5.2.1.	Novelle des Anti-Doping Bundesgesetzes: Verschärfung der Anti-Doping Bestimmungen in Österreich	33
5.2.2.	Vier Länder Abkommen/Internationale Zusammenarbeit	33
5.2.3.	Akteneinsicht bei der Staatsanwaltschaft	34
5.2.4.	Präventive Maßnahmen	34
5.2.5.	Neuer WADA-Code seit 1. Jänner 2009	34
5.3.	Sport- und Entwicklungszusammenarbeit	35
5.4.	Ehrenamtliche Tätigkeit	35
5.5.	Integration durch Sport und soziale Chancengleichheit	36
5.5.1.	Integration	36
5.5.2.	Chancengleichheit	37
5.6.	Besserer Schutz und Bekämpfung von Rassismus und Gewalt	38
5.6.1.	FairPlay-vidc/FARE-Aktivitäten	38
5.7.	„TEAM ROT-WEISS-ROT“	40
5.8.	Nachhaltige Entwicklung	41
5.8.1.	ÖISS Resolution für Sport- und Bewegungsräume 2009	41
5.8.2.	Sportentwicklungspläne	41
5.8.3.	EU-Projekt „Nachhaltiges Sportstättenmanagement“	42
5.8.4.	Verbesserung der öffentlichen Gesundheit durch körperliche Aktivität	42
5.8.5.	Barrierefreier Zugang zu Sportveranstaltungenorten für Menschen mit Behinderung	42
5.8.6.	Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung	43
6.	Zusammenfassung	44

Anhangsverzeichnis

1. Entschließung des Nationalrates vom 21. April 2009, Nr. 26/E XXIV. GP, betreffend Umsetzung der im „Weißbuch Sport“ (EK) formulierten Ziele
2. Charta Fit für Österreich
3. Resolution „Sport und Bewegungsräume“
4. EU-Leitlinien für körperliche Aktivität – Empfohlene politische Maßnahmen zur Unterstützung gesundheitsfördernder körperlicher Betätigung – englische Langfassung
5. EU-Leitlinien für körperliche Aktivität – Empfohlene politische Maßnahmen zur Unterstützung gesundheitsfördernder körperlicher Betätigung – deutsche Kurzfassung

1. Ausgangslage

1. Ausgangslage

Am 11. Juli 2007 hat die EU-Kommission als erste umfassende Initiative im Sportbereich ein Weißbuch Sport vorgelegt. Die hierin vorgeschlagenen Maßnahmen sind das Ergebnis eines umfassenden Konsultationsprozesses mit Sportorganisationen, den Mitgliedstaaten und weiteren Akteuren.

1.1. Rechtsgrundlagen und allgemeine Einschätzung

Der Vertrag über die Europäische Union (auch als Vertrag von Maastricht bezeichnet, kurz: EUV) und auch der Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EG-Vertrag; kurz: EG oder EGV) enthalten keine eigenständige Kompetenzgrundlage für den Sport, so dass für die in dem Weißbuch angesprochenen Maßnahmen jeweils andere Kompetenzgrundlagen herangezogen werden mussten. Von Bedeutung für den Profisport ist vor allem Art. 95 EGV (Binnenmarkt). Davon abgesehen kommen vor allem Rechtsgrundlagen in Betracht, die im Wesentlichen nur koordinierende, unterstützende und fördernde Maßnahmen der Gemeinschaftsorgane erlauben, so insbesondere Art. 149 EGV (Bildung), Art. 151 EGV (Kultur), Art. 153 EGV (Gesundheit) sowie Art. 177 ff (Entwicklungspolitik).

Zudem existieren einige zentrale Urteile des Europäischen Gerichtshofs (Bosman-Urteil 1995, Meca-Medina-Entscheidung 2006) sowie richtungsweisende Berichte und Erklärungen seitens des Rates (z. B. Erklärung von Nizza 2000), der EU-Kommission (Helsinki-Bericht 1999 etc.) sowie des Europäischen Parlaments (Pack-Bericht 1997 u. a.). Besondere Bedeutung erhalten die Vorschläge des Weißbuches durch den am 18. Oktober 2007 in Lissabon vom Europäischen Rat angenommenen Reformvertrag, der mittels einer Neufassung von Artikel 149 EGV erstmals eine explizite Erwähnung des Sports vorsieht.

In den Art. 6 und Art. 165 des Lissabon-Vertrags wird nun die Bedeutung des Sports für Europa ausdrücklich gewürdigt und die Förderung des Sports als ein Ziel der Gemeinschaft hervorgehoben.

„Die Union trägt zur Förderung der Europäischen Dimension des Sports bei und berücksichtigt dabei dessen besondere Merkmale, dessen auf freiwilligem Engagement basierende Strukturen sowie dessen soziale und pädagogische Funktion“.

Für den Sport stellt dies einen Meilenstein dar, erstmals wird der Europäischen Union eine Teilkompetenz für den Sport zuerkannt, die sich auf gleichem Niveau bewegt wie in den Bereichen Bildung und Kultur.

Die Erwähnung des Sports im EU-Reformvertrag gibt den Sportministern die Möglichkeit, sich in Zukunft im Gegensatz zu den bisherigen Informellen Treffen offiziell zu einem „echten“ Sportministerrat im Rat der Europäischen Union zu versammeln, der aber nur Resolutionen verfassen und Empfehlungen aussprechen darf, jedoch über keine eigene Rechtssetzungskompetenz verfügen wird.

1. Ausgangslage

Damit wird die gesellschaftspolitische Rolle des Sports auf europäischer Ebene anerkannt und der Europäischen Kommission eine Rechtsgrundlage zur Ausarbeitung eines eigenständigen Sportförderprogramms für die Jahre 2012/13 gegeben, womit Sportprojekte auch direkt gefördert werden können. Bislang war dies nur indirekt über andere dem Sport verwandte Themenbereiche wie z. B. „Jugend“ oder „Gesundheit“ möglich.

Innerhalb der Kommission wird Sport zum Querschnittsthema („Mainstreaming“ von Sport), dass heißt, er findet damit auch verstärkt Berücksichtigung in anderen EU-Politiken.

Für die Umsetzung sind die Vorschläge des Weißbuches richtungweisend.

1.2. Zielsetzung der EU-Kommission

Die EU-Kommission zielte mit dem Weißbuch darauf ab, der Rolle des Sports in der Europäischen Kommission eine strategische Ausrichtung zu geben. Zum einen geht es darum, Vorschläge zu präsentieren, wie der Sport stärker in die unterschiedlichen Politikbereiche einbezogen werden kann. Zum anderen soll eine größere Rechtssicherheit bei der Anwendung des bestehenden „Acquis communautaire“ (des sogenannten gemeinschaftlichen Besitzstands, des Gesamtbestands an Rechten und Pflichten, der für die Mitgliedstaaten der Europäische Kommission verbindlich ist) im Sportbereich geschaffen werden, indem erstmalig die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes sowie die bisherigen Kommissionsentscheidungen zum Sport bilanziert werden. Das Weißbuch gibt allgemein eine Orientierung für die sportbezogenen Maßnahmen der EU-Kommission in den kommenden Jahren.

1.3. Inhalt des Weißbuchs

Das Weißbuch beschäftigt sich eingehend mit der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rolle des Sports und untersucht zudem die spezifischen Organisationsformen des „europäischen Sportmodells“. Ferner werden konkrete Folgemaßnahmen skizziert.

Hinsichtlich der gesellschaftlichen Rolle des Sports hält die EU-Kommission fest, dass die EU-Institutionen die spezifische Rolle des auf ehrenamtlichen Strukturen basierenden Sports für Gesundheit, Erziehung, soziale Eingliederung und Kultur in der europäischen Gesellschaft explizit anerkannt hätten. Der Sportsektor sei aber auch bedroht von wirtschaftlichen Zwängen, Ausbeutung junger Sportlerinnen und Sportler, Doping, Rassismus, Gewalt, Korruption und Geldwäsche“ (*Weißbuch, Einleitung, Seite 6*). Hier setzen zahlreiche Vorschläge des Weißbuches an. Dabei reichen die Themen von der Rolle des Sports bei der Gesundheitsförderung über Anti-Doping-Maßnahmen, Ehrenamt, Zuschauergewalt und Rassismus, Integrationsmaßnahmen bis hin zum Sport als Instrument der EU-Entwicklungspolitik und der nachhaltigen Entwicklung.

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Dimension werden unter Punkt 3 des Weißbuches Vorschläge zu einer „evidenzbasierten Sportpolitik“ (u. a. durch die Entwicklung einer europäischen Statistikmethode) und zur öffentlichen Unterstützung (Finanzierung des Breitensports, Beibehaltung niedriger Mehrwertsteuersätze etc.) gemacht.

1. Ausgangslage

Was die Organisationsformen des Sports angeht, so erkennt die Kommission unter Punkt 4 des Weißbuches ausdrücklich „die Autonomie der Sportorganisationen und der repräsentativen Strukturen (wie Ligen) an und räumt ein, dass Governance hauptsächlich Sache der sportpolitischen Gremien und bis zu einem bestimmten Grad der Mitgliedstaaten und der Sozialpartner ist. Im Dialog mit den Sportorganisationen sind der Kommission jedoch einige Bereiche ans Herz gelegt worden, die im Folgenden angesprochen werden. Die Kommission ist der Meinung, dass die meisten Herausforderungen durch Selbstregulierung unter Einhaltung von Grundsätzen der Good Governance und der EU-Rechtsvorschriften bewältigt werden können, und ist bereit, gegebenenfalls eine Vermittlerrolle zu übernehmen oder Maßnahmen zu treffen“. (*Weißbuch, Punkt 4. Die Organisation des Sports, Seite 24*)

Die Kommission räumt ein, dass aufgrund der Besonderheit des Sports keine allgemeinen Leitlinien für die Anwendung der Wettbewerbsvorschriften formuliert werden könnten, sondern grundsätzlich Einzelfallprüfungen und -entscheidungen erfolgen sollten.

Darüber hinaus werden Vorschläge zu den Themenkomplexen Freizügigkeit und Staatsangehörigkeit (Nichtdiskriminierung), Transparenz bei Spielerinnen- und Spielertransfers, Tätigkeit von Spielerinnen- und Spieleragenten, Schutz von Minderjährigen, Maßnahmen gegen Finanzkriminalität sowie zu Lizenzvergaben und der Vermarktung von Medienrechten vorgelegt.

Gebündelt und konkretisiert werden die im Weißbuch angedachten sportbezogenen Maßnahmen schließlich im sogenannten Aktionsplan „Pierre de Coubertin“, für den von 2008 bis 2012 insgesamt 2,85 Mio. € aus dem Gemeinschaftshaushalt zur Verfügung gestellt werden.

Konkrete Maßnahmen werden auf den Gebieten öffentliche Gesundheit, Bildung, soziale Eingliederung, ehrenamtliche Tätigkeit, Außenbeziehungen und Sportfinanzierung vorgelegt.

- Verbesserung der öffentlichen Gesundheit durch körperliche Aktivität;
- Intensivierung der Dopingbekämpfung;
- Ausweitung der Rolle des Sports in der Bildung;
- Förderung des Ehrenamts im Sport;
- Nutzung des Potentials des Sports für Integration und Chancengleichheit (einschließlich der besonderen Rolle des Sports für Menschen mit Behinderungen);
- Bekämpfung von Rassismus und Gewalt im Sport;
- Förderung des Sports im Rahmen der Entwicklungspolitik;
- Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung;
- Verdeutlichung und Untersuchung der wirtschaftlichen Dimensionen und Auswirkungen des Sports (einschließlich Fragen der Finanzierungssicherung);
- Berücksichtigung der Besonderheit des Sports im Bereich der Anwendung des EU-Rechts (einschließlich Vermarktungs- und Medienrechte);
- Schutz von Minderjährigen im Sport;
- Spielerinnen- und Spielertransfers, Spielerinnen- und Spieleragenten und Lizenzvergabensysteme;
- Bekämpfung der Finanzkriminalität im Bereich des Sports.

2. Stellungnahmen auf europäischer Ebene zum Weißbuch Sport

2. Stellungnahmen auf europäischer Ebene zum Weißbuch Sport

Am 25. Oktober 2007 kamen die Sportminister der Europäischen Union zu einem informellen Treffen in Lissabon zusammen. Zentrales Thema der Gespräche war die politische Übereinkunft über das EU-Weißbuch zum Sport. Die Europäischen Sportminister zeigten sich dabei sehr erfreut über das von der EU-Kommission vorgelegte Weißbuch zum Sport und bezeichneten es als das erste umfassende Strategiepapier zum Sport in der Europäischen Union.

Die Portugiesische EU-Ratspräsidentschaft bezeichnete das Weißbuch in ihren Ausführungen als „grundlegendes Instrument bei der Vorbereitung eines Maßnahmenkataloges für den Sport auf europäischer Ebene“ (*Auszug aus den Schlussfolgerungen der Portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft beim Informellen Sportministertreffen am 25. Oktober 2007 in Lissabon*)

Insbesondere hob die Präsidentschaft den Stellenwert hervor, den das Weißbuch den spezifischen Aspekten des Politikfelds Sport einräumt.

Beim Informellen Sportministertreffen am 16.-17. März 2008 in Bled/Slowenien kamen die EU-Sportminister überein „dass für die kommenden Jahre das Weißbuch das wesentliche Instrument bleiben soll, welches eine solide Basis für eine zukünftige EU-Sportpolitik bildet und dass die zeitgerechte und koordinierte Umsetzung von größter Wichtigkeit ist, unter Berücksichtigung dass der Sport weiterhin ein einvernehmlicher politischer Bereich (”koordinierend, ergänzend, unterstützend”) ist und dass jede zukünftige Kooperation auf EU-Ebene das Prinzip der Subsidiarität berücksichtigen müsse“. (*Auszug aus den Schlussfolgerungen der Slowenischen EU-Ratspräsidentschaft beim Informellen Sportministertreffen am 16.-17. März 2008 in Bled/Slowenien*)

Am 27. und 28. November 2008 haben sich die EU-Sportminister unter Französischer Ratspräsidentschaft im Beisein hochrangiger Vertreterinnen und Vertreter der EU-Kommission, des europäischen Parlamentes, des Europarates, der nationalen und internationalen olympischen Sportbewegung und der Welt-Antidoping-Agentur (WADA) zu einer Sitzung in Biarritz (Frankreich) eingefunden.

Das Hauptaugenmerk der Debatte galt einer Beleuchtung der gesellschaftlichen Werte des Sports, einer Bewertung der wirtschaftlichen Auswirkung des Sports in Europa und einem Beitrag zur guten innergemeinschaftliche Verwaltungspraxis des Sports im Rahmen der Umsetzung des Weißbuchs zum Sport.

Die Sportverbände auf internationaler Ebene haben auf das Weißbuch zum Teil sehr kritisch reagiert.

Der europäische Fußballdachverband (UEFA) hat zusammen mit dem Eishockeyweltverband (IIHF) und den europäischen Dachverbänden Handball (EHF), Volleyball (CEV), Basketball (FIBA Europe) und Rugby (FIRA) eine gemeinsame Stellungnahme veröffentlicht. Darin wird das Weißbuch zwar grundsätzlich anerkannt, im Ergebnis jedoch als „verpasste Chance“ kritisiert.

2. Stellungnahmen auf europäischer Ebene zum Weißbuch Sport

„Es fehle weiterhin ein klarer rechtlicher Rahmen. Zudem sei die EU- Kommission hinsichtlich der vollen Anerkennung der Autonomie und der Besonderheiten des Sports sowie der zentralen Rolle und Unabhängigkeit der Sportverbände hinter den Erwartungen zurückgeblieben“.

(siehe <http://www.uefa.com/newsfiles/550697.pdf>)

Positiv wird die Anerkennung der wesentlichen Rolle der Nationalmannschaften hervorgehoben. In einer weitgehend identischen Erklärung kritisierten das Internationale Olympische Komitee (IOC) und der Weltfußballverband (FIFA) insbesondere, dass das Weißbuch mit seiner Struktur dem bestehenden Aufbau der olympischen Bewegung diametral entgegenstehe, indem die Legislativgewalt der nationalen Verbände, die Aufgabenteilung zwischen diesen und ihren europäischen Konföderationen, die globale Dimension der Aufgaben und Herausforderungen, mit denen sich der Sport konfrontiert sieht, sowie die erforderlichen Lösungen ausgeblendet werden.

FIFA-Präsident Joseph Blatter und IOC-Präsident Jacques Rogge vermissten darin insbesondere eine Stärkung der Autonomie des Sports und seiner Sonderrolle in der Gesellschaft.

(siehe http://www.playthegame.org/upload/Pdf_er%20generel/iocbrev.pdf)

Kritisch zum Weißbuch hat sich auch Schweden geäußert. Schweden unterstrich insbesondere die nationale Zuständigkeit für den Sportbereich. Das britische House of Commons stellte die Vereinbarkeit mit dem Subsidiaritätsprinzip in Frage und will die weiteren Aktivitäten auf EU-Ebene weiterhin kritisch begleiten.

3. Österreichs Beitrag zur Umsetzung des Weißbuches auf europäischer Ebene (internationaler Ebene)

3. Österreichs Beitrag zur Umsetzung des Weißbuches auf europäischer Ebene (internationaler Ebene)

Das Weißbuch Sport wird vom Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport (BMLVS) grundsätzlich sehr begrüßt.

Der Ansatz der Kommission ist sehr breit angelegt und stellt dabei eine Bestandsaufnahme für viele Sportbereiche der Europäischen Kommission dar. Es werden als zentrale Themen die Politikfelder Gesundheit, Bildung, Doping und Integration angesprochen. Das Weißbuch trägt dazu bei, die Sichtbarkeit des Sports in der EU-Politik zu erhöhen und die anhaltenden Reaktionen und Diskussionen ermöglichen es, dass die Probleme und Chancen des Sports in der Zukunft von einer breiten Öffentlichkeit wahrgenommen werden.

Mit dem Medium Sport sind große Bevölkerungsgruppen zu erreichen. Dies gilt insbesondere auch für soziale Randgruppen. Fairplay und Chancengleichheit werden im Sport hoch geschätzt. Menschen mit Migrationshintergrund aber auch Menschen aus bildungs- und partizipationsfernen Schichten erhalten über die Wahrnehmung von Sportangeboten die Möglichkeit, sich sozial, kulturell und alltagspolitisch zu integrieren.

Als wichtiger gesellschaftlicher Bezugspunkt ermöglicht er eine aktive Beteiligung oder aber das freiwillige Engagement, die Aneignung neuen Wissens, neuer Fertigkeiten und Kompetenzen, die auch in andere Lebensbereiche, wie z. B. das Arbeitsleben hineinwirken.

Um die angestrebten ehrgeizigen Ziele, die im Weißbuch genannt werden, zu erreichen und um die Maßnahmen umzusetzen, wird eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen der EU-Kommission, den EU-Mitgliedstaaten und den Sportorganisationen auf nationaler und internationaler Ebene für wichtig und erstrebenswert erachtet.

Österreich ist durch die Sektion Sport im Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport in der EU-Expertenarbeitsgruppe „Weißbuch Sport“ der EU-Kommission federführend in die Umsetzung des Weißbuches auf europäischer Ebene eingebunden.

Nach Auskunft der EU-Kommission bei der Sportdirektorenkonferenz in Solna am 1.-2. Oktober 2009 wurden bis Herbst 2009 35 der insgesamt 53 Maßnahmen im Pierre de Coubertin Aktionsplan bereits umgesetzt oder sind in Umsetzung begriffen.

3.1. Verbesserung der öffentlichen Gesundheit durch körperliche Aktivität

Die Kommission hat unter Punkt 2.1, Seite 8 des Weißbuches vorgeschlagen, „zusammen mit den Mitgliedstaaten neue Leitlinien für körperliche Aktivität zu entwickeln. Die Kommission empfiehlt, die Zusammenarbeit in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Sport in den Mitgliedstaaten auf Ministerebene zu stärken, um kohärente Strategien zur Verringerung von Übergewicht, Adipositas und anderen gesundheitlichen Risiken zu definieren und umzusetzen. In diesem Zusammenhang ermuntert

3. Österreichs Beitrag zur Umsetzung des Weißbuches auf europäischer Ebene (internationaler Ebene)

die Kommission die Mitgliedstaaten zu prüfen, wie das Konzept des aktiven Lebens in den nationalen Bildungs- und Berufsbildungssystemen und in der Lehrkräfteausbildung gefördert werden kann“.

Die EU-Sportminister gaben 2006 den Auftrag, mit der Erstellung von EU-Leitlinien für körperliche Aktivität, den so genannten „EU-Physical Activity Guidelines“ zu beginnen.

In mehreren Sitzungen wurde seit 2007 unter federführender Mitwirkung Österreichs ein Entwurf von 41 Empfehlungen zu Bewegungsaktivitäten erarbeitet und sehr rasch ein Konsens darüber erzielt (genehmigt mit 28. September 2008).

Die EU-Leitlinien beinhalten Vorschläge zur Verbesserung der Gesundheit durch Bewegungsangebote. „In Übereinstimmung mit den Leitdokumenten der Weltgesundheitsorganisation empfehlen die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten mindestens 60 Minuten körperlicher Betätigung mäßiger Intensität pro Tag für Kinder und Jugendliche und mindestens 30 Minuten körperlicher Betätigung mäßiger Intensität pro Tag für Erwachsene, einschließlich der Senioren. Alle betroffenen Akteurinnen und Akteure sollen sich an den Leitdokumenten der Weltgesundheitsorganisation zu Fettsucht und körperlicher Aktivität orientieren und Wege zu ihrer Umsetzung suchen“.

(Leitlinie 1 und 2 der EU-Leitlinien für körperliche Aktivität, deutsche Kurzfassung, siehe Anhang)

Zentraler Gedanke der Leitlinien ist die sektorübergreifende Zusammenarbeit der für unterschiedliche Bereiche zuständigen staatlichen Stellen. Damit sollen politische Maßnahmen umgesetzt werden, die den Individuen eine Ausweitung ihrer körperlichen Aktivitäten erleichtern und diese für sie attraktiver machen. Für die Umsetzung von Leitlinien zu Sport und körperlicher Aktivität zuständige Stellen sollen Vereinbarungen zwischen zentralen, regionalen und lokalen Regierungsebenen treffen, um Sport und körperliche Aktivität zu fördern. Solche Vereinbarungen können gegebenenfalls auch spezielle Belohnungsmechanismen beinhalten. Eine Vernetzung zwischen den Strategien zur Förderung von Sport und körperlicher Aktivität sollte unterstützt werden. Die Regierungen sollen Initiativen starten, um die öffentliche und private Finanzierung körperlicher Aktivität zu koordinieren und zu fördern und den Zugang für die gesamte Bevölkerung zu erleichtern.

(Leitlinie 3,4 und 5 der EU-Leitlinien für körperliche Aktivität, deutsche Kurzfassung, siehe Anhang)

Diese Richtlinien (unverbindliche Empfehlungen) wurden sowohl den EU-Sportministern in Biarritz als auch dem EU-Gesundheitsministerrat zur Kenntnis vorgelegt.

Der Auftrag zur Förderung eines Gesundheits-Netzwerkes wird im Rahmen von Kooperationen mit WHO Rome Office und HEPA Europe (European network on health-enhancing physical activity) seitens der EU-Kommission fortgeführt.

3.2. Gemeinsam gegen Doping

Punkt 2.2, Seite 10 des Weißbuches setzt sich mit dem Kampf gegen Doping eingehend auseinander. „Doping stellt weltweit eine Bedrohung des Sports dar. Doping

3. Österreichs Beitrag zur Umsetzung des Weißbuches auf europäischer Ebene (internationaler Ebene)

widerspricht dem Grundsatz des offenen und fairen Wettbewerbs. Doping ist ein Demotivationsfaktor für den Sport allgemein und setzt die Profis unter unzumutbarem Druck. Doping beschädigt ernsthaft das Image des Sports und stellt ein Gesundheitsrisiko für den Einzelnen dar. Auf europäischer Ebene muss die Dopingbekämpfung einerseits die Strafverfolgung, andererseits die Aspekte Gesundheit und Verhütung berücksichtigen“.

Österreich ist federführend in der 2008 ins Leben gerufenen EU-Arbeitsgruppe Anti-Doping vertreten. Die Arbeitsgruppe beschäftigt sich insbesondere mit drei Themenkreisen:

- Der Schutz der Daten von Athletinnen und Athleten (WADA International Standard for Privacy)
- Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der pharmazeutischen Industrie zum Zwecke der Doping-Bekämpfung
- Strafbarkeit des Handels, des Besitzes und der Anwendung von Doping-Substanzen bzw. -Methoden.

Die Arbeitsgruppe umfasst mit Herbst 2009 21 Mitgliedstaaten. Das EU-Parlament stellte dem Sport 2009 erstmals ein Budget zur Verfügung, das 6 Mio. € beträgt. Aus diesen Mitteln wurde u. a. die Organisation einer Anti-Doping-Konferenz finanziert, welche vom 13.-15. Mai 2009 in Athen stattgefunden hat und zu der Sportminister, Sportdirektoren, aber auch Vertreterinnen und Vertreter der Sportverbände und der von der WADA akkreditierten Labors eingeladen waren.

Österreich hat die von der UNESCO beschlossene Konvention zur Dopingbekämpfung bereits ratifiziert.

Österreich hat sich vor allem beim letzten Sportministertreffen des Europarates in Athen im Dezember 2008 dafür eingesetzt, die Schwierigkeiten beim Konsens zwischen Europa und der WADA über die internationalen Standards zu beseitigen.

Auf Initiative Österreichs wurde gemeinsam mit Deutschland, Frankreich und den Niederlanden die Europäische Kommission um Überprüfung ersucht, ob dieser Standard mit europäischem Datenschutzrecht vereinbar ist, weil dies von entscheidender Bedeutung für die Teilnahme an dem Datenverarbeitungssystem ADAMS der WADA ist.

Österreich ist zudem in der Monitoring Group der Anti-Doping-Konvention des Europarates, in der “Advisory Group on Education (T-DO ED)”, in der “Legal Issues (T-DO LI)” und “Science (T-DO SC)” und dem “Ad Hoc Committee European Co-Ordination Forum for the World Anti-Doping-Agency (CAHAMA)” federführend vertreten.

Österreich setzt sich insgesamt für einen koordinierten EU-Ansatz zur Dopingbekämpfung Hand in Hand mit dem Europarat ein.

3. Österreichs Beitrag zur Umsetzung des Weißbuches auf europäischer Ebene (internationaler Ebene)

3.3. Ausweitung der Rolle des Sports in der allgemeinen und beruflichen Bildung

Punkt 2.3., Seite 11 des Weißbuches bekräftigt, dass „der Sport durch seine Rolle in der formalen und nichtformalen Bildung das Humankapital Europas stärkt. Die durch den Sport vermittelten Werte tragen dazu bei, Wissen, Motivation, Kompetenzen und persönliche Leistungsbereitschaft zu entwickeln. Die Zeit, die sportlichen Aktivitäten an Schulen und Universitäten gewidmet wird, ist von gesundheitlichem und pädagogischem Nutzen, der ausgebaut werden muss“.

Die EU-Kommission bemühte sich um die Installierung einer eigenen EU-Expertinnen- und Expertenarbeitsgruppe „Ausbildung und Schulung“.

Diese Arbeitsgruppe, die unter Tschechischer EU-Ratspräsidentschaft eingerichtet wurde und am 1. Juli 2009 erstmals tagte, widmet sich den Zielen des Weißbuchs gemäß verstärkt der Unterstützung sportlicher Aktivitäten im schulischen Umfeld.

Weitere wesentliche Themen in dieser Arbeitsgruppe werden hinkünftig lebenslanges Lernen, die Umsetzung des Europäischen Qualifikationsrahmens (inklusive der Anerkennung von Diplomen im Sport z. B. für Schullehrerinnen und -lehrer) sowie die Etablierung eines europäischen Siegels für Schulen, die sich aktiv für die Unterstützung und Förderung körperlicher Aktivitäten an Schulen einsetzen, sein.

Österreich ist Gründungsmitglied dieser EU-Expertinnen- und Expertenarbeitsgruppe.

3.4. Förderung von Ehrenamt und aktiver Bürgerschaft durch den Sport

Punkt 2.4., Seite 13 des Weißbuches erwähnt, dass „die Mitgliedschaft in einer Mannschaft, Grundsätze wie Fairness, Einhaltung von Spielregeln, Respekt für andere, Solidarität und Disziplin sowie die Organisation des Amateursports auf der Grundlage gemeinnütziger Vereine und ehrenamtlicher Tätigkeiten die aktive Bürgerschaft stärken.“

Ehrenamtliche Tätigkeiten in Sportorganisationen bieten zahlreiche Gelegenheiten für nichtformale Bildung, die anerkannt und ausgebaut werden sollten. Der Sport bietet jungen Menschen außerdem attraktive Möglichkeiten, sich zu engagieren und an der Gesellschaft zu beteiligen und kann dazu beitragen, dass Menschen sich von Kriminalität fernhalten.

Es zeichnen sich jedoch neue Trends im Sport ab, insbesondere bei jungen Menschen. Der Schwerpunkt verlagert sich immer mehr vom Mannschafts- und Vereinssport in organisierten Strukturen zum Individualsport, was zu einem Rückgang der Basis der Ehrenamtlichen in Amateursportvereinen führt“.

2011 wird EU-weit das Jahr der freiwilligen und ehrenamtlichen Tätigkeit ausgerufen werden. Eine großangelegte Studie, die auch den Sportsektor umfasst, ist im Frühjahr 2009 angelaufen. Es handelt sich dabei um eine Fallstudie, aufgeschlüsselt nach Ländern, die aber über den Bereich Sport hinausgeht. Das BMLVS hat sich federführend in die Erarbeitung der Studie eingebracht.

3. Österreichs Beitrag zur Umsetzung des Weißbuches auf europäischer Ebene (internationaler Ebene)

3.5. Soziale Eingliederung durch Sport

Die Generaldirektion Beschäftigung bei der EU-Kommission arbeitet an einer langfristigen Strategie für Behinderte (zeitlicher Rahmen: 2010-2020).

Auch in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter in der Sportverwaltung wurden von Seiten der EU-Kommission weitere Initiativen angekündigt.

3.6. Rassismus

Von der Kommission wurde eine Studie zum Thema „Rassismus im Sport“ in Auftrag gegeben, an der auch die Universität Wien mitwirkt.

Im Mittelpunkt der Betrachtungen steht u. a. die Schulung von Polizistinnen und Polizisten bei Sportgroßveranstaltungen.

Im Europarat ist Österreich im „Standing Committee“ zur Umsetzung der Konvention gegen Gewalt im Sport vertreten. 27 von 42 Staaten des Europarates sind Mitglieder dieser Arbeitsgruppe.

Die Stellung Österreichs in dieser Arbeitsgruppe ist besonders angesehen. Durch die Entwicklung von extrem hohen Sicherheitsstandards für Sportgroßveranstaltungen wie z. B. für die EURO 2008 oder die Schirennen in Schladming und Kitzbühel wurde Österreich zu einem führenden Experten in Sicherheitsfragen in dieser Arbeitsgruppe. Österreichische Sicherheitsexperten sind gefragte Beraterinnen und Berater und Vortragende für die Organisation von zukünftigen Sportgroßveranstaltungen (z. B. für Polen, Ukraine).

Unter der maßgeblichen Mitarbeit von Österreich wurde während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft in der Arbeitsgruppe ein Sicherheitshandbuch erstellt.

Neben den kontinuierlichen Treffen, findet einmal jährlich ein zweitägiges Meeting der Arbeitsgruppe statt, bei dem eine Präsentation des derzeitigen Standes in den Mitgliedsstaaten und eine europäischen Zusammenschau erfolgt. Im Rahmen dieser Veranstaltung werden aktuelle Anlassfälle diskutiert und ein Überblick über die Evaluierung gesetzter Maßnahmen gegeben.

Im Kampf gegen Rassismus hat sich Österreich sämtlichen Empfehlungen des Europarates angeschlossen und die Empfehlungen ratifiziert. Österreich hat international eine Vorreiterrolle, aufgrund derer die österreichischen Antirassismusbestimmungen bereits von anderen Mitgliedern wie z. B. der Schweiz nachvollzogen wurden.

3.7. Sport und EU-Außenbeziehungen

Nach Ansicht der EU-Kommission muss die Zusammenarbeit mit Drittstaaten bzw. dem Europarat gestärkt werden. Die Drittstaaten haben großes Interesse an einer Kooperation, verfügen aber bis dato über zu wenig personelle Ressourcen. Gleichwohl gibt es bereits Entwürfe für Kooperationen, z. B. mit der Ukraine, Moldawien oder Südafrika.

Nach Ansicht der Kommission könnte der Sport als Motor für soziale Innovation dienen, auch was Themenfelder wie Behinderte oder Gleichberechtigung der Frauen

3. Österreichs Beitrag zur Umsetzung des Weißbuches auf europäischer Ebene (internationaler Ebene)

betrifft. In diesem Zusammenhang sei auf die „European Development Days“ (<http://www.eudevdays.eu/>) verwiesen, die von 22.-24. Oktober 2009 in Stockholm stattfanden.

Besonders hervorzuheben ist nach Ansicht der EU-Kommission auch die Bedeutung einer Zusammenarbeit mit Russland. Die Etablierung der „Physical Activity Guidelines“ in Russland wird dabei als eine wesentliche Aufgabe gesehen.

3.8. Nachhaltige Entwicklung

Die Kontakte mit der Generaldirektion Umwelt bei der Kommission wurden auf EU-Ebene intensiviert. Einzelne Events wurden vom „LIFE“-Programm unterstützt (etwa die Leichtathletik-WM 2005 in Helsinki oder Olympia 2006 und die EURO 2008).

3.9. Wirtschaftliche Komponente des Sport

Die EU-Kommission fordert die Entwicklung einer einheitlichen Terminologie und Methodik der nationalen Sportstatistiken und wünscht über eine von ihr initiierte Koordination eine Verbesserung von Qualität und Vergleichbarkeit sportstatistischer Daten.

Auf Initiative Österreichs wurde der Themenbereich „Die wirtschaftliche Dimension des Sports“, den die Sektion Sport im Sportministerium während der Österreichischen EU-Ratspräsidentschaft lanciert hat, in das Weißbuch aufgenommen.

3.9.1. Status-quo der bisherigen Umsetzung der EU-Arbeitsgruppe „Sport & Wirtschaft“

Auf Vorschlag der Österreichischen EU-Ratspräsidentschaft wurde zur Abbildung der wirtschaftlichen Dimension des Sports eine Expertinnen- und Expertenarbeitsgruppe unter Beteiligung Finnlands, Deutschlands, Frankreichs, Litauens, Großbritanniens und Zyperns, Österreichs und Rumäniens eingerichtet. Diese Arbeitsgruppe unter der organisatorischen Federführung der EU-Kommission hat zum Ziel, den Mangel an wirtschaftsstatistischen Daten zu beheben und damit den Sport als bedeutenden Wirtschaftsfaktor sichtbar zu machen. Die Bereitstellung der methodischen Expertise und entsprechender inhaltlicher Ressourcen erfolgt durch SportsEcon Austria (www.spea.at).

Dazu wird, analog zum europäischen Tourismus-Satellitenkonto zur Erfassung bzw. Abschätzung der monetären Größenordnung der Gesamteffekte des Sports in der europäischen Volkswirtschaft eine einheitliche wirtschaftsstatistische Methode in allen EU-Mitgliedstaaten installiert, mit dem Ziel ein europäisches Sport-Satellitenkonto zu entwickeln.

SportsEconAustria (SpEA) wurde im Dezember 2004 auf Initiative der Sektion Sport im Sportministerium als gemeinnütziger Verein gegründet. SpEA positioniert sich als eine hochspezialisierte Einrichtung zum Zweck der Forschung, Lehre und Politikberatung auf dem Gebiet der Sportökonomie (und angrenzender Disziplinen). Inhaltliche Expertise, methodisch-quantitative Kompetenz und das Netzwerkkapital seiner Humanressourcen prägen das Institutsprofil.

3. Österreichs Beitrag zur Umsetzung des Weißbuches auf europäischer Ebene (internationaler Ebene)

Im Rahmen der EU-Arbeitsgruppe „Sport und Wirtschaft“ wurde im Laufe des Jahres 2007 bereits eine europaweit einheitliche Definition der Sportwirtschaft („Vilnius-Definition“) erarbeitet.

Von SpEA wurde 2008 ein im Rahmen der Slowenischen EU-Ratspräsidentschaft präsentiertes Grundsatzpapier zur Verwendung von Sportsatellitenkonten in der Sportpolitik formuliert.

Das Grundsatzpapier stellt das Konzept eines Sportsatellitenkontos vor und zeigt Ansatzpunkte seiner Anwendung in der Formulierung einer objektivierten Sportpolitik auf.

Mit der Arbeit an einem Sportsatellitenkonto und der dazugehörigen Datensammlung und Datenaufbereitung haben vier Länder – Österreich, Großbritannien, Zypern und die Niederlande – bereits begonnen, eine erste Präsentation der Daten erfolgte im Rahmen einer Arbeitsgruppensitzung im Oktober 2009 in Budapest.

Als allgemeine Diskussionsplattform der Arbeitsgruppe und als Plattform für themenspezifische Beiträge dient der passwortgeschützte Bereich der SportsEconAustria Homepage www.spea.at.

Im Rahmen der Sammlung sportspezifischer Wirtschaftsdaten wurde von Seiten der Kommission bereits mehrfach Kontakt mit Eurostat aufgenommen. Auf Vorschlag von Eurostat hin wurde im Frühjahr 2009 die Möglichkeit der Finanzierung einer Datensammlung für den Sport durch Pilotstudien in Erwägung gezogen.

Die europäischen Sportminister haben sich auf die wichtige Rolle der Arbeiten für ein besseres Verständnis der wirtschaftlichen Bedeutung des Sports in Europa, insbesondere deren Einfluss auf die Festlegung der Sportpolitiken, auf die Organisation der großen Sportveranstaltungen auf dem Staatsgebiet der Europäischen Kommission und auf die Ausrichtung der Beschäftigung geeinigt.

Die Minister zeigten sich angesichts der Fortschritte bei der Einrichtung von nationalen und europäischen Satellitenkonten des Sports erfreut. Sie bekundeten den Wunsch, dass die unter Österreichischer EU-Ratspräsidentschaft eingesetzte Arbeitsgruppe „Sport und Wirtschaft“ ihre Untersuchungen mit der Unterstützung der Kommission fortsetzt. Sie verpflichteten sich, die nationalen Statistikbehörden zu einer Beteiligung an diesen Arbeiten zu ermutigen. Die Minister äußern den Wunsch, dass diese Studien abschließend auf gemeinschaftlicher Ebene, z. B. anhand von Eurostat-Umfragen, durchgeführt werden“. (*Auszug aus den Schlussfolgerungen der Französischen EU-Ratspräsidentschaft beim Informellen Sportministertreffen in Biarritz am 27.-28. November 2008*)

3.10. Finanzierung des Breitensports

Die Ergebnisse einer von der Generaldirektion Markt ausgeschriebenen Untersuchung werden 2010 veröffentlicht. Im Blickfeld sind dabei alle Finanzierungsmöglichkeiten, von jenen durch die öffentliche Hand bis hin zu Solidaritätsmaßnahmen unter verschiedenen Sportarten.

3. Österreichs Beitrag zur Umsetzung des Weißbuches auf europäischer Ebene (internationaler Ebene)

Die Ankündigung einer Studie über die Finanzierung des Breitensports in den Mitgliedsstaaten aus öffentlichen und privaten Quellen wird seitens des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport begrüßt, auch wenn die Zuständigkeit für den Breitensport bei den Mitgliedsstaaten liegt.

Anmerkung: Die Sektion Sport im Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport hat zum Thema „Förderung des Breitensports in Österreich“ bereits im März 2004 durch das Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) eine Studie erstellen lassen. (siehe http://www.sportministerium.at/files/doc/Stand-bis-02-2009/Studien/WIFOBREITENSPORT_Studie.pdf)

3.11. Thema Sportfinanzierung und Sportwetten

Am 8. September 2009 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) sein Urteil im Fall der „Liga Portuguesa de Futbol“ gegen die nationale portugiesische Glücksspielbehörde „Santa Casa“ veröffentlicht und damit das Prinzip der staatlichen europäischen Glücksspielmonopole verteidigt.

Solange keine einheitlichen EU-Regeln im Bereich Glücksspiel existieren und der Schutz der inländischen Verbraucherinnen und Verbraucher vor Kriminalität und Betrug sowie vor den Gefahren der Spielsucht im Vordergrund stehen, sind staatliche Glücksspielmonopole gerechtfertigt, entschied das Gericht in seiner Urteilsbegründung.

Voraussetzung ist allerdings, dass die einzelnen Modelle der Mitgliedsstaaten in sich kohärent und die angewandten Beschränkungen (wie Online-Verbot) proportional sind.

Zum Hintergrund des vorliegenden Falls: Die Durchführung des Spielbetriebes und die Überwachung des Glücksspielmonopols obliegen in Portugal der nationalen Glücksspielbehörde „Santa Casa“, die ähnlich einer Anstalt öffentlichen Rechts (ohne Gewinnerzielungsabsicht) organisiert ist.

Die portugiesische Fußball-Liga hatte im August 2005 einen Sponsoringvertrag über mehrere Millionen Euro mit einem zum bwin-Konzern gehörenden Buchmacher aus Gibraltar abgeschlossen. Nach dieser Vereinbarung sollte die Fußball-Liga in „bwin-Liga“ umbenannt werden.

„Santa Casa“ hatte daraufhin unter Verweis auf nationales, portugiesisches Recht die Werbung untersagt und ein Bußgeld von jeweils 75.000 € verhängt. Die Vertreter der portugiesischen Fußball-Liga und ihr Sponsoring-Partner reichten daraufhin im August 2005 vor dem „Tribunal de Pequena Instância Criminal do Porto“ Klage gegen „Santa Casa“ ein.

Der zuständige Gerichtshof hielt das Staatsmonopol für Glücksspiel jedoch für nicht mit dem höherrangigen Europarecht vereinbar und verwies den Fall im April 2009 an den Europäischen Gerichtshof (EuGH). In der vorliegenden Rechtssache wurde nun der EuGH angerufen, um zu klären, ob nationale Rechtsvorschriften, die einem einzigen (staatlichen) Wettanbieter das Recht einräumen, im Internet Wetten anzubieten und dafür zu werben, mit dem Gemeinschaftsrecht in Einklang stehen.

3. Österreichs Beitrag zur Umsetzung des Weißbuches auf europäischer Ebene (internationaler Ebene)

Unter Hinweis auf die fehlende Harmonisierung des Online-Glücksspielmarktes in Europa hält es der Europäische Gerichtshof in seinem nun erfolgten Urteil mit dem EU-Recht vereinbar, dass ein Mitgliedsstaat ein Monopol im Bereich Online-Glücksspiel errichtet bzw. aufrecht erhält und das Angebot eines kommerziellen Wettbewerbers einschränkt, auch wenn dieser in einem anderen Mitgliedsland zugelassen ist und dort staatlichen Kontrollen unterliegt.

Damit nimmt der EuGH vom Binnenmarktprinzip (Ursprungslandprinzip), das eine gegenseitige Anerkennung von Dienstleistungen vorsieht, Abstand. Es erlaubt dagegen mit Verweis auf Art. 46 EGV Einschränkungen der Grundfreiheiten, sofern übergeordnete Gründe des öffentlichen Interesses, wie Verbraucherschutzrechte, dieses erfordern. Der EuGH gesteht dem portugiesischen Staat also das Recht zu, das notwendige Schutzniveau seiner nationalen Verbraucherinnen und Verbraucher vor Betrug und Kriminalität selbst festzulegen. Auch wenn das Urteil die staatlichen Glücksspielmonopole scheinbar stärkt, so ist es nicht auf ähnliche gelagerte Fälle übertragbar. Der EuGH will vielmehr nach wie vor am Prinzip der Einzelfallentscheidung festhalten und in Fortschreibung seiner bisherigen Rechtsprechung weiterhin die Konsistenz, Kohärenz und Proportionalität nationaler Gesetzgebungen spezifisch prüfen.

Darüber hinaus hat der EuGH in seiner Entscheidung zum Glücksspielmarkt auch erstmals den Interessenkonflikt einer Wettanbieterin bzw. eines Wettanbieters die/der Sportwettkämpfe sponsert, auf die sie/er selbst Wetten annimmt, als kritischen Punkt hervorgehoben. Es könne nicht ausgeschlossen werden, dass sie/er Sportwettkämpfe zu ihren/seinen Gunsten mittelbar oder unmittelbar beeinflusse und damit die Integrität von Sportveranstaltungen gefährde.

In mehr als 10 Mitgliedsstaaten werden gerade nationale Gesetzgebungen für Online-Glücksspiel und Online-Sportwetten überarbeitet. Das Urteil wird mit hoher Wahrscheinlichkeit die Reformvorschläge beeinflussen.

Auf Einladung der Schwedischen EU-Ratspräsidentschaft trafen sich am 1.-2. Oktober 2009 die Sportdirektoren der Mitgliedsstaaten in Solna, Schweden. Auf der Tagesordnung stand unter anderem die künftige Finanzierung des Sports, die französische Reform im Bereich Online-Sportwetten, die Vorstellung des schwedischen Lotterie- und Sportwettenmodells und eine Studie der Europäischen Kommission zu "Binnenmarkthindernissen zur Finanzierung des Sports in der EU".

Die Bedeutung der Rückflüsse aus Lotterie und Wetten für die Finanzierung des Sports in Europa ist erheblich. Vor diesem Hintergrund wurde positiv aufgenommen, dass der EuGH im "Liga Portuguesa Urteil" die Monopole der Mitgliedsstaaten gestärkt hat.

Interessant ist in diesem Zusammenhang der Entwurf eines französischen Gesetzes zum Online-Wetten, das im Rahmen dieses Meetings diskutiert wurde und eine neue Herangehensweise verfolgt: Ähnlich wie Fernsehveranstalter sollen hinkünftig auch Wettanbieterinnen und Wettanbieter Zahlungen leisten, weil letztere ja ebenso von Sportevents profitieren.

Auch in Großbritannien haben ähnliche Diskussionen bereits begonnen.

3. Österreichs Beitrag zur Umsetzung des Weißbuches auf europäischer Ebene (internationaler Ebene)

Österreich hat sich bereits während seiner EU-Ratspräsidentschaft eingehend mit dem Thema „Glücksspielmonopol“ auseinandergesetzt und Vorschläge erarbeitet.

„Die Sportdirektoren begrüßten die Ausführungen des referierenden Experten über die besondere Bedeutung des Glücksspielmonopols im Besonderen in Bezug auf die möglichen finanziellen Auswirkungen auf den Sport und die erfolgreichen Bemühungen um die Ausnahme der nationalen Glücksspielmonopole aus dem Anwendungsbereich der geplanten EU-Dienstleistungsrichtlinie und regten an, ungeachtet der momentanen stabilen Situation im Hinblick auf die Sicherung der Finanzierung des europäischen Sports durch das Glücksspielmonopol, Augenmerk auf die Entwicklung des Glücksspielmarktes und dessen länderübergreifenden Aktivitäten zu richten und strategische Überlegungen für alternative Finanzierungsquellen für den Sport anzustellen.“ (Auszug aus den Schlussfolgerungen der Österreichischen EU-Ratspräsidentschaft bei der Sportdirektorenkonferenz in Wien im März 2006: (siehe <http://www.sportministerium.at/files/doc/Stand-bis-02-2009/EU-Sportpolitik/SchlussfolgerungenderOsterreichischenEU-Ratspräsidentschaft.doc>)

3.12. Freizügigkeit und Nationalitäten

Die Vereinigung europäischer Fußballverbände (UEFA) und der internationale Fußballverband (FIFA) gelangen seit einigen Jahren zur selben Feststellung: Erfolge bei Wettbewerben hängen in hohem Maße von den finanziellen Mitteln der Clubs ab. Diese finanziellen Mittel dienen im Wesentlichen zum Erwerb der besten auf dem Markt erhältlichen Spieler und weniger zur Ausbildung neuer Talente. Dies führt zu einer allmählichen Verringerung der Bedeutung der Spiele und einer deutlich geringeren Ungewissheit über den Ausgang, die man eigentlich mit einem sportlichen Wettkampf verbindet.

Die UEFA reagierte auf diese Situation 2005 mit der Einführung der „Home Grown Players Rule“. Dieser Regel zufolge wird von jedem Verein, der in der Champions League oder im UEFA-Cup vertreten ist, verlangt, unter den 25 bei beiden Wettbewerben gesetzten Spielern 8 vor Ort ausgebildete Spieler zu führen. Unter dem Ausdruck ‚vor Ort ausgebildet‘ ist zu verstehen, dass die Spieler unabhängig von ihrer Nationalität oder ihrem Alter im Club selbst oder in einem oder mehreren Vereinen ausgebildet wurden, die demselben Landesverband angehören, wie der die Spieler zum Wettbewerb meldende Club. Diese Regel wird auf nationale Wettbewerbe nicht angewendet, auch wenn die UEFA dies letztlich erreichen möchte.

Als Reaktion auf die oben erwähnten Abweichungen hat die FIFA ihrerseits mit 155 Stimmen gegen 5 auf ihrem Jahreskongress am 30. Mai 2008 eine Resolution zur sogenannten 6+5 Regelung verabschiedet. Diese verpflichtet die Clubs dazu, die Zahl ausländischer Spieler auf 5 zu beschränken und sicherzustellen, dass der Club über 6 in der Nationalmannschaft des Vereinslandes einsetzbare Spieler verfügt. Dies gilt für jede zu Beginn eines Spieles auflaufende Mannschaft. Die 6+5 Regelung führt dazu, dass einheimische Sportler in den Proficlubs eines Landes in der Überzahl bleiben und die Qualität und das Leistungsniveau der Nationalmannschaften erhalten bleiben.

3. Österreichs Beitrag zur Umsetzung des Weißbuches auf europäischer Ebene (internationaler Ebene)

Die Europäische Kommission betraute die Rechtsanwaltskanzlei TAJ mit der Untersuchung der Vereinbarkeit der Home Grown Players Rule mit Gemeinschaftsrecht. Die Ergebnisse der im zweiten Quartal 2008 veröffentlichten Studie führten zu der Schlussfolgerung, dass die UEFA-Bestimmung bei einer Anwendung auf die Ausbildung junger Spieler keine auf der Nationalität beruhende direkte Diskriminierung beinhaltet. Die Maßnahme trägt zur Förderung einer hochwertigen Ausbildung in der Union bei und ist mit Gemeinschaftsrecht vereinbar. Dadurch werden Klubs dazu ermutigt, selbst Talente auszubilden und zur Ausweitung der dualen (technischen und akademischen) Ausbildung in Europa beizutragen. (siehe http://ec.europa.eu/sport/news/news270_en.htm)

Anlässlich einer Plattform im Juli 2008 wurde die 6+5 Regelung der FIFA, die eine auf der Nationalität beruhende direkte Diskriminierung beinhaltet, von der Kommission als unvereinbar mit den Verträgen und Idealen der Gemeinschaft verworfen. Die Kommission teilte dies der FIFA mit, welche nach dem gegenwärtigen Rechtsstand geringe Chancen auf einen Positionswechsel der Kommission hat, es sei denn es käme zu politischer Einstimmigkeit zugunsten von Quoten für ausländische Spieler.

Bezogen auf die 6+5 Regelung der FIFA zeigte sich die EU-Kommission jedoch bei der Sportdirektorenkonferenz in Stockholm am 1. und 2. Oktober 2009 verhandlungsbereit. Voraussetzung ist allerdings, dass sich die Quote nicht ausschließlich auf die Nationalität der Spieler beschränkt, sondern auch andere Kriterien wie beispielsweise die Länge der Liga-Zugehörigkeit berücksichtigt.

Eine Studie über den Zugang von Ausländerinnen und Ausländer zu Einzelsportwettkämpfen, und zwar sowohl im Breiten- als auch im Spitzensport wurde seitens der EU-Kommission in Auftrag gegeben.

(siehe http://ec.europa.eu/sport/news/news792_en.htm)

3.13. Sportagentinnen und -agenten

Anfang Jänner 2009 lief eine Untersuchung der EU-Kommission zu diesem Thema an. Im Zentrum der Untersuchungen steht die Auswahl geeigneter Methoden zur Kontrolle der Tätigkeiten von Sportagentinnen und -agenten. Diese reichen von Selbstregulierung bis hin zu rechtlich bindenden Maßnahmen. Es wurden insgesamt 2000 Fragebögen an die EU-Mitgliedstaaten verschickt.

(siehe http://ec.europa.eu/sport/news/news700_en.htm)

3.14. Schutz von Minderjährigen

An einer Studie zum Schutz Minderjähriger am Arbeitsplatz wird derzeit von der Generaldirektion Beschäftigung gearbeitet.

Mittlerweile hat die FIFA in ihrem Wirkungsbereich Maßnahmen zur Verbesserung der Kontrolle internationaler Transfers erarbeitet. Unter anderem sollen die Fußballakademien verpflichtet werden, sich bei den Verbänden anzumelden. Aktuell schloss sich ein Schlichtungsgericht im März 2009 dem Protest der FIFA gegen den Transfer einiger nigerianischer Jugendlicher nach Dänemark an.

Auch die UEFA will ihre Ausnahmeregelung, wonach der Transfer 16 bis 18-Jähriger innerhalb der Europäischen Kommission rechtlich möglich ist, abschaffen. Die Euro-

3. Österreichs Beitrag zur Umsetzung des Weißbuches auf europäischer Ebene (internationaler Ebene)

päische Kommission ist hinsichtlich des Gedankens der Freizügigkeit gegen die Aufhebung dieser Ausnahmeregelung.

3.15. Korruption, Geldwäsche

Ergebnisse einer EU-Untersuchung wurden im Juni 2009 präsentiert. (siehe http://ec.europa.eu/sport/news/news789_en.htm)

3.16. Lizenzsysteme

Am 17.-18. September 2009 fand in Brüssel die erste EU-Konferenz zu „Lizenzierungsverfahren für Vereinswettbewerbe“ statt. Etwa 120 Repräsentantinnen und Repräsentanten von nationalen, europäischen und internationalen Sportverbänden diskutierten über Nutzen und Chancen von Lizenzierungsverfahren im Profisport. Dabei stellte der Fußball (UEFA, EPFL, ECA, DFL) die überwiegende Mehrheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, vertreten waren aber auch andere Mannschaftssportarten, wie Basketball, Handball und Rugby.

(siehe http://ec.europa.eu/sport/library/doc486_en.htm#C7_Licensing)

Im Blickpunkt der Konferenz standen das Lizenzierungsverfahren der UEFA sowie das kürzlich vom UEFA-Exekutivkomitee angenommene Konzept des „financial fair play“. Vorgestellt wurden auch die Lizenzierungsverfahren der „Euroleague Basketball“, der „Rugby Football Union“ sowie der „Group Club Handball“, die jedoch noch in den Anfängen stecken. Der inhaltliche Schwerpunkt der Konferenz lag eindeutig auf dem Fußball. Mit der Konferenz setzte die Europäische Kommission die Empfehlungen des Weißbuchs Sport und des hierauf basierenden Aktionsplans „Pierre de Coubertin“ um.

Das Lizenzierungssystem der UEFA (Detailinformationen dazu unter http://ec.europa.eu/sport/library/doc486_en.htm#C7_Licensing) legt eine Reihe von Minimalstandards zur Sicherung der finanziellen Stabilität, Chancengleichheit und des fairen Wettbewerbs im europäischen Vereinsfußball sowie entsprechende Sanktionsmechanismen fest.

Die Kommission befürwortet die Einführung von Lizenzierungssystemen aus folgenden Gründen: Lizenzierungssysteme leisten einen Beitrag zur Gewährleistung der Integrität von Sportveranstaltungen, Lizenzierungssysteme gewährleisten finanzielle Stabilität und damit eine ordnungsgemäße und faire Durchführung von Sportwettbewerben (indem sie zum einen verhindern, dass Vereine aufgrund von Verschuldung oder Insolvenz vorzeitig aus dem Wettbewerb ausscheiden, zum anderen, weil sie zur Verringerung von Einkommensunterschieden zwischen „reichen“ und „armen“ Vereinen beitragen), Lizenzierungssysteme können einen Beitrag zur Verbesserung der Sportinfrastruktur leisten (sichere und gut ausgestattete Sportstätten).

Die Europäische Kommission betrachtet Lizenzierungssysteme als Mittel der Selbstregulierung unter Verweis auf die Autonomie und besonderen Merkmale des Sports und hat nicht vor, in diesem Bereich harmonisierende Regeln zu erlassen. Die Kommission behält sich aber vor, Lizenzierungssysteme auf ihre Vereinbarkeit mit Europäischem Gemeinschaftsrecht zu prüfen. Prämienregelungen oder nationale Quoten, die Spielerinnen und Spieler aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit bevorzugen seien nicht mit EU-Recht vereinbar und würden nicht toleriert.

3. Österreichs Beitrag zur Umsetzung des Weißbuches auf europäischer Ebene (internationaler Ebene)

Die Kommission wird nach dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages eine neue Mitteilung zum Sport mit weiterführenden Vorschlägen der Kommission für ein europäisches Sportprogramm herausgeben.

3.17. Medien

Das Weißbuch beschäftigt sich unter Punkt 4.8, Seite 32 und 33 mit dem Bereich der Medien. Die Beziehungen zwischen Sport und Sportberichterstattung (insbesondere Fernsehen) sind von entscheidender Bedeutung, da die Fernsehrechte die Haupteinnahmequelle für den Profisport in Europa darstellen. Umgekehrt sind die Sportmedienrechte eine wichtige inhaltliche Quelle für zahlreiche Medienunternehmen. Der Sport war eine treibende Kraft bei der Entstehung neuer Medien und interaktiver Fernsehdienste. Die Kommission wird auch weiterhin das Recht auf Information und breiten Zugang der Bürger zu Sportübertragungen unterstützen, die von großer Wichtigkeit für die Gesellschaft sind.

Diesbezüglich wird auf die Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen“ verwiesen. (siehe http://ec.europa.eu/avpolicy/reg/tvwf/index_en.htm)

3.18. Strukturierter Dialog mit der Sportbewegung

Die EU-Kommission strebt einen transparenten Dialog auf den verschiedensten Ebenen des Sports an. In diesem Zusammenhang ist zu betonen, dass im November 2008 das Europäische Sportforum in Biarritz nach längerer Pause wieder getagt hat, an dem EU-Minister, die EU-Kommission und hochrangige Vertreterinnen und Vertretern der europäischen Sportbewegung teilnahmen.

3.19. Kooperation mit Mitgliedstaaten

Zwischen Österreich und der EU-Kommission besteht ein ständiger beiderseitiger Informationsaustausch zu allen Themen des Weißbuches.

3.20. Künftige Initiativen auf EU-Ebene

Im Zuge der Umsetzung der Maßnahmen zur Vorbereitung des Vertrags von Lissabon im Bereich Sport hat das Europäische Parlament insgesamt 7,5 Millionen Euro aus verschiedenen Haushalten bewilligt (6 Millionen Euro aus dem Finanztopf „vorbereitende Maßnahmen“, 1,5 Millionen Euro aus dem Finanztopf „besondere Anlässe“).

Die EU-Kommission verfolgt mit diesen Geldmitteln zwei Hauptziele:

➤ politische Unterstützung:

z. B. die Ausrichtung der Anti-Doping-Konferenz 2009 in Athen, die Finanzierung einer Studie über den Zugang von Nicht-Staatsbürgern zu nationalen Sportwettbewerben, das Europäische Sportbarometer 2009, Lizenzsysteme, körperliche Ertüchtigung, Ausbildung, soziale Integration und Chancengleichheit der Geschlechter.

3. Österreichs Beitrag zur Umsetzung des Weißbuches auf europäischer Ebene (internationaler Ebene)

- Europäische Präsentation bei Events:
Die Mittelmeerspiele in Pescara (interkultureller Dialog) und das Europäisches Jugendfestival in Tampere (Sport-Jugendpolitik) werden finanziell unterstützt.

Hinsichtlich zukünftiger EU-Sportprogramme gibt es bei den Sportorganisationen hohe Erwartungen.

4. Ist-Stand-Analyse zum Weißbuch in Österreich

4. Ist-Stand-Analyse zum Weißbuch in Österreich

Basierend auf der Entschließung Nr. 26/E des Nationalrates vom 21. April 2009 betreffend "Umsetzung der im 'Weißbuch Sport' (EK) formulierten Ziele" hat sich das Sportministerium in Zusammenarbeit mit der Österreichischen Bundes-Sportorganisation (BSO) in der „Kommission für EU und internationale Angelegenheiten“ eingehend mit den Umsetzungsmöglichkeiten des Weißbuches Sport auseinander gesetzt.

Nach einer umfangreichen Diskussionen mit Vertreterinnen und Vertretern der Dachverbände und Fachverbände in diesem Gremium wurde ein Fragebogen mit nachstehend angeführten Fragen samt Erläuterungen erarbeitet, der an alle Bundes-Dachverbände und Bundes-Fachverbände (und außerordentliche Mitglieder) mit dem Ersuchen um Stellungnahme übermittelt wurde. Bei der Auswahl der Fragestellungen wurde darauf geachtet einen breiten Querschnitt aus den drei Teilbereichen des Weißbuches – „Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Rolle des Sports und die Organisation des Sports“ – abzudecken und einen repräsentativen Überblick über die Forderungen und Wünsche aller Befragten zu bekommen.

4.1. Fragebogenerhebung

- Inwieweit können die Sportvereine in Österreich dazu beitragen, die öffentliche Gesundheit durch körperliche Aktivitäten zu fördern und zu verbessern?
- Halten Sie das Ehrenamt für unerlässlich? Inwieweit soll das Ehrenamt zukünftig erhalten und gefördert werden?
- Inwieweit kann das Potential des Sports für Integration und Chancengleichheit genutzt werden und wie kann eine Verhinderung von Rassismus und Gewalt im Sport gelingen?
- Wie wichtig ist die Berücksichtigung der Besonderheiten des Sports im Bereich der Anwendung des EU-Rechtes?
- Inwieweit können die Sportvereine einen Beitrag zu einem geeinten Europa leisten?
- Sollen Spielerinnen- und Spielertransfers und Lizenzvergabesysteme europaweit geregelt werden?
- Wie kann der Schutz von Minderjährigen gewährleistet werden?

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass die Zielsetzungen des Weißbuches und die Aktionen im „Pierre de Coubertin“ Plan in erster Linie Leitlinien sind, die einen unverbindlichen Rechtscharakter haben und primär von der EU-Kommission auf EU-Ebene in Angriff genommen wurden oder werden.

Die Prüfung und Analyse der Umsetzungsmöglichkeiten des Weißbuches auf nationaler Ebene erfolgt auch in Zusammenhang mit dem Regierungsprogramm und den sportpolitischen Schwerpunkten in Österreich (dazu unter Punkt 5). Eine Verpflichtung eines EU-Mitgliedstaates zur Umsetzung der im Weißbuch angeführten Maßnahmen besteht nicht.

4. Ist-Stand-Analyse zum Weißbuch in Österreich

4.2. Fragenbogenauswertung:

21 Verbände haben den Fragebogen beantwortet, in der folgenden Auswertung werden die wesentlichen Inhalte der Antworten dargestellt. Nachdem in der Entschliessung Nr. 26/E des Nationalrates vom 21. April 2009 betreffend "Umsetzung der im 'Weißbuch Sport' (EK) formulierten Ziele" die Einbindung des Österreichischen Olympischen Comités (ÖOC) und des Österreichischen Behindertensportverbands (ÖBSV) explizit erwähnt wird, werden die Stellungnahmen des ÖOC und ÖBSV gesondert angeführt:

Frage 1: Inwieweit können die Sportvereine in Österreich dazu beitragen, die öffentliche Gesundheit durch körperliche Aktivitäten zu fördern und zu verbessern?

Zusammenfassung:

41 % der Verbände waren der Meinung, dass eine gute, dezentrale Infrastruktur und eine verbesserte Schulsporteingliederung eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit im Sport sind. Nach Ansicht der Befragten leisten Sportvereine einen sehr großen Beitrag, vorrangig ist dabei die Bewusstseinsbildung. Die Sportvereine müssen für neue Zielgruppen fit gemacht werden, wobei aber zu beachten ist, dass die Sportvereine am Rande ihrer Belastbarkeit sind. Daher sollten die Sportvereine im Bereich Verwaltung und Infrastrukturen entlastet werden. Dadurch werden wieder Freiräume geschaffen. Zudem sollen Sportfunktionäre vermehrt in die Schulen eingebunden werden und unter anderem auch zur Etablierung neuer Sportarten beitragen.

Hervorgehoben wurden Umsetzungsmöglichkeiten in Österreich durch den Ausbau des Projektes „Fit für Österreich“, die Öffnung der Schulen für Vereine und die Notwendigkeit einer verstärkten Allianz mit Bildungs- und Gesundheitsbereichen.

Angesprochen wurden weitere Themen wie die Notwendigkeit der Vernetzung mit anderen Anbietern im Bereich der Gesundheitsförderung und von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für die Vereine.

14 % der Verbände sprachen sich für eine bessere finanzielle Unterstützung aus. Der gleiche Prozentanteil der Verbände war der Meinung, dass sie durch Veranstaltungen und Bewerbe die Situation verbessern können.

Stellungnahme des ÖOC:

Das Weißbuch Sport und die damit verbundenen Initiativen stellen eine brauchbare Basis für die Europäische Kommission zum Thema Sport dar. Die Olympische Bewegung scheint mit seinen kulturellen und sportlichen Werten zumindest in Teilbereichen Vorbild gestanden zu haben.

Das ÖOC kann daher naturgemäß eine hohe Identifikation mit den Inhalten des Weißbuches feststellen, wenn auch Dissonanzen vor allem in struktureller Hinsicht vorhanden sind (vgl. Autonomie des Sports).

Da das ÖOC seinen primären Wirkungsbereich vorwiegend im Spitzensport definiert sieht, wurde in speziellen Fällen (Mannschaftssport, Breitensport) auf die Antwort von einschlägiger Stelle verwiesen.

4. Ist-Stand-Analyse zum Weißbuch in Österreich

Das System des organisierten Sports in Österreich bietet beste Voraussetzungen für die Einleitung und Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der körperlichen Leistungsfähigkeit. Wesentlich scheint in diesem Zusammenhang die Koordination entsprechender Maßnahmen im Rahmen von Projekten, Bewegungsinitiativen und Kampagnen, um einen entsprechend nachhaltigen Umdenkprozess in der Bevölkerung zu bewirken.

Die Bundes-Fachverbände und vor allem die Bundes-Dachverbände leisten schon heute einen großen Beitrag für die Volksgesundheit. Mit dieser bereits bestehenden Basis könnte durch gezielt gesteuerte Aktionen und unter Einbindung diverser Bundesstellen (Sport, Gesundheit, Bildung etc.) sowie von Ländern und Kommunen mit verhältnismäßig wenig Mehraufwand ein doch bedeutender volkswirtschaftlich positiver Effekt erzielt werden.

Stellungnahme des Österreichischen Behindertensportverbandes:

Dass zu wenig Bewegung und Sport die Zivilisationskrankheiten wie Übergewicht, Diabetes und vor allem Herz-Kreislauf-Erkrankungen fördern ist unbestritten, dass dies aber vor allem auch Personen mit Behinderungen betrifft, muss zu unserem Bedauern oftmals noch betont werden. Gerade die leider noch anzutreffende „Turnbefreiung“ in Schulen für Kinder und Jugendliche mit Behinderung macht uns große Sorgen.

Unsere Behindertensportvereine bieten deshalb für Menschen mit unterschiedlichsten Behinderungen und unterschiedlichsten Alters Bewegungsmöglichkeiten auf verschiedenstem Niveau.

Ob Gesundheitssport, Fitnesstraining oder das Erlernen/Training einer bestimmten Sportart bis hin zum täglichen Training im Bereich des Wettkampfsports: Da Personen mit Behinderung oftmals Scheu haben, sich in einem allgemeinen Sportverein zu melden oder die Angebote wirtschaftlicher Sportanbieter anzunehmen, bleiben sie oft der Bewegung und dem Sport fern. Zusätzlich brauchen Menschen mit Behinderung oftmals eigene Sportgeräte (spezielle Rollstühle oder Prothesen) zur Sportausübung oder wie im Falle des Blindensports und Schwerbehindertensports eine ständige sportliche Begleitperson.

Diese Aufgaben will der Behindertensport mit seinen Behindertensportvereinen übernehmen, will helfen die äußeren Widrigkeiten auf ein Minimum zu reduzieren, um mehr Menschen mit Behinderung zu helfen, die Barrieren zu Bewegung und Sport zu überwinden. Leider ist unser Vereinsnetz nicht flächendeckend was oftmals zu langen Anreisen führt und somit wieder demotiviert.

Ebenfalls wollen Menschen mit Behinderung mit ihren Freunden in ihren ansässigen Sportvereinen Sport betreiben, was nur gelingt, wenn sich alle im Sport involvierten auch für Menschen mit Behinderung verantwortlich fühlen und sich dieser Klientel in ihrem Angebot widmen. Wir sind bestrebt, Funktionäre und Freundinnen und Freunde des Behindertensports zu finden, die dieses positive Lebensgefühl durch Bewegung und Sport mit uns teilen und Behindertensportvereine als Instrument zu mehr gesundheitsfördernder Aktivität gründen oder ihre schon bestehenden Sportvereine für Personen mit Behinderung bewusst öffnen wollen.

4. Ist-Stand-Analyse zum Weißbuch in Österreich

Der Österreichische Behindertensportverband mit seinen Mitgliedsvereinen unterstützt bei Bedarf gerne mit dem nötigen Know How bezüglich Barrierefreiheit von Sportvereinen (Umbauten) und diesbezüglichen Fördermaßnahmen, Auskünfte bezüglich spezieller Sportgeräte und spezielle Methodik und Trainingslehre und informiert über alle möglichen Sport- und Wettkampfangebote im Rahmen des Behindertensports.

Alle Sportvereine in Österreich können dazu beitragen, die öffentliche Gesundheit durch körperliche Aktivitäten zu fördern und zu verbessern, in dem man für alle offen ist und versucht alle zu (mehr) Bewegung zu motivieren.

2. Halten Sie das Ehrenamt im Sport für unerlässlich? Inwieweit soll das Ehrenamt zukünftig erhalten und gefördert werden?

Zusammenfassung:

Der hohe Stellenwert des Sports ist untrennbar mit vielen Ehrenamtlichen verbunden. Das Ehrenamt braucht neue Anreize sowie klare Rahmenbedingungen und neue Formen, um Jugendliche für ein Ehrenamt zu begeistern. Soziale Kompetenz wird immer mehr zum Kriterium bei Bewerbungen, dadurch wird der Stellenwert auch erhöht. Sport und Ehrenamt bilden einen wichtigen Ansatz, um Jugendlichen soziale Kompetenz zu vermitteln.

Weiters wurden die Notwendigkeit der Schaffung von steuerrechtlichen, sozialversicherungsrechtlichen und haftungsrechtlichen Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Funktionäre und die qualifizierte Ausbildung und Schulung von ehrenamtlichen Funktionären angesprochen.

35 % der Verbände halten das Ehrenamt für unerlässlich. 26 % wünschen sich verbesserte Förderungen in diesem Bereich. Die Verjüngung der Funktionäre ist ein Anliegen für 13 % der Befragten. 26 % der Verbände fordern klarere Rahmenbedingungen.

Stellungnahme des ÖOC:

Das Ehrenamt ist für den heimischen Sport aus wirtschaftlicher Sicht von unschätzbarem Wert; sollte aber unter Berücksichtigung der erhöhten Anforderungen des internationalen Spitzensports vor allem im Breiten- und Gesundheitssport weiter etabliert werden. Für den heimischen Spitzensport ist ein Umbau auf hauptamtliche Funktionäre in nahezu allen Bereichen unumgänglich, möchte man wieder den Anschluss an die internationale Spitze erreichen.

Stellungnahme des Österreichischen Behindertensportverbandes:

Der gesamte Sportbetrieb ist aufgebaut auf ehrenamtliche Tätigkeiten und würde ohne diese freiwilligen Funktionäre, Helferinnen und Helfer, Trainerinnen und Trainer sowie Unterstützerinnen und Unterstützer in sich zusammen brechen. Auch der Behindertensport wäre ohne diese ehrenamtliche Mitarbeit nicht möglich. Gerade Sportlerinnen und Sportler mit Behinderung brauchen noch mehr Menschen, die sich um die Organisation des Umfeldes und der Rahmenbedingungen kümmern oder sie sogar in der Sportausübung unterstützen.

Blinden Sportlerinnen und Sportlern ist es ohne Begleitung nicht möglich, ihre Sportart auszuüben, kein blinder Skiläufer könnte ohne geübte Begleitskiläuferin und Läu-

4. Ist-Stand-Analyse zum Weißbuch in Österreich

fer eine der beliebtesten Sportarten, das Skilaufen, ausüben. Blindensportlerinnen und -sportler könnten ohne Begleitleiterinnen und -läufer weder Joggen noch einen Marathon laufen. Dazu braucht es nicht nur die Bereitschaft von Menschen ohne Behinderung, sondern auch die sportliche Konstitution, diese Herausforderung mit einem blinden Menschen positiv zu bewältigen.

Auch im Bereich des Schwerbehindertensports benötigt man noch mehr Betreuerinnen und -Betreuer sowie Helferinnen und -Helfer, um Personen mit schweren Cerebralpareesen oder hohen Querschnittslähmungen Bewegung und Sport als etwas Positives erfahren zu lassen, ihnen neue Lebensqualität geben zu können. Ehrenamtlich tätige Personen kann der Sport nicht bezahlen. Es sollte aber möglich sein, ihre Ausgaben zu decken z. B. in Form einer angemessenen Aufwandsentschädigung.

Noch größer ist der Bedarf an zur Verfügung Stellung von Zeit. In unserer sehr von Arbeit und Beruf bestimmten Zeit ist es sehr schwierig, Freistellungen oder Urlaub für diese Art von ehrenamtlicher Tätigkeit zu bekommen. Aber wenn der Sport endlich den Stellenwert bekäme, den er verdient und erkannt wird, dass durch diese ehrenamtlichen Tätigkeiten Grundsätze wie Fairness, Respekt, Solidarität und Disziplin in der Gesellschaft gestärkt werden, wären Möglichkeiten wie Freistellungen (auch Urlaub) von den Dienstgeberinnen und -Dienstgebern eine große Unterstützung dieses Engagement an der Gesellschaft weiter zu fördern. Der Staat wiederum sollte dann diese Maßnahmen der Wirtschaft anerkennen.

3. Inwieweit kann das Potential des Sports für Integration und Chancengleichheit genutzt werden und wie kann eine Verhinderung von Rassismus und Gewalt im Sport gelingen?

Zusammenfassung:

Tenor der Antworten war, dass die Werte des Sports mit den Grundwerten der Demokratie identisch sind. Daher sind Förderungen in diesen Bereichen prägend und damit Demokratie sichernd. EU-Förderungen im Bereich des Sports z. B. durch den Austausch von Jugendlichen, Trainern und Übungsleitern werden die Vermittlung der Werte im Sport massiv verbessern. Sport wird als wirksames Integrationsinstrument sowohl auf nationaler Ebene als auch auf EU-Ebene und Instrument zur Verhinderung von Gewalt und Rassismus angesehen.

Eine Reihe von Verbänden war der Meinung, dass die Förderung von Teamarbeit die Arbeit erleichtern würde. Zahlreiche Verbände fanden, dass Großveranstaltungen (WM, EM) zur Integration beitragen würden. Einige Verbände würden die Bedingungen für die Einbürgerung/Startberechtigung erleichtern. Einzelne Verbände sprachen sich für eine entsprechende Trainerausbildung aus.

Stellungnahme des ÖOC:

Sport als ein soziales Phänomen hat ausgeprägte Integrationsfähigkeit. Einfache, allseits verständliche Regeln und somit vereinheitlichte Sprachregelung und das gemeinsame Ziel sind Grundlage von Miteinander. Sport bietet ein normiertes Wertesystem, vermittelt Sicherheit und bewirkt daher vorerst interne und später auch externe Stabilität für den im Sport Agierenden.

4. Ist-Stand-Analyse zum Weißbuch in Österreich

Stellungnahme des Österreichischen Behindertensportverbandes:

Ob zum Schul- oder Vereinssport, Team- oder Individualsport, Gesundheits-, Fitness oder Breitensport, Wettkampf- oder Spitzensport - alle Menschen sollten Zugang zum Sport haben und ihre Wahl der Ausübungsform frei treffen können. Gerade deshalb sollten vermehrt unterrepräsentierte Gruppen wie Menschen mit Behinderung, Menschen mit Migrationshintergrund, Jugendliche oder ältere Personen in die Sportfamilie integriert werden.

Denn das Phänomen Sport fördert mit dem Mittel des gemeinsamen Bewegens und Sporttreibens den sozialen Zusammenhalt, Solidarität, Fairness und Toleranz. Das Gefühl der Zugehörigkeit, das Arbeiten an einem gemeinsamen Ziel führt zur gesellschaftlichen Integration benachteiligter Bevölkerungsgruppen. Dies wird nur über die Begegnung, die Konfrontation bzw. das Auseinandersetzen mit dem jeweiligen Gegenüber gefördert. Der Sport bietet vielfältige Möglichkeiten dieser Begegnung, es müssen nur die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden, dass alle an den Angeboten teilhaben können. Barrierefreiheit von Sportstätten wäre für Personen im Rollstuhl oder mit anderen Körperbehinderungen, die Voraussetzung dafür.

Offene Bewegungsangebote mit geschulten Übungsleiterinnen und -leitern sollten diese bewusst herbeigeführte Begegnung provozieren. Es können Konflikte entstehen, aber nur eine intensive Auseinandersetzung und positive Aufarbeitung können Integration fördern und Rassismus und Gewalt ersticken.

Die Gewalt bei Sportveranstaltungen wie zum Beispiel im Fußball kann nur mit Mithilfe der Sportlerinnen und Sportler verhindert werden, die jegliche Art von Ausschreitungen ihrer Fans mit Spielaussetzung bestrafen ohne auf ihre wirtschaftlichen Verluste zu achten. Solange das Geld aber auf dieser Ebene des Sports den Ton angibt, wird es keine Streiks geben.

4: Wie wichtig ist die Berücksichtigung der Besonderheiten des Sports im Bereich der Anwendung des EU-Rechtes?

Zusammenfassung:

Grundtenor der Antworten war, dass die Autonomie und Selbstorganisation des Sports erhalten bleiben und EU-Rahmenbedingungen die Autonomie des Sports schützen müssen. Die Europäische Kommission soll diesbezüglich gemeinsame Schwerpunkte im Sport fördern und nicht reglementieren und dabei einen ständigen, intensiven Dialog zwischen der Europäischen Kommission, den EU-Mitgliedstaaten und den Sportorganisationen führen.

40 % der Verbände fordern diesbezüglich klare EU-Richtlinien. Für 21 % der Befragten ist die Berücksichtigung der Besonderheiten des Sports sehr wichtig. 27 % der Verbände sprachen sich für den Erhalt der Autonomie und Selbstorganisation des Sports aus.

Stellungnahme des ÖOC:

Die Regelungen des freien Marktes sind im Bereich Sport nur eingeschränkt anwendbar. Sportvereine und Verbände nehmen Rücksicht auf nationale Gegebenheiten und benötigen für ihr erfolgreiches Bestehen speziell definierte Freiräume; die so

4. Ist-Stand-Analyse zum Weißbuch in Österreich

genannte Autonomie des Sports ist ein Markenzeichen des Europäischen Sportsystems, das es im Sinne seiner Identität zu bewahren gilt.

Auch in Zusammenhang mit der Olympischen Bewegung sind Besonderheiten, die nicht unmittelbar in Einklang mit den Grundwerten der Regelungen des freien Marktes zu bringen sind, Voraussetzung für die Durchführung Olympischer Spiele und sollten daher unangetastet bleiben.

Stellungnahme des Österreichischen Behindertensportverbandes:

Getrennte Wettkämpfe von Frauen und Männern und deren Angebote oder die Begrenzung der Teilnehmerzahl bei Wettkämpfen unter anderem sollen als Besonderheit des Sports anerkannt werden, wobei das Diskriminierungsverbot bezüglich Staatsangehörigkeit und die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern als Grundbasis dienen müssen. Dies sollte aber für das gesamte Feld des Sports gelten, auch für die Managementebene, denn Frauen findet man selten in diesen Führungspositionen.

5. Inwieweit können die Sportvereine einen Beitrag zu einem geeinten Europa leisten?

Zusammenfassung:

36 % der Befragten regten die Schaffung eines Trainerausbildungssystems innerhalb der EU, EU-weite Ausbildungskriterien und einen EU-weiten Erfahrungsaustausch an. Zudem wurde die Einrichtung von Partnerschulen in Europa, Jugendsportförderprogrammen, Vereinspartnerschaften und grenzüberschreitenden Programmen im Nachwuchssport thematisiert. 32 % der Verbände finden, dass Europameisterschaften und andere grenzüberschreitende Meisterschaften einen gemeinsamen Beitrag darstellen.

Für 24 % der Befragten stellen gemeinsame sportliche Aktivitäten (Training, Ausbildung) einen aktiven Beitrag dar.

Stellungnahme des ÖOC:

Die Integrationsfähigkeit des Sports hat nicht nur für das Individuum, sondern auch für größere Projekte ihre Gültigkeit. Sport verbindet durch gemeinsame Aktivitäten Vereine und Verbände, weckt durch kontinentale Verbände und deren Meisterschaften das Interesse und die Neugier am Fremden und verbindet durch allenfalls gemeinsam gebildete Mannschaften und Teams (z. B. EU-Auswahl).

Stellungnahme des Österreichischen Behindertensportverbandes:

Leider ist die freundschaftliche Begegnung unter den Sportvereinen benachbarter Nationen in den Hintergrund getreten. Früher wurden Einladungen zu kleinen Meisterschaften der Region ausgesprochen. Einladungen, die nicht nur Sportlerinnen und Sportler sondern auch Angehörige und Freunde der Sportlerinnen und Sportler nutzten. Jahrelange Freundschaften entstanden über den Sport, viel wurde diskutiert, Erfahrungen ausgetauscht und man erwartete eine Gegeneinladung. Durch das wirtschaftliche Gefälle und die unterschiedlichen Lebensstandards kamen diese Einladungen meist in eine finanzielle Schieflage und wurden aufgegeben. Vielleicht sollte man diese alte Form des Vereinsaustausches wieder aufgreifen, um auf die wahren Werte des Sports zurück zu kommen.

4. Ist-Stand-Analyse zum Weißbuch in Österreich

6. Sollen Spielertransfers und Lizenzvergabesysteme europaweit geregelt werden?

Zusammenfassung:

45 % der Antworten gehen in Richtung einer einheitlichen EU-Regelung, um Spielertransfers und Lizenzvergabesysteme europaweit zu regeln. 22 % der Befragten sind für nationale Überlegungen. Für die Selbstorganisation des Vereins stimmten 11 %. Der gleiche Prozentsatz würde den Bereich Profi/Amateur trennen. 11% der Verbände sind gegen eine europaweite Regelung.

7. Wie kann der Schutz von Minderjährigen gewährleistet werden?

Zusammenfassung:

26 % der Verbände erachten ein spezifisches Förder- und Trainingsprogramm als geeignete Maßnahme. 25 % der Befragten meinen, dass durch Aufklärung und Information über Jugendarbeiterschutz die Situation verbessert würde. 21 % sprechen sich für gesetzliche Regelungen aus. Für 23 % der befragten Verbände ist die Trainer- und Jugendausbildung eine geeignete Maßnahme. 5 % sind für Beschränkungen bei den Transferregelungen.

Stellungnahme des ÖOC:

Sollte der Schutz von Sport treibenden Minderjährigen vor Sportmanagerinnen und Managern und sonstigen Wirtschaftstreibenden im Sportsegment gemeint sein, so wäre der Grundsatz zu verfolgen, dass minderjährige Athletinnen und Athleten keinesfalls „Handelsware“ sein dürfen; Abhilfe könnten eventuell speziell definierte Jungprofiverträge im ausschließlich nationalen Bereich schaffen.

Stellungnahme des Österreichischen Behindertensportverbandes:

Junge Menschen sind positiv naiv und vertrauensvoll, es kommt ihnen nicht in den Sinn, dass sie bei ihrer Lieblingsbeschäftigung dem Sport etwas Negatives erfahren könnten. Das Anwerben (Einkaufen) von minderjährigen Talenten aus anderen Staaten muss „beaufsichtigt“ werden. Es kann nicht im Sinne des Sports sein, dass Menschen aus ihrer Heimat geholt werden und bei Versagen (Verletzung, etc.) abgeschoben oder fallen gelassen werden. Eine dafür eingerichtete Stelle sollte diese Transfers im Auge behalten und beim Scheitern mit dem Verein das Finanzielle klären und eine Schul- oder Berufsausbildung anbieten. Dies ist man diesen Menschen schuldig.

Auch sexuelle Übergriffe an Minderjährigen im Sport sollten zum Thema in der Sportpolitik gemacht werden. Sei es schon der sexuelle Missbrauch oder „nur“ die sexuelle Belästigung, das Spannungsfeld zwischen Sportlerinnen und Sportlern und Trainerinnen und Trainern ist groß und hat viele Facetten. Gerade der Bereich des Behindertensports bringt oftmals bei Sportlerinnen Sportlern mit Behinderung und ihren Trainerinnen und Trainern bzw. Betreuerinnen und Betreuern große körperliche Nähe aber auch ein psychisches Abhängigkeitsverhältnis. Dies sind sensible Bereiche, die es zu thematisieren gilt.

5. Bisherige Umsetzung bzw. Umsetzungsmöglichkeiten des Weißbuches in Österreich

5. Bisherige Umsetzung bzw. Umsetzungsmöglichkeiten des Weißbuches in Österreich

5.1. Verbesserung der öffentlichen Gesundheit durch körperliche Aktivität

Im Weißbuch "Sport" wird an exponierter Stelle unter Ziffer 2.1, Seite 8, ("Verbesserung der öffentlichen Gesundheit durch körperliche Aktivität") die Bedeutung der Bewegung für die Gesundheit hervorgehoben. Ausreichende Bewegung im Alltag gehört neben einer ausgewogenen Ernährung und einer positiven Stressbewältigung zu einem gesundheitsförderlichen Lebensstil. Damit können verschiedene Zivilisationskrankheiten, wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes und Beschwerden des Bewegungsapparates vermieden werden. Die Lebensqualität der Betroffenen wird dadurch erhöht und gleichzeitig können auch Kosten für das Gesundheitswesen gespart werden.

Österreich verfügt mit den drei Dachverbänden Arbeitsgemeinschaft für Sport und Körperkultur in Österreich (ASKÖ), Allgemeiner Sportverband Österreichs (ASVÖ) und SPORTUNION über eine sehr gute Struktur im Breitensport, da diese Mehrspartenverbände sich über den Breitensport hinaus auch schon im Gesundheitssport engagieren.

Die Studie „Sport und Gesundheit – eine sozioökonomische Analyse“ aus dem Jahr 2000 hat Anfang dieses Jahrzehnts ein weiteres Argument dafür geliefert, der Aktivierung der österreichischen Bevölkerung mehr Aufmerksamkeit zu schenken und über verstärkte Investitionen in den gesundheitsorientierten Sport nachzudenken. Seit Veröffentlichung dieser Studie ist in Österreich viel geschehen im Bestreben, möglichst viele Menschen zum Sport zu motivieren. Die Initiative „Fit für Österreich“, eine Initiative des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport in Zusammenarbeit mit der Österreichischen Bundes-Sportorganisation und den Sport-Dachverbänden ASKÖ, ASVÖ und SPORTUNION, deren Vereinen und einem Netzwerk von 33 "Fit für Österreich"-Koordinatoren spielt dabei eine tragende Rolle. Mit ihren Erfahrungen und ihrer Struktur hat sie bereits viele Aspekte, die das Weißbuch fordert, umgesetzt bzw. ist sie gut vorbereitet, diese Aktivitäten zu verstärken.

Dass in Österreich schon gute Bewusstseinsbildung betrieben wurde, spiegelt sich auch in den letzten beiden Regierungsprogrammen wider, die dem Bereich Bewegung und Gesundheit eigene Abschnitte gewidmet haben und dabei – wie auch im Weißbuch gefordert – Sportorganisationen eine besondere Bedeutung und Rolle zugeschrieben haben.

Die Initiative "Fit für Österreich" hat sich bereits in der Vergangenheit auch an internationalen Entwicklungen und Empfehlungen orientiert und z. B. die WHO-Richtlinien „Gesundheitsförderung durch Bewegung – ein Handlungsrahmen für die Europäische Region der WHO“ als eine ihrer Arbeitsgrundlagen definiert.

Dass Österreich mit "Fit für Österreich" und der gesundheitsorientierten Bewegungsförderung mit Sportvereinen international beispielgebend ist, zeigte sich im Rahmen

5. Bisherige Umsetzung bzw. Umsetzungsmöglichkeiten des Weißbuches in Österreich

der „Trim and Fitness International Sport for All“-Association (TAFISA), die bei einem Vorbereitungsseminar in Helsinki vom 4.-5. Februar 2008 zum Thema „Sport clubs for Health“ auch auf die österreichischen Erfahrungen zurückgriff und die Ergebnisse des Seminars im Rahmen der europäischen TAFISA- Konferenz vom 30.5.- 1.6.2008 in Bordeaux präsentierte.

Ebenfalls mit Interesse aufgenommen wurden die Erfahrungen und Ansätze von "Fit für Österreich" bei der Jahrestagung der Deutschen Vereinigung für Sportwissenschaft - Kommission Gesundheit vom 10.-11. April 2008 in Bad Schönborn.

Schließlich wurde die Geschäftsführung von „Fit für Österreich“ auch im Rahmen des Konsultationsprozesses EU:SPORT:FUTURE zum Thema „Health“ mit der Leitung des Workshops am 29. Mai 2009 betraut, "Fit für Österreich" vorgestellt und konnte so die österreichischen Erfahrungen und Entwicklungsschritte in die Diskussion einbringen.

Im Weißbuch wird unter anderem empfohlen „die Zusammenarbeit in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Sport in den Mitgliedstaaten auf Ministerebene zu stärken, um kohärente Strategien zur Verringerung von Übergewicht, Adipositas und anderen gesundheitlichen Risiken zu definieren und umzusetzen. In diesem Zusammenhang ermuntert die Kommission die EU-Mitgliedstaaten zu prüfen, wie das Konzept des aktiven Lebens in den nationalen Bildungs- und Berufsbildungssystemen und in der Lehrkräfteausbildung gefördert werden kann.“ (*Weißbuch, Punkt 2. Die gesellschaftliche Rolle des Sports, Seite 9*)

Diese Forderung wird in "Fit für Österreich" bereits jetzt umgesetzt. Die übergeordnete Zielsetzung „Mehr Bewegung für alle Österreicherinnen und Österreicher“ verfolgt "Fit für Österreich" durch eine breite Vernetzung der Initiative und die Pflege von Kooperationen und Partnerschaften. "Fit für Österreich" hat von Beginn an den Kontakt zu anderen Ministerien und Institutionen gesucht, um Synergien zu nutzen und gemeinsam am Ziel „Mehr Bewegung“ zu arbeiten. Nach dem Verständnis der Gesundheitsförderung kann nämlich eine Veränderung des Gesundheitsverhaltens nicht nur über eine Änderung des individuellen Verhaltens erfolgen, sondern es müssen auch Rahmenbedingungen verändert werden, die es Individuen erleichtern sollen, die Option „Bewegung“ öfter wahrzunehmen. Die Vernetzung mit Partnern soll der Zielgruppe die Auswahl des „richtigen Verhaltens“ erleichtern und im Sinne der Gesundheitsförderung die richtige Entscheidung zur leichten Entscheidung machen.

Unter „Änderung von Rahmenbedingungen“ fallen auch Gesetzesänderungen, wie zum Beispiel die gesetzliche Verankerung der Förderung von Österreich weiten Bewegungsprogrammen im am 1. Jänner 2006 in Kraft getretenen Bundes-Sportförderungsgesetz, das erstmals eine Zweckwidmung für Aktivitäten im Sinne von „Fit für Österreich“ vorsieht und wichtige finanzielle Ressourcen für diesen Bereich des Sports – abseits der Förderung des Leistungssports – sichert.

Maßgebliche Initiativen wurden auf politischer Ebene dahingehend gesetzt, dass Querverbindungen einerseits zum etablierten, medizinisch orientierten Gesundheitssystem und andererseits zur Gesundheitsförderung gesucht wurden, um auch dort die Angebote von gesundheitsorientierten Bewegungsprogrammen im Sinne der Prävention bekannt zu machen und die Menschen auch von dieser Seite zu erreichen.

5. Bisherige Umsetzung bzw. Umsetzungsmöglichkeiten des Weißbuches in Österreich

Einen Meilenstein stellt das im Herbst 2007 in Zusammenarbeit mit der Wiener Gebietskrankenkasse (WGKK) gestartete Pilot-Projekt „Bewegt gesund“ zur Prävention des metabolischen Syndroms in zwei Wiener Bezirken dar, das 2008 abgeschlossen wurde und ab Oktober 2009 in einem nächsten Schritt auf ganz Wien ausgeweitet wird. Ziel von „Bewegt gesund“ ist, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Adipositas, das metabolische Syndrom und dessen Folge Diabetes mellitus Typ 2 zu verhindern und Diabetiker zu unterstützen, ihre Krankheit durch moderate Bewegung besser in den Griff zu bekommen. Dabei können Ärztinnen und Ärzte im Rahmen der Vorsorgeuntersuchung bei Vorliegen bestimmter Risikofaktoren „Bewegung auf Rezept“ verschreiben. Für die Patienten bedeutete das bei regelmäßiger Teilnahme einen Zuschuss von 35 €. Für die beteiligten Sportvereine bietet das Projekt die Möglichkeit, neue Zielgruppen zu erreichen. Das vorerst auf 3 Jahre anberaumte Projekt wurde am 7. Oktober 2009 im Rahmen einer Pressekonferenz vom Sportminister gemeinsam mit dem Gesundheitsminister, dem Präsidenten der Österreichischen Bundes-Sportorganisation, dem Präsidenten der Wiener Ärztekammer und einem Vertreter der Sportmediziner der Öffentlichkeit vorgestellt.

Der Zusammenarbeit mit dem Fonds Gesundes Österreich (FGÖ) kommt im Hinblick auf die Gesundheitsförderung durch Sport besondere Bedeutung zu. Einerseits trägt die Abstimmung von Öffentlichkeitsmaßnahmen – der FGÖ hat z. B. 2009/2010 einen Herz-Kreislauf-Schwerpunkt, wo "Fit für Österreich" die Bewegungsmaßnahmen abdeckt – zur effizienten und sparsamen Verwendung der Mittel bei, andererseits fließt über Bildungsmaßnahmen sowie die intensive Beschäftigung mit Projekten der bewegungsorientierten Gesundheitsförderung viel gesundheitsförderndes Know How in den Sport. Das Projektvolumen der vom FGÖ und "Fit für Österreich" insgesamt 23 kofinanzierten (größtenteils mehrjährigen) Projekte konnte im Jahr 2008 auf insgesamt 4 Mio. € gesteigert werden.

Auf diesem Weg ist das Sportministerium über "Fit für Österreich" z. B. auch in die Erstellung von nationalen Leitlinien für Bewegung eingebunden. Aber auch auf Länderebene werden Partnerschaften im Sinne einer Umsetzung von Modellen gesucht, deren Erfahrungen dann in das "Fit für Österreich"-Netzwerk einfließen können. „Gemeinde aktiv“, ein Modell der gemeindeorientierten Bewegungsförderung in der Steiermark setzt auf die Etablierung von Bewegungsangeboten in Gemeinden, wofür auch Übungsleiterinnen und -leiter ausgebildet werden.

Das „Gesundheitsland Kärnten“ ist ein Verein zur Bündelung aller gesundheitsfördernden Aktivitäten und Ressourcen des Landes Kärnten und wurde vom FGÖ mit der Durchführung eines Modellprojekts zur Herz-Kreislauf-Gesundheit im Raum Völkermarkt betraut. "Fit für Österreich" ist als Projektpartner verantwortlich für die Umsetzung der Bewegungsmaßnahmen, so wie die Kärntner Gebietskrankenkasse für den Bereich der betrieblichen Gesundheitsförderung. Diese Partnerschaften verändern nachhaltig die Wahrnehmung der Leistungsfähigkeit von Sportorganisationen in der gesundheitsorientierten Bewegungsförderung in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen.

Sehr positiv entwickelt hat sich die Partnerschaft mit dem Land Vorarlberg, wo nach wie vor eine intensive Zusammenarbeit zwischen dem Land und "Fit für Österreich"

5. Bisherige Umsetzung bzw. Umsetzungsmöglichkeiten des Weißbuches in Österreich

gegeben ist und die "Fit für Österreich"- Landeskoordinatorinnen und Koordinatoren in die Ausbildung von „Regionalen Gesundheitsmanagern“ eingebunden sind. Die vom Weißbuch geforderte Zusammenarbeit mit dem Bildungssystem ist ebenfalls im Regierungsprogramm der Bundesregierung festgeschrieben und sieht unter anderem vor, durch Einbeziehung der Angebote des organisierten Sports das Angebot für Schülerinnen und Schüler im Unterricht auszubauen. In diesem Sinne hat Bundesminister für Landesverteidigung und Sport Mag. Darabos mit anderen Ressortkolleginnen und Kollegen im Frühjahr 2009 mehrere Initiativen für mehr Bewegung gesetzt.

Auf Regierungsebene wurde im Juni 2009 eine interministerielle Arbeitsgruppe zur Koordinierung der Thematik „Jugend und Sport“ geschaffen, an der Vertreterinnen und Vertreter der Bundesministerien für Landesverteidigung und Sport, für Unterricht, Kunst und Kultur, für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz sowie für Gesundheit teilnehmen.

Ziel der Arbeitsgruppe ist es, langfristig optimale Bedingungen für Bewegungsförderung zu schaffen. Innerhalb kurzer Zeit wurden bereits erste Schritte gesetzt: Gemeinsam mit dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur und der Bundessportorganisation ist im Frühjahr eine Rahmenvereinbarung erarbeitet worden, die bundesweit erstmals die Kooperation von Sportvereinen mit Schulen regelt und Rahmenbedingungen vorgibt, die eine Zusammenarbeit erleichtern sollen. Die besondere Berücksichtigung von Bewegung und Sport in der Ganztagsbetreuung und die Etablierung von mehr Bewegungseinheiten im Schulalltag zählen zu den nächsten Themenschwerpunkten der interministeriellen Arbeitsgruppe.

Als erste unmittelbare Maßnahme für mehr Bewegung in den Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen wurde von Bundesminister Mag. Norbert Darabos in diesem Frühjahr eine neue, bundesweit mit 2 Mio. € dotierte Bewegungsinitiative ins Leben gerufen. Unter dem Dach der Bewegungsinitiative „Fit für Österreich“ bietet die Aktion „Kinder gesund bewegen“ in Zusammenarbeit mit den Dachverbänden ASKÖ, ASVÖ und SPORTUNION ein kostenloses Angebot für Schulen und Kindergärten in ganz Österreich. Ziel ist nicht nur die Bewegung der Kinder in den Bewegungseinheiten, sondern auch eine nachhaltige Positionierung der Bedeutung von Bewegung bei den verantwortlichen Pädagoginnen und Pädagogen bzw. bei den Eltern, der Hinweis auf Kooperationsmöglichkeiten mit dem organisierten Sport und in weiterer Folge auch Angebote zur Fortbildung.

Um alle Maßnahmen der Vernetzung und Partnerschaften für „Mehr Bewegung“ auch öffentlich zu thematisieren findet seit 2007 jährlich im Frühjahr in Wien das "Fit für Österreich"-Forum statt. Bei dieser Veranstaltung stehen vor allem Entscheidungsträger und Meinungsbildner aus allen gesellschaftlichen Bereichen im Mittelpunkt. Das Thema „Bewegung und Gesundheit“ und dessen hoher Stellenwert für die Gesellschaft wird in allen Bereichen von verschiedenen Gesichtspunkten beleuchtet. Ideen und Möglichkeiten zur Förderung und Unterstützung spezifischer Initiativen werden von Netzwerkpartnerinnen und Partnern und "Fit für Österreich" präsentiert.

Im Jahr 2007 wurde anlässlich des ersten "Fit für Österreich"-Forums 2007 die "Fit für Österreich"-CHARTA vorgestellt, die beim Forum 2008 speziell um das Thema „Kinder“ erweitert und im Jahr 2009 nochmals von Mitgliedern der neuen Bundesre-

5. Bisherige Umsetzung bzw. Umsetzungsmöglichkeiten des Weißbuches in Österreich

gierung unterzeichnet wurde. Diese CHARTA (*siehe Anhang*) ist das erste Dokument seiner Art in Österreich, das auf die große Bedeutung von Bewegung für Gesundheit und Lebensqualität in den verschiedensten Lebensbereichen hinweist und die Verantwortung aller gesellschaftlichen Bereiche in diesem Zusammenhang hervorhebt.

Das Weißbuch schreibt weiters fest: „Die Sportorganisationen sind aufgerufen, ihr Potenzial für gesundheitsfördernde körperliche Aktivität einzubringen und entsprechende Aktivitäten einzuleiten.“

In diesem Zusammenhang ist das Qualitätssiegel „Fit für Österreich“ zu erwähnen. Das „Qualitätssiegel für gesunde Bewegung“ wird von „Fit für Österreich“ nach festgelegten Kriterien an gesundheitsorientierte Vereinsangebote auf die Dauer von zwei Jahren verliehen. Ende Dezember 2008 waren 3.750 Angebote mit Qualitätssiegel registriert, die online auf der Internet-Seite www.fitfueroesterreich.at abrufbar sind.

Einen wesentlichen Anteil am Erfolg dieser Angebote haben die Übungsleiterinnen und -leiter, weshalb "Fit für Österreich" die Aus- und Fortbildungsprogramme für jene Menschen, die sich im Sport engagieren, noch weiter ausgebaut hat. Neben dem umfassenden Bildungsangebot der Sport-Dachverbände ASKÖ, ASVÖ und SPORT-UNION bildet der „Fit für Österreich“-Kongress mittlerweile einen Fixpunkt im Ausbildungskalender. Diese Veranstaltung richtet sich vornehmlich an die „Praktiker“ in allen gesellschaftlichen Bereichen: Kindergärtnerinnen und Kindergärtner, Lehrerinnen und Lehrer, Übungsleiterinnen und -leiter, Trainerinnen und Trainer und andere Interessentinnen und Interessenten im Bereich der praxisorientierten Arbeit mit allen Altersgruppen. Der Kongress wurde im Jahr 2007 das erste Mal ausgerichtet. Er ist für 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer konzipiert, rund 40 Referentinnen und Referenten tragen ihre durchwegs praxisorientierten Inhalte in bis zu 80 Arbeitskreisen vor. Der Kongress dauert drei Tage und findet traditioneller Weise in Saalfelden/Salzburg jährlich immer rund um den 26. Oktober statt.

Das Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport begrüßt ausdrücklich die Initiative der Kommission für die Aufnahme des Themas Gesundheit als integralen Teil ihrer Sportpolitik. Wichtig ist dabei, dass dies in enger Kooperation mit dem im Mai 2007 veröffentlichten Weißbuch "Ernährung, Übergewicht, Adipositas: Eine Strategie für Europa" erfolgt und sich die entsprechenden Maßnahmen ergänzen und Synergieeffekte genutzt werden. Dies gilt auch für weitere Initiativen auf europäischer Ebene, wie das Netzwerk "Ernährung und Bewegung". Damit wird auch dem Anspruch auf "Gesundheit in allen Politikfeldern" Rechnung getragen.

„Nach Anhörung der europäischen Kommission zu den Ergebnissen der Überlegungen der EU-Arbeitsgruppe 'Sport und Gesundheit' freuen sich die europäischen Sportminister über die 41 von der Gruppe für die Europäische Kommission erteilten Empfehlungen im Bereich Leibesertüchtigung als Gesundheitsfaktor. Sie haben die Französische EU-Ratspräsidentschaft gebeten, den einschlägigen Text an die europäischen Gesundheitsminister weiterzuleiten, damit die Empfehlungen im Rat der Gesundheitsminister untersucht werden können. Sie sprechen sich dafür aus, diese Empfehlungen mit Blick auf alle betroffenen Akteure und schwerpunktmäßig die Sportorganisationen im größtmöglichen Umfang und insbesondere über das Internet zu verbreiten. Einverständnis herrscht ebenfalls in Bezug auf die Bekanntmachung bewährter Praktiken in diesem Bereich.“ (*Auszug aus den Schlussfolgerungen der*

5. Bisherige Umsetzung bzw. Umsetzungsmöglichkeiten des Weißbuches in Österreich

Französischen EU-Ratspräsidentschaft beim Informellen Sportministertreffen in Biarritz am 27.-28. November 2008)

5.2. Gemeinsam gegen Doping

Das zu Ende gehende Jahr 2009 stand im Zeichen eines intensivierten Kampfs gegen Doping durch das Sportministerium.

Die Sensibilität für alle Fragen des Dopings hat in Österreich nicht zuletzt aufgrund der starken medialen Berichterstattung weiter zugenommen und auch das Verständnis für den Kampf gegen Doping, vor allem im österreichischen Leistungssport, bei den österreichischen Sportfachverbänden sowie auch einer breiteren sportinteressierten Öffentlichkeit wesentlich gesteigert.

5.2.1. **Novelle des Anti-Doping Bundesgesetzes: Verschärfung der Anti-Doping Bestimmungen in Österreich**

Österreich verfügt mit 1.1.2010 über eine der umfangreichsten Anti-Doping-Gesetzgebungen Europas. Neben der Verankerung des Sportbetrugs im § 147 Strafgesetzbuch bringt die Novelle des Anti-Doping-Bundesgesetzes eine Vielzahl an zusätzlichen Verschärfungen, wie beispielsweise den lebenslänglichen Ausschluss wegen Dopingvergehen gesperrter volljähriger Sportlerinnen und Sportler und Betreuungspersonen von der Bundesportförderung oder die Rückzahlung von Bundesportförderungsmitteln ab dem Zeitpunkt des Dopingvergehens.

Sportlerinnen und Sportler, die während einer Sperre zurücktreten, haben, wenn sie doch wieder in den aktiven Wettkampfsport zurückkehren 12 Monate statt bisher 6 Monate Sperrfrist zur Teilnahme an Wettkämpfen. Zudem wurde eine Rechtsgrundlage für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der NADA und den Strafverfolgungsbehörden geschaffen als auch die rechtlichen Möglichkeiten der Zollbehörden bei der Einfuhr von Dopingmitteln verbessert.

Ein bahnbrechender Schritt in der Doping-Prävention ist auch die Änderung im Arzneimittelgesetz, wonach auf Packungsbeilagen von Arzneimitteln künftig ein Hinweis auf verbotene Doping-relevante Wirkstoffe aufgenommen wird. Diese Regelung hat sich in Deutschland in der Praxis bewährt und wird nun auch in Österreich übernommen.

Damit konnten wesentliche Schritte für einen noch effizienteren Kampf gegen Doping gesetzt werden.

5.2.2. **Vier Länder Abkommen/Internationale Zusammenarbeit**

Die Kommissionsvorschläge der Entwicklung von Partnerschaften zwischen den Strafverfolgungsbehörden, Interpol und den WADA akkreditierten Dopinglabors werden von Österreich unterstützt.

Am 5.-6. März 2010 findet in Wien das Meeting aller WADA-Labor-Direktorinnen und Direktoren weltweit statt, das von der NADA Austria in Zusammenarbeit mit der Sek-

5. Bisherige Umsetzung bzw. Umsetzungsmöglichkeiten des Weißbuches in Österreich

tion Sport im Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport und mit den Seibersdorf Laboratories organisiert wird.

Auch die zwischenstaatliche Zusammenarbeit wurde verstärkt. Im Frühjahr 2009 wurde mit Frankreich, Deutschland und der Schweiz ein Kooperationsabkommen unterzeichnet, das sich vor allem im Hinblick auf den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit im Bereich der Präsentation bewährt hat. Es werden Meetings zu jeweils festgelegten Schwerpunktthemen vier Mal im Jahr jeweils in einem anderen Land durchgeführt.

5.2.3. Akteneinsicht bei der Staatsanwaltschaft

Vom Bundesministerium für Justiz wurde der NADA auf Betreiben des Sportministeriums im Juni 2009 der NADA Austria bzw. die Rechtskommission der NADA Austria die Möglichkeit eingeräumt, Einsicht in Akten zu nehmen, wenn ein Abschlussbericht im jeweiligen Fall vorliegt. Die NADA Austria bzw. die Rechtskommission der NADA Austria haben somit Akteneinsicht im Sinne des §77 (1) Strafgesetzbuch.

5.2.4. Präventive Maßnahmen

Präventionsarbeit ist primär Angelegenheit der EU-Mitgliedstaaten. Neben der Aufklärung der Sportlerinnen und Sportler ist auch die Unterrichtung der Personen des Umfelds der Sportlerinnen und Sportler (Trainerinnen und Trainer, Betreuerinnen und Betreuer, Ärztinnen und Ärzte etc.) ein wichtiger Bestandteil.

Auf politischer Ebene wurde der Präventionsarbeit 2009 in Österreich ein besonders hoher Stellenwert eingeräumt. Das Sportministerium hat der NADA Austria 2009 535.000 € für die Intensivierung der Präventionsarbeit zur Verfügung gestellt.

So konnte die NADA 2009 eine allgemeine Anti-Doping-Informationsbroschüre in einer Auflage von 240.000 Stück herausgeben und bei allen großen Laufsportveranstaltungen und Triathlons zur Verteilung bringen. Ebenso wurde diese Informationsbroschüre den Magazinen Toptimes und Sportmagazin beigelegt.

Weiters wurde das Handbuch für Leistungssportler in einer Auflage von 10.000 Stück aufgelegt und an Kadersportler aller österreichischen Fachverbände verteilt.

Auch im medizinischen Bereich wurden die Bemühungen um Aufklärung weiter intensiviert. Eine allgemeine Informationsbroschüre wurde mit einer Auflage von 250.000 Stück von den österreichischen Apotheken verteilt. Darüber hinaus wurde auch die Homepage der NADA Austria komplett neu gestaltet.

5.2.5. Neuer WADA-Code seit 1. Jänner 2009

Der WADA-Code wurde mit 1. Jänner 2009 in folgenden Punkten stark verändert bzw. weiterentwickelt und neu in Kraft gesetzt:

- Athletinnen- und Ahtletenumfeld
- Vorläufige Sperre
- Flexibilisierung der Sanktionssystems
- Vermehrte Pflichten internationaler Sportfachverbände, nationaler olympischer Comités und Veranstalter großer Sportevents

5. Bisherige Umsetzung bzw. Umsetzungsmöglichkeiten des Weißbuches in Österreich

Die NADA Austria hat all diese Punkte entsprechend dem neuen WADA-Code umgesetzt und ins Arbeitsprogramm aufgenommen. Seit Anfang dieses Jahres werden von der NADA Austria auch Blutabnahmen für Dopingkontrollzwecke durchgeführt.

5.3. Sport- und Entwicklungszusammenarbeit

Im Hinblick auf die bedeutsame Funktion des Sports in der Entwicklungszusammenarbeit beschäftigt sich das Weißbuch unter Punkt 2.7, Seite 17 und 18, mit der „Förderung unserer Werte in anderen Teilen der Welt“. Auf Initiative Österreichs wurde der Themenbereich „Die Förderung des Einsatzes von Sport als Instrument der Entwicklungspolitik der EU“ in das Weißbuch aufgenommen.

Das Thema "Sport und Entwicklungspolitik" wurde anlässlich des Internationalen Jahres des Sports und der Sporterziehung der UNO 2005 ins Leben gerufen und bildete einen Schwerpunkt der Österreichischen EU-Ratspräsidentschaft 2006.

Österreich ist Gründungsmitglied der „Sport for Development & Peace International Working Group“. Ziel der Einrichtung unter der Schirmherrschaft des *UNDP (United Nations Development Program)* ist es, den Sport in der Entwicklungszusammenarbeit wirksam zu positionieren. Der Leitsatz „Sport for Development: From Practice to Policy“ ist wesentlicher Inhalt der Bemühungen. Mitglieder des Forums sind Regierungen, UN Agenturen, Athleten, internationale NGOs und Experten.

Im April 2007 war die Sektion Sport erstmalig Gastgeberin einer 2-tägigen Konferenz. Hochrangige Regierungsvertreter aus den EU-Mitgliedstaaten und Vertreter der Vereinten Nationen, UNICEF, FIFA, Right to Play sowie Repräsentantinnen und Repräsentanten aus Latein- und Südamerika, Afrika, Asien und Australien nahmen an der Konferenz teil.

Im September 2006 fand in Wien das erste Österreichweite „Dialogforum zu Sport und Entwicklung“ statt. Nationale und internationale Expertinnen und Experten diskutierten gemeinsam mit den Sportverbänden, Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit und politischen Entscheidungsträgern über den Nutzen des Sports in der Entwicklungszusammenarbeit. Neue Kooperationsmöglichkeiten wurden sondiert. Das Dialogforum wurde in Kooperation mit dem Wiener Institut für internationalen Dialog und Zusammenarbeit (vidc) durchgeführt.

Um diese erfolgreiche Initiative weiterzuführen, standen im Jahr 2008 € 80.000 und 2009 € 120.000 an Fördermitteln für Sport und Entwicklungsprojekte zur Verfügung. Die Förderung von Sport in Entwicklungsprojekten mit international erfahrenen Projektträgern wird fortgesetzt und ausgeweitet.

5.4. Ehrenamtliche Tätigkeit

Unter Punkt 2.4, Seite 13 des Weißbuches wird auf die besondere Bedeutung des Ehrenamtes verwiesen. Auch für den österreichischen Sport ist die ehrenamtliche Tätigkeit der Funktionäre von besonderer Bedeutung. Der österreichische Vereins- und Verbandssport ruht – kennzeichnend für den europäischen Sport insgesamt – auf zwei Säulen: dem Prinzip der Autonomie und dem der Ehrenamtlichkeit. Der Großteil des organisierten Sports hat gemeinnützigen Status und ist nach dem Ver-

5. Bisherige Umsetzung bzw. Umsetzungsmöglichkeiten des Weißbuches in Österreich

eingesetzt organisiert. Die Autonomie fußt auf dem demokratischen Grundprinzip der Vereins- und Versammlungsfreiheit. Die Mittel der Besonderen Sportförderung sind die finanzielle Basis.

Sport zeichnet sich durch einen enormen - wenn auch leider oft unterschätzten - gesellschaftlichen Nutzen aus. Der Sport vermittelt, fordert und fördert zentrale Werte wie Leistung, Solidarität, Teamfähigkeit, Durchsetzungs- und Stehvermögen. Er ermöglicht soziale Integration und Identifikation mit der Gesellschaft. Über die präventive Wirkung des Breitensports werden die Kosten im Gesundheitssystem maßgeblich gesenkt. Sport in seiner vielgestaltigen Form – von Alpinski bis Wasserball – wird in mehr als 16.000 Sportvereinen ausgeübt. Neben den Sportvereinen bieten die Dach- und Fachverbände – auf Bundes- und Landesebene - Sportangebote an und unterstützen gleichzeitig die Vereine bei ihrer Arbeit. Ohne das große Engagement der ehrenamtlichen Funktionäre ist der Sport nicht denkbar. Gemäß einer Mikrozensus-Erhebung aus 2006 werden von knapp 500.000 Ehrenamtlichen im Sport ca. eineinhalb Millionen Stunden in der Woche unbezahlter Tätigkeit verrichtet. Der dadurch geschaffene wirtschaftliche Nutzen ist enorm.

Die Europäische Union hat das 2011 zum „Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeiten“ ausgerufen. Das BMLVS wird gemeinsam mit anderen Ressorts die Gelegenheit nutzen, um die Rahmenbedingungen für das Ehrenamt zu verbessern und die soziale und wirtschaftliche Bedeutung des Ehrenamtes öffentlichwirksam in den Mittelpunkt zu rücken.

5.5. Integration durch Sport und soziale Chancengleichheit

Der Beitrag des Sports für den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft wird unter Punkt 2.5, Seite 14 des Weißbuches dargestellt. Sport ist Teil und Abbild der gesellschaftlichen Wirklichkeit zugleich. Mangelnde gesellschaftliche Chancengleichheit spiegeln sich auch in den Zugangschancen zum Sport wider. Gleichzeitig bietet der Sport die Möglichkeit - als gesellschaftspolitisches Instrument - sozialen Zusammenhalt herzustellen und zu stärken. Im gemeinsamen Sporttreiben kann Gemeinschaftsgefühl mit Menschen aus benachteiligten Bevölkerungsgruppen erlebt und gegenseitige Toleranz gelernt werden. Sport fördert das Selbstwertgefühl von Mädchen und jungen Frauen und wirkt damit als empowerment der Chancengleichheit entgegen. Durch Sport und körperliche Bewegung wird positives Lebensgefühl vermittelt. Sportangebote helfen mit Arbeitslosigkeit konstruktiv zu bewältigen. Beispiel dafür ist die erfolgreiche Initiative mit dem Projekt „Fit-Start“ für Arbeitssuchende, das von der ASKÖ seit 2007 durchgeführt wird.

5.5.1. Integration

Sport ist in jeglicher Hinsicht ein bestens geeignetes Mittel um gesellschaftspolitische Maßnahmen zur Integration umzusetzen. Zahlreiche Studien belegen die sozial-integrative Funktion des Sports. Sport ist ein Ort der Begegnung. Er bietet die Möglichkeit, Gemeinschaft, Freundschaft und Zugehörigkeit zu einer Gruppe zu erleben. Hier bietet sich die Möglichkeit, zumindest vorübergehend, die sozialen Unterschiede zwischen den Gruppierungen, Ethnien oder Nationen zu überwinden.

5. Bisherige Umsetzung bzw. Umsetzungsmöglichkeiten des Weißbuches in Österreich

Soziale Integration bedeutet nicht nur Anpassung und Eingliederung. Ziel eines erfolgreichen Integrationsprozesses ist vielmehr die Teilhabe als vollwertiges Mitglied der Gesellschaft mit allen Rechten und Pflichten. Die soziale Integration setzt ein Bewusstsein von "wir" voraus, ein Gefühl der Solidarität, ein natürliches Zugehörigkeitsgefühl. Dafür sind entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen.

Der Sport im Allgemeinen und im Besonderen der Vereinssport bieten die besten Voraussetzungen für gesellschaftspolitische Maßnahmen zur Integration. Sportvereine können Integrationsprozesse unterstützen und damit Drittstaatsangehörigen unterschiedlichster wirtschaftlicher, sozialer, religiöser, sprachlicher und ethnischer Herkunft die Integration in unsere Gesellschaft ermöglichen.

Der Vereins- und Verbandssport, wie die Landes- und Bundesdachverbände, führen Integrationsprojekte durch. Der Bund hat über die Bundes-Sportförderung die Möglichkeit, Anreize für eine verstärkte Beschäftigung mit dem Thema „Integration“ im Sport zu geben.

Das Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport stellt deshalb Sportfördermittel für zahlreiche, im Bereich des Sports durchgeführte Maßnahmen mit Integrationsbezug zur Verfügung. Die bereits laufenden Projekte setzen bei unterschiedlichen Problemzonen an und richten sich an verschiedene Zielgruppen. Gefördert werden z.B. Projekte für Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund im ländlichen Bereich wie auch Maßnahmen zur Integration durch Sprache und Sport für Jugendliche in der Großstadt. Auch für die Zielgruppe der Asylwerber wurden Bundes-Sportfördermittel zur Verfügung gestellt.

Um junge Menschen mit dem Gedanken der Integration vertraut zu machen und zu mehr Toleranz und Fairness aufzurufen, wurde den Teilnehmern der Schülerliga ein Jugendbuch überreicht, das gemeinsam mit Ivica Vastic herausgegeben wurde. Besonders verwiesen wird in diesem Zusammenhang auf die europaweit anerkannte Initiative „Fair Play“, die im Bereich Antirassismus und Migration in den letzten Jahren mit Unterstützung des Bundes sehr erfolgreiche Arbeit leisten konnte.

5.5.2. Chancengleichheit

Gleichstellung im Sport bedeutet, Frauen und Männern, Mädchen und Buben die gleichen Zugangschancen zu allen Bereichen des Sports zu ermöglichen. Chancengleichheit heißt die paritätische Teilhabe Sportlerinnen und Sportlern am Spitzen- wie am Breitensport, gleiche Zugangschancen zu allen Sportarten, gleichberechtigte Nutzung der Trainingsinfrastruktur, gleiche Fördervoraussetzungen, gleicher Zugang zu Berufen wie auch ehrenamtlichen Funktionen im Sport.

Um dieses Ziel zu erreichen werden von den Dach- und Fachverbänden und einzelnen Sportvereinen – in den letzten Jahren verstärkt – entsprechende Maßnahmen getroffen. In den Dachverbänden sind dafür Gremien eingerichtet. Die BSO Kommission „Frauen im Sport“ veranstaltet Enqueten zum Thema und hat aktuell einen Preis für den „Mädchen- und Frauenfreundlichsten Sportverein“ ausgeschrieben. Jährlich wird bei der Sport Cristall Gala der Frauen Power Award vergeben.

5. Bisherige Umsetzung bzw. Umsetzungsmöglichkeiten des Weißbuches in Österreich

Auf Initiative des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport wurde der Verein „WoMen Go Sport – Gender Plattform (WoGoS)“ gegründet, der zur Gänze aus Mitteln der Besonderen Bundes-Sportförderung finanziert wird. WoGoS versteht sich als Plattform zur Förderung von Chancengleichheit und Gender Mainstreaming im österreichischen Sport. Fachverbände, Vereine, Schulen, Institutionen und Organisationen finden Unterstützung bei der Planung und Umsetzung von Projekten zur Chancengleichheit. Ein besonderer Schwerpunkt liegt in der Aus- und Fortbildung.

Zur Stärkung der Präsenz österreichischer Sportlerinnen bei internationalen Wettbewerben insbesondere bei Olympischen Spielen, Weltmeisterschaften und Europameisterschaften sind in der Allgemeinen Bundessportförderung unter dem Budgetansatz „Gender Mainstreaming“ jährlich € 300.000 vorgesehen. Unterstützt werden mit diesen Mitteln Sportlerinnen auf einem sehr hohen Leistungsniveau. Diese Fördermaßnahme zeigte bei den Olympischen Spielen in Peking 2008 erste positive Wirkungen: war der Frauenanteil im Olympia-Kader vier Jahre zuvor noch bei 27 Prozent konnte er in Peking auf 43 Prozent erhöht werden.

5.6. Besserer Schutz und Bekämpfung von Rassismus und Gewalt

Gewalt bei Sportveranstaltungen, insbesondere in Fußballstadien, ist auch weiterhin ein großes Problem und kann verschiedene Formen annehmen. Die Gewalt verlagert sich zunehmend von den Stadien nach außerhalb, auch in städtische Gebiete. Die EU-Kommission setzt sich für die Vermeidung solcher Vorfälle ein, indem sie den Dialog zwischen den Mitgliedstaaten, internationalen Organisationen (z. B. Europarat), Sportorganisationen, Strafverfolgungsbehörden und sonstigen Akteuren (z. B. Fanclubs und lokalen Behörden) fördert und unterstützt.

Die Strafverfolgungsbehörden können auf sich allein gestellt nicht gegen die Ursachen vorgehen, die der Gewalt im Sport zugrunde liegen.

Die Kommission unterstützt darüber hinaus den Austausch bewährter Verfahren und operativer Informationen über potenziell gefährliche Fans zwischen den Polizeidiensten und/oder Sportbehörden. Besondere Aufmerksamkeit wird der Schulung der Polizei für den Umgang mit großen Menschenmengen und Hooliganismus gewidmet. Sport betrifft alle Bürger, unabhängig von Geschlecht, Rasse, Alter, Behinderung, Religion und Weltanschauung, sexueller Orientierung und sozialem und wirtschaftlichem Hintergrund. Die Kommission hat wiederholt jeglichen Ausdruck von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit verurteilt, da diese nicht mit den Werten der Europäischen Kommission vereinbar sind.

5.6.1. FairPlay-vidc/FARE-Aktivitäten

Die Initiative *FairPlay. Viele Farben. Ein Spiel* am vidc arbeitet seit 1997 in Österreich und auf europäischer Ebene proaktiv an der Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung im Fußball und an der Nutzung des Fußballs für den interkulturellen Dialog und die Integration von Migrantinnen, Migranten und ethnischen Minderheiten. Die dabei angewendeten Methoden und Ansätze reichen von öffentlichkeitswirksamer Kampagnenarbeit über Bildungs- und Trainingsprogramme zur Sensibilisierung unterschiedliche Zielgruppen bis zu konkreten Unterstützung und Vernetzung von Gruppen und Initiativen an der Basis.

5. Bisherige Umsetzung bzw. Umsetzungsmöglichkeiten des Weißbuches in Österreich

FairPlay-vidc gelang es auf nationaler und europäischer Ebene tragfähige Partnerschaften mit den relevanten Akteurinnen und Akteuren des Fußballs aufzubauen (Vereine, Fangruppen, Verbände, Spielerinnen und Spieler, Sportmedien, Migrantenorganisationen) und damit ganz neue Zielgruppen anzusprechen.

FairPlay-vidc ist Gründungsmitglied und Koordinationsbüro des 1999 in Wien gegründeten FARE (Football Against Racism in Europe)–Netzwerks.

Das FARE Netzwerk koordiniert jedes Jahr im Oktober die FARE Aktionswoche gegen Rassismus in Europa, an welcher Organisationen aus bis zu 40 verschiedenen Nationen teilnehmen. Die UEFA ist langjährige Partnerin des FARE Netzwerks und unterstützt die Aktionswoche, durch die Teilnahme der ChampionsLeague und der EuropaLeague. Heuer konnten 1.016.717 Menschen die Stadionaktionen der UEFA-Bewerbe live in den Stadien verfolgen.

Bisherige Maßnahmen und Aktivitäten von FairPlay-vidc:

- Antirassistische Stadionaktionen mit der gesamten österreichischen Bundesliga im Rahmen der FARE Aktionswoche seit 2005 fortlaufend
- Antirassismusaktionen mit einzelnen Bundesligavereinen seit 2000 (fortlaufend)
- Antirassismusaktionen bei ÖFB- Länderspielen (seit 2006 fortlaufend)
- Antirassistisches Schulprojekt „FairPlay goes Education“ an 20 Wiener Schulen (2003-2004)
- Antirassistisches Schul- und Jugendprojekt „FairPlay goes Education im Rahmen der U19 Europameisterschaft in Oberösterreich“ (gemeinsam mit dem ÖFB) (2007)
- Antirassistische Streetkick Tour im Rahmen der EURO 2008 in Kooperation mit den Fanbotschaften Österreich
- Antirassistisches, internationales Jugendturnier in Wien unter Beteiligung zahlreicher osteuropäischer Jugendteams (seit 2003 fortlaufend)
- Koordination der offiziellen Antirassismusprogramme zur EURO 2004 in Portugal, WM 2006 in Deutschland und EURO 2008 in Österreich/Schweiz (von Österreich aus)
- Veranstaltung in der Säulenhalle des österreichischen Parlaments zum Auftakt der Antirassismusaktivitäten zur EURO 08
- Mitorganisation der UEFA Antirassismuskonferenzen „Unite Against Racism“ in London 2003, Barcelona 2006 und Warschau 2009 (von Österreich aus)
- Koordination der FARE Aktionswoche gegen Rassismus im Fußball seit 2001 (fortlaufend). Mittlerweile unter Beteiligung von über 40 Nationen. (von Österreich aus koordiniert)
- Mitentwicklung der EU-Resolution des Europäischen Parlaments „Zur Bekämpfung von Rassismus im Fußball“ (2005/2006) (von Österreich aus)
- Entwicklung des UEFA-10-Punkte-Plans gegen Rassismus im Fußball (2002)
- Entwicklung des UEFA Handbuches gegen Rassismus im Fußball (2003)
- Koordination antirassistischer Stadionaktionen bei den Finalspielen der WM 2006 und EURO 2008 (von Österreich aus)
- Koordination des offiziellen Schulprojekts zur EURO 2008 EUROSCHOOLS2008 (Schwerpunkt: interkultureller Dialog)
- Mitbegründung des internationalen Netzwerkes Frauen im Fußball (2004)

5. Bisherige Umsetzung bzw. Umsetzungsmöglichkeiten des Weißbuches in Österreich

- Aufbau und Durchführung einer Servicestelle: Materialproduktion (Drucksorten, T-Shirts, Kampagnenmaterial), Versand der Materialien an Interessierte, Meldestelle für Rassismus und Diskriminierung im Fußball, Anlaufstelle für Interviewanfragen, Expertinnen- und Expertenfragen; streetkick-court-Verleih
- Erarbeitung der Studie „Racism and Ethnic Discrimination in Sport in the European Union“ für die Europäische Grundrechtsorganisation.

Fanarbeit:

- AGIS-Konferenzenreihe (EU-Projekt) zur Vorbereitung des Fanbetreuungsprogramms zur EURO 2008
- Erstellung der offiziellen Fanwebsite zur EURO 2008 www.fanguide2008.net
- Erstellung des offiziellen Fanguides zur EURO 2008
- Etablierung von Strukturen zur Fanarbeit
- Vernetzungstreffen von Fans
- Erstellung einer Online Wissens- und Informationsplattform
- Etablierung einer Online-Servicestelle mit Rechtshilfen und Rechtsberatung
- Entwicklung von Qualitätskriterien für sozialpräventive Fanarbeit in Österreich
- Unterstützung von Initiativen und Projekten zur Stärkung von Fanarbeit in Österreich
- Beratende Tätigkeiten und Unterstützung
- Bildungsarbeit, Schulungen und Workshops
- Veranstaltung von Diskussionen, Vernetzungstreffen, Konferenzen
- Vernetzungstreffen und Konferenz: Sozialpräventive Fanarbeit in Österreich und Europa

FairPlay-vidc als Koordinationsbüro des FARE-Netzwerks wurde im Rahmen des Programms Grundrechte und Unionsbürgerschaft das Projekt „Football for Equality. Challenging Racism and Homophobia in Europe“ genehmigt. FairPlay ist Projektkoordinatorin und führt das Projekt gemeinsam mit Partnern aus dem FARE-Netzwerk durch.

FairPlay-vidc und moving cultures-vidc koordinieren das Projekt „Football for Development“, das von der Generaldirektion Development EuropeAid finanziert wird.

5.7. „TEAM ROT-WEISS-ROT“

Das Weißbuch betont in seiner Einleitung, dass Sport eine hohe Anziehungskraft auf die Bürgerinnen und Bürger Europas ausübt und die meisten Europäer regelmäßig Sport treiben. Der Sport propagiert wichtige Werte wie Teamgeist, Solidarität, Toleranz und Fairplay und trägt zur Persönlichkeitsentwicklung und Persönlichkeitsentfaltung bei. Er fördert die aktive Beteiligung der EU-Bürger an der Gesellschaft und damit die aktive Bürgerschaft.

Spitzensportlerinnen und Sportlern kommt dabei eine besonders wichtige Rolle zu. Ihre Leistungen motivieren hunderttausende Menschen zum Nachahmen und bringen Kinder und Jugendliche zu Sport und körperlicher Bewegung. Um die vielfältigen positiven Wirkungen des Sports zu verdeutlichen wurde 2009 auf Initiative des Sportministers das „TEAM ROT-WEISS-ROT“ etabliert, das sich an einer Reihe von Zielsetzungen des Weißbuches orientiert.

5. Bisherige Umsetzung bzw. Umsetzungsmöglichkeiten des Weißbuches in Österreich

Kernidee des „TEAM ROT-WEISS-ROT“ ist die Ausweitung der Rolle des Bundes in der Unterstützung des Spitzensports. Das „TEAM ROT-WEISS-ROT“ ist mehr als nur ein finanzieller Fördertopf. In ihm sind die 200 besten Sportlerinnen und Sportler der Republik zusammengefasst, in der Öffentlichkeit fungiert das Team als Plattform für die Bewusstseinsbildung zu den positiven Aspekten des Spitzensports. Unter dem Titel „TEAM ROT-WEISS-ROT“ sollen unter der Schirmherrschaft von Bundesminister Mag. Norbert Darabos gemeinsame Initiativen gesetzt werden, die das Bewusstsein um die Bedeutung des Spitzensports in Österreich steigern.

Durch eine kontinuierliche Aufbereitung wesentlicher Themen – wie etwa dem Kampf gegen Dopingmittel- bzw. Medikamentenmissbrauch - werden die Ziele der Plattform den jeweiligen Zielgruppen unserer Gesellschaft adäquat transportiert, um den Blick auf das Wesentliche wieder zu schärfen.

Die Plattform TEAM ROT-WEISS-ROT dient als öffentlichkeits- und medienwirksamer Transporteur für wesentliche soziale und sportspezifische Anliegen des Sports in Österreich.

Diese sozialen Anliegen decken sich im Wesentlichen mit dem auf EU-Ebene erstellten „Weißbuch Sport“ (bzw. dem Aktionsplan Pierre de Coubertin) und seinen Zielen wie der Verbesserung der öffentlichen Gesundheit durch körperliche Aktivität, dem gemeinsamen Kampf gegen Doping, der Ausweitung der Rolle des Sports in der allgemeinen und beruflichen Bildung oder der Bekämpfung von Rassismus und Gewalt.

5.8. Nachhaltige Entwicklung

Punkt 2.8, Seite 19 des Weißbuches Sport beschäftigt sich mit dem Thema „Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung (Sportanlagen, Sportveranstaltungen)“.

5.8.1. ÖISS Resolution für Sport- und Bewegungsräume 2009

Das ÖISS (Österreichische Institut für Sportstättenbau) hat sich in seiner Sportstättenenquete 2009 in Kapfenberg umfassend mit den zukunftsweisenden Anforderungen des Sports und des Sportstättenbaus auseinandergesetzt und daraus eine zukunftsweisende Resolution formuliert, die Sport und Bewegung zeitgemäß als Querschnittsmaterie für viele Lebensbereiche positioniert und gleichzeitig das Zusammenwirken der Verantwortungsträger des Sports, des Tourismus, des Gesundheitswesens, der Raumplanung- und Raumordnung sowie des Bildungswesens thematisiert.

5.8.2. Sportentwicklungspläne

Als zeitgemäße Weiterentwicklung des Österreichischen Sportstättenplans hat sich das ÖISS in den letzten Jahren schwerpunktmäßig mit Sportentwicklungsplänen beschäftigt und dafür entsprechende Methoden erarbeitet. Diese Initiative umfasst sowohl kommunale Entwicklungspläne (Sportentwicklungsplan SEPL Hartberg) als auch Programme auf Bundesebene, z. B. den Spitzensportstättenplan 2020 im Auftrag des Sportministeriums, der sich derzeit in Ausarbeitung befindet. Sportentwicklungspläne sind wesentliche Instrumente der nachhaltigen Entwicklung, da die Abstimmung der Sporteinrichtungen auf Bedarf und Nachfrage dadurch optimiert wird.

5. Bisherige Umsetzung bzw. Umsetzungsmöglichkeiten des Weißbuches in Österreich

5.8.3. EU-Projekt „Nachhaltiges Sportstättenmanagement“

Von 2006 bis 2008 hat das ÖISS gemeinsam mit 5 Partnerländern (Deutschland, Griechenland, Irland, Slowenien und Spanien) an einem EU-Projekt (Leonard da Vinci) mitgewirkt, in dem Ausbildungsmodule für ein nachhaltiges Sportstättenmanagement erarbeitet wurden. Diese Initiative stellt einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung dar. Für 2010 ist die Einrichtung einer Arbeitsgruppe, um „nachhaltiges Sportstättenmanagement“ als Ausbildungs- bzw. Qualifizierungsschiene im Österreichischen Bildungswesen zu installieren - dieser Beitrag betrifft also gleichermaßen die Punkte 2.3 wie 2.8 des Weißbuches Sport - geplant.

5.8.4. Verbesserung der öffentlichen Gesundheit durch körperliche Aktivität

Sportbewegung als Instrument gesundheitsfördernder körperlicher Aktivitäten setzt neben entsprechenden Programmen und Angeboten (siehe Kapitel 5.1.) auch adäquate Bewegungsräume voraus, die den Bedürfnissen der Zielgruppen entsprechen.

Das ÖISS setzt sich unter anderem in Kooperation mit „Fit für Österreich“, dem Zentrum für Sportwissenschaft (Schmelz) sowie im internationalen Expertenaustausch in jüngster Zeit vermehrt mit den räumlichen Anforderungen des Breiten- und Gesundheitssports auseinander.

Die diesbezüglichen Anforderungen sind in der ÖISS- Resolution für Sport- und Bewegungsräume 2009 (*siehe Anhang*) definiert und können direkt übernommen werden.

5.8.5. Barrierefreier Zugang zu Sportveranstaltungsorten für Menschen mit Behinderung

Die EU-Kommission fordert die Mitgliedstaaten und die Sportorganisationen unter Punkt 2.5, Seite 14 des Weißbuches auf, die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen zu berücksichtigen. Die Mitgliedstaaten und die lokalen Behörden sollten sicherstellen, dass Sportveranstaltungsorte und -unterkünfte für Menschen mit Behinderungen zugänglich sind. Es sollten spezielle Kriterien für den gleichberechtigten Zugang aller Schüler zum Sport festgelegt werden, insbesondere für Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen. Gefördert wird die Schulung von Übungsleiterinnen und -leitern, Freiwilligen und Personal von Sportvereinen und Sportorganisationen für die Aufnahme von Menschen mit Behinderungen. Bei ihren Konsultationen der Akteurinnen und Akteure des Sportbereichs achtet die Kommission ganz besonders darauf, den Dialog mit Vertreterinnen und Vertretern des Behindertensports aufrechtzuerhalten.

In Hinblick auf die Aufforderung der Kommission sei darauf hingewiesen, dass die Einbindung behinderter Menschen in das Sportgeschehen, sowohl aktiv als auch passiv, entsprechend barrierefreie Sportstätten voraussetzt.

Das ÖISS hat dafür verschiedene Instrumente entwickelt, zum einen die ÖISS Richtlinie „Barrierefreie Sportstätten“ als wichtige Planungshilfe, zum anderen die ÖISS Begutachtung von Sportprojekten als Grundlage der Bundes- und/oder Landesförderung, wobei die Projekte auf Barrierefreiheit geprüft werden.

5. Bisherige Umsetzung bzw. Umsetzungsmöglichkeiten des Weißbuches in Österreich

Neu ergänzt werden diese Instrumente durch eine Vereinbarung mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport, bei der Begutachtung von Sportbauprojekten mit Österreich weiter Bedeutung, die durch den Bund gefördert werden, den Behindertensportverband einzubinden und die Sportanlagen somit auf den jeweiligen Bedarf behinderter Sportlerinnen und Sportler abzustimmen.

5.8.6. Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung

Im Punkt 2.8 des Weißbuches Sport werden zur Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung vornehmlich die Auswirkungen von Sportanlagen und Sportveranstaltungen auf die Umwelt und ein umweltverträgliches Sportstättenmanagement thematisiert.

Das ÖISS unterstützt in seiner Beratung und Begutachtung von Sportanlagen die Ansätze des Umweltschutzes.

Das Konzept der Nachhaltigkeit stellt ein Dreisäulenmodell dar, das Ökologie, Ökonomie und Soziale Gerechtigkeit gleichermaßen beinhaltet. Für nachhaltige Sportanlagen hat das ÖISS gemeinsam mit dem deutschen Sportbund das „Leitbild für nachhaltige Sportanlagen“ erarbeitet, das eine wertvolle Grundlage darstellt und das in Erfüllung des EU-Weißbuches künftig als Kontrollinstrument vermehrt Berücksichtigung finden könnte.

6. Zusammenfassung

6. Zusammenfassung

Das Weißbuch Sport der EU-Kommission ist ein wichtiger Wegweiser, in welche Richtung sich der Sport auf EU-Ebene in den nächsten Jahren weiter entwickeln wird. Erfreulicherweise werden ca. 60 % der Maßnahmen im Pierre de Coubertin Aktionsplan des EU-Weißbuches auf EU-Ebene bereits umgesetzt oder wurden schon abgeschlossen. Aufbauend auf dem Weißbuch Sport wurden wichtige Teilbereiche wie „Sport und Gesundheit“ eingehend behandelt und beispielsweise mit der Erarbeitung von EU-Leitlinien für die körperliche Aktivität umgesetzt.

Das Weißbuch Sport ist ein weiterer Beweis dafür, dass der Sport sowohl auf EU-Ebene als auch national eine Querschnittsmaterie ist, die eines intersektoralen Vorgehens und einer übergreifenden Zusammenarbeit mit dem Sozial- und Gesundheitswesen, dem Umweltbereich, der Raumplanung, dem Bildungswesen und zahlreichen anderen Bereichen bedarf.

Bei allen Erwartungen und Chancen, die die erfolgreiche Ratifizierung des EU-Reformvertrages für den Sport bietet, dürfen die volle Anerkennung der Autonomie und die Besonderheiten des Sports sowie die zentrale Rolle und Unabhängigkeit der Sportverbände nicht außer Acht gelassen werden.

Österreich hat sich von Beginn an in den Konsultationsmechanismus zur Erarbeitung des EU-Weißbuches eingebracht und federführend mitgewirkt, was in der Verankerung der Themenbereiche „Sport und Wirtschaft“ und „Sport und Entwicklungszusammenarbeit“ im Weißbuch resultierte. Eine laufende Aktualisierung und Evaluierung der Umsetzung der Maßnahmen im Pierre de Coubertin Aktionsplan des Weißbuches ist durch die Mitgliedschaft des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport in einer Reihe von EU-Expertenarbeitsgruppen darunter auch der Arbeitsgruppe „Weißbuch Sport“ der EU-Kommission sichergestellt.

In Österreich hat die Fragebogenerhebung zu den Umsetzungsmöglichkeiten des Weißbuches Sport gezeigt, dass sich Sportverbände mit den Zielsetzungen und Inhalten des Weißbuches eingehend auseinandergesetzt haben und daran auch viele Erwartungen knüpfen.

Das Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport hat mit der Einrichtung von interministeriellen Arbeitsgruppen in Bereichen wie Anti-Doping, Sport und Jugend und duale Ausbildung von Sportlerinnen und Sportlern und mit der Kampagne „TEAM ROT-WEISS-ROT“ sowie weiteren unter Punkt 5 angeführten Maßnahmen die Umsetzung einer Reihe von Zielsetzungen des Weißbuches auch auf nationaler Ebene bereits in Angriff genommen.

Ein Vergleich der bisher erfolgten Umsetzung bzw. der Umsetzungsmöglichkeiten des Weißbuches in den anderen EU-Mitgliedstaaten zeigt, dass Österreich sich sehr intensiv mit den Zielvorgaben des Weißbuches beschäftigt hat und in einer Reihe von Teilbereichen wie der Verbesserung der öffentlichen Gesundheit durch körperli-

6. Zusammenfassung

che Aktivität oder dem gemeinsamen Kampf gegen Doping mittlerweile eine europäische Vorreiterrolle einnimmt.

Mag. Norbert Darabos eh.

Bundesminister für Landesverteidigung und Sport

26/E XXIV. GP

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 21. April 2009

betreffend Umsetzung der im "Weißbuch Sport" (EK) formulierten Ziele

Der Bundesminister für Landesverteidigung und Sport wird ersucht, unter Einbindung der BSO, der Dach- und Fachverbände sowie des ÖOC und dem ÖBSV dem Nationalrat einen Bericht bis zum 31.12.2009 vorzulegen, in dem die Anregungen und Empfehlungen aus dem „Weißbuch Sport“ bewertet und Umsetzungsmöglichkeiten vorgeschlagen werden.



- CHARTA

Kinder gesund bewegen!

Angesichts der vielfältigen negativen Gesundheitsfolgen von Bewegungsmangel fordert die Weltgesundheitsorganisation (WHO) dazu auf, körperlicher Aktivität als Mittel der Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention auf nationaler Ebene mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Die Unterzeichner der Charta dokumentieren ihren Willen, in ihrem Einflussbereich verstärkt für Bewegung und die Förderung eines gesunden Lebensstils aktiv einzutreten.

1. **Körperliche Aktivität ist ein biologisches Grundbedürfnis des Menschen und beeinflusst maßgeblich die Lebensqualität.**

Es gilt den angeborenen Bewegungsdrang unserer Kinder in jedem Alter mit den geeigneten Mitteln zu fördern und zu unterstützen.

2. **Körperliche Aktivität ist eine der wichtigsten Gesundheitsdeterminanten. Regelmäßige Bewegung unterstützt und fördert die Gesundheit, wirkt präventiv gegen gesundheitliche Risikofaktoren und fördert einen aktiven Lebensstil.**

Es gilt Kindern einen freudvollen Zugang zu Bewegung und Aktivität zu vermitteln, Spaß und Freude sind die wichtigsten Determinanten für die Initiierung von lebenslanger Freude an Bewegung.

3. **Jeder Mensch soll in allen Lebensbereichen (Schule, Beruf und Alltag) die Möglichkeit zu regelmäßiger Bewegung haben.**

Es gilt den Kindern in Kindergarten, Schule und Lebensumwelt Zeit und Raum zu schaffen um spontane und individuelle Bewegungsreize ausleben zu können.

4. **Die Förderung körperlicher Aktivität muss in allen Politikfeldern (Bildung, Arbeit, Forschung, Verkehr, etc.) als Aufgabe wahrgenommen werden. Rahmenbedingungen und Maßnahmen sind auf Bewegungsfreundlichkeit zu prüfen.**

Kinder brauchen Raum, Zeit und Verständnis für ihre Bedürfnisse. Hiefür sind zielorientierte und geplante Maßnahmen erforderlich.

5. **Nachhaltiges Wohlbefinden des Menschen setzt aktive, selbstverantwortliche Entscheidungen zur Bewegung voraus:**

Regelmäßige körperliche Aktivität ist als biologische Notwendigkeit in der Bevölkerung zu verankern und Aufklärung sowie Erziehung zur aktiven Bewegung zu fördern.

Es gilt in allen Erziehungsbereichen (Eltern, Kindergarten, Schule) und somit in allen Ausbildungen für diese Bereiche Bewegung und regelmäßige Aktivität als absolute Notwendigkeit zu etablieren.



Österreichisches Institut für
Schul- und Sportstättenbau
Prinz-Eugen-Straße 12
1040 Wien

+43 (0)1 505 88 99
office@oeiss.org
www.oeiss.org

7. GP - Bericht - Hauptdokument

**MENSCHEN
BEWEGEN**
Sport- & Bewegungs(r)äume



Enqueteresolution

„Sport und Bewegungsräume“
Kapfenberg 2009

Anhang 3

Enqueteresolution „Sport und Bewegungsräume“

Kapfenberg 2009

Die Enqueteresolution 2009 anerkennt die Bedeutung und Errungenschaften der Enqueteempfehlungen von Badgastein 1968 und des Österreichischen Sportstättenplans. In einer großen Aufbauleistung konnte damit eine wertvolle Sportstätteninfrastruktur geschaffen werden, die eine Grundversorgung der Bevölkerung mit Sportanlagen darstellt, vornehmlich im Bereich des organisierten Sports und normgemäßer Anlagen.

Sport- und Bewegung verstehen sich als wichtige Beiträge zur Förderung der physischen und psychischen Gesundheit der Menschen und sind somit bedeutende Faktoren des Gemeinwohls.

Gesellschaftliche Veränderungen - wie demografische Entwicklungen, ein verändertes Sport- und Freizeitverhalten der Bevölkerung sowie Bewegungsdefizite vor allem bei Kindern und Jugendlichen - erfordern gegenwärtig eine Neupositionierung von Sport und Bewegung in vielen Lebensbereichen und einen Strukturwandel im Sportstättenbau mit folgenden Zielen:

1. Sportentwicklungspläne für Österreichs Regionen und Gemeinden als zeitgemäße Instrumente der mittel- und langfristigen Bedarfsfestlegung, als Grundlage für nachhaltige Projekte und als Nachfolgemodelle des Österreichischen Sportstättenplans,
2. Multifunktionale und polysportive Sport- und Bewegungsräume aus dem breiten Angebotsfeld des Freizeit-, Trend- und Gesundheitssports und des kindlichen Bewegungsspiels für alle Generationen und alle Geschlechter mit unterschiedlichen Sportinteressen und -bedürfnissen, wobei hier besonders der wachsende Bedarf nach Angeboten für (Klein-)Kinder, SeniorInnen, Frauen und Menschen mit Behinderungen zu berücksichtigen ist,

3. Fortbestand und Weiterentwicklung (Optimierung) der vereins- bzw. organisationsgebundenen Sportstätten sowie der Wettkampfanlagen, wobei der Bestand in Zusammenhang mit einem zunehmenden Sanierungs- und Modernisierungsbedarf zu sichern ist,
4. Informelle, öffentlich zugängliche Spiel-, Sport und Bewegungsräume, deren Belange in die Grün- und Verkehrsflächenplanung der Städte, Gemeinden und Regionen einfließen und Sportstätten in den Erholungsräumen, die sich durch einen schonenden Umgang mit der Natur auszeichnen.
5. Entsprechende Qualifizierungssysteme für alle MitarbeiterInnen auf Sportanlagen als Basis für erfolgreiche und zukunftsfähige Betriebsformen,
6. Zusammenarbeit der Verantwortungsträger von Schule und Sport, um die schulischen Sportstätten für die Nutzung durch die Schule, den außerschulischen Sport und den Wettkampfsport den lokalen Anforderungen entsprechend zu optimieren,
7. Ergänzung der schulischen Sportstätten durch vielfältig nutzbare, bewegungsfreundliche und geschicklichkeitsfördernde Schulhöfe und -gärten, speziell in Hinblick auf zunehmend ganztägige Schulformen.

Für die Umsetzung der Resolution ist das Zusammenwirken aller betroffenen Einrichtungen notwendig; das betrifft neben den mit dem Sport befassten Institutionen den gesamten Bereich Tourismus, die Raumplanung- und Raumordnung, das Gesundheitswesen und erfordert einer ständigen Kooperation zwischen Schule und Sport sowohl bei Baumaßnahmen als auch in der Ausbildung.

Brussels, 10 October 2008

EU Physical Activity Guidelines

Recommended Policy Actions in Support of Health-Enhancing Physical Activity

**Approved by the EU Working Group "Sport & Health"
at its meeting on 25 September 2008**

**Confirmed by EU Member State Sport Ministers
at their meeting in Biarritz on 27-28 November 2008**

Table of Contents

1. INTRODUCTION	3
1.1. Benefits of physical activity	3
1.2. Added value of these guidelines.....	4
1.3. Existing physical activity guidelines and recommendations.....	5
2. A CROSS-SECTORAL APPROACH	9
3. POLICY AREAS	11
3.1. Sport.....	11
3.1.1. Central Government	12
3.1.2. Regional and local government.....	13
3.1.3. Organised sport sector	14
3.1.4. Non-organised sport and physical activity	15
3.2. Health.....	17
3.2.1. Public health sector	17
3.2.2. Health care sector	18
3.2.3. Health insurance providers	19
3.3. Education.....	23
3.3.1. Physical activity promotion at school	23
3.3.2. Education and training of health professionals	25
3.4. Transport, environment, urban planning and public safety.....	26
3.5. Working environment.....	29
3.6. Services for senior citizens.....	31
4. INDICATORS, MONITORING AND EVALUATION	33
5. PUBLIC AWARENESS AND DISSEMINATION	35
5.1. Public awareness campaigns	35
5.2. EU HEPA Network	36
ANNEX: LIST OF EXPERTS	38

1. INTRODUCTION

1.1. Benefits of physical activity

Physical activity is usually defined as “any bodily movement associated with muscular contraction that increases energy expenditure above resting levels”. This broad definition includes all contexts of physical activity, i.e. leisure-time physical activity (including most sport activities and dancing), occupational physical activity, physical activity at or near the home and physical activity connected with transport. Alongside personal factors, environmental influences on physical activity levels can be physical (e.g. built environment, land use), social and economic.

Physical activity, health and quality of life are closely interconnected. The human body was designed to move and therefore needs regular physical activity in order to function optimally and avoid illness. It has been proved that a sedentary lifestyle is a risk factor for the development of many chronic illnesses, including cardiovascular diseases, a main cause of death in the Western world. Furthermore, living an active life brings many other social and psychological benefits and there is a direct link between physical activity and life expectancy, so that physically active populations tend to live longer than inactive ones. Sedentary people who become more physically active report feeling better from both a physical and a mental point of view, and enjoy a better quality of life.

The human body, as a consequence of regular physical activity, undergoes morphological and functional changes, which can prevent or delay the appearance of certain illnesses and improve our capacity for physical effort. At present there is sufficient evidence to show that those who live a physically active life can gain a number of health benefits, including the following:

- A reduced risk of cardiovascular disease.
- Prevention and/or delay of the development of arterial hypertension, and improved control of arterial blood pressure in individuals who suffer from high blood pressure.
- Good cardio-pulmonary function.
- Maintained metabolic functions and low incidence of type 2 diabetes.
- Increased fat utilisation which can help to control weight, lowering the risk of obesity.
- A lowered risk of certain cancers, such as breast, prostate and colon cancer.
- Improved mineralization of bones in young ages, contributing to the prevention of osteoporosis and fractures in older ages.
- Improved digestion and regulation of the intestinal rhythm.
- Maintenance and improvement in muscular strength and endurance, resulting in an increase in functional capacity to carry out activities of daily living.
- Maintained motor functions including strength and balance.
- Maintained cognitive functions and lowered risk of depression and dementia.
- Lower stress levels and associated improved sleep quality.
- Improved self-image and self-esteem and increased enthusiasm and optimism.
- Decreased absenteeism (sick leave) from work.
- In very old adults, a lower risk of falling and prevention or delaying of chronic illnesses associated with ageing.

Children and young people take part in various kinds of physical activity, for example by playing games and participating in different sports. However, their daily habits have changed due to new leisure patterns (TV, internet, video games) and this change has coincided with increasing rates of childhood overweight and obesity. As a result, there is much concern whether physical activity among children and young people has been replaced by more sedentary activities in recent years.

Opportunities to be physically active tend to decrease as we become adults and recent lifestyle changes have reinforced this phenomenon. Due to the great inventions of recent times, there has been a marked decrease in the amount of physical effort necessary to do daily household chores, to go from place to place (car, bus), and even to reach leisure activities (including those with a physical activity content). According to available data, between 40 and 60% of the EU population lead a sedentary lifestyle.

It is therefore important for EU Member States to draw up national plans in support of physical activity in order to help modify unhealthy life habits and promote awareness of the benefits of physical activity in relation to health. These plans would take account of the environment, customs and cultural characteristics of each country.

There is evidence that anyone who increases their level of physical activity, even after long periods of inactivity, can obtain health benefits irrespective of their age. It is never too late to start.

Change can be brought about through widespread innovation in policy and practice, and notably through increased cross-sectoral cooperation and the adoption of new roles by diverse actors who are already well-established and respected in their fields of competence. Big solutions and comprehensive, global strategies cannot and should not be provided. It is rather on the basis of a large number of small changes in policy and practice across the board that our societies may become more movement-friendly.

1.2. Added value of these guidelines

A number of EU Member States have national Physical Activity Guidelines which help government agencies and private bodies to work together in order to promote physical activity.¹ Often these Physical Activity Guidelines also help to channel public money into projects that encourage people to move more. Physical Activity Guidelines exist in

¹ For example: France: Ministère de la Santé et de la Solidarité (2005): Programme Nutrition Santé: Activité physique et santé. Arguments scientifiques, pistes pratiques. – Germany: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Bundesministerium für Gesundheit: Gesunde Ernährung und Bewegung – Schlüssel für mehr Lebensqualität. 04.05.2007. – Luxembourg: Ministère de la Santé (2006): Vers un plan national: Alimentation Saine et Activité Physique. – Slovenia: Ministrstvo za Zdravje (2007): Nacionalni program spodbujanja telesne dejavnosti za krepitev zdravja od 2007 do 2012. Povzeto po Strategiji Vlade Republike Slovenije na področju telesne (gibalne) dejavnosti za krepitev zdravja od 2007 do 2012. – United Kingdom: H.M. Government (2008): Healthy Weight, Healthy Lives: A Cross-Government Strategy for England. – United Kingdom: Office of the Deputy Prime Minister; Local Government Association; Department of Culture, Media and Sport; Sport England (2004): Sport and Physical Activity in 2nd Generation Public Service Agreements: Guidance Notes. DCMS, Sport England (2008): Shaping Places through Sport and Health. – Finland: Government Resolution on the Development of Guidelines for Health-Enhancing Physical Activity and Nutrition (2008).

various forms in the USA as well as in the context of the World Health Organisation (WHO).

The EU Working Group "Sport & Health", which is open to participation by all Member States, received a mandate from Member State Sport Ministers meeting under Finnish Presidency in November 2006 to prepare EU-level Physical Activity Guidelines. The most central concern was to have guidelines suggesting priorities for policies that would promote increased physical activity. For this purpose, the Working Group appointed an Expert Group of 22 well-known experts with the specific purpose of preparing such guidelines. While meeting informally, due to the absence of formal Treaty-based arrangements, Sport Ministers acted in line with concerns expressed by the EU Council of Ministers (in particular the Council formation responsible for health). During the years 2002-2006, five Council Resolutions called for EU action to combat obesity, not only as regards nutrition, but also as regards physical activity.²

To ensure the integration of policies which translate into increased physical activity in everyday life, there should be close and consistent cooperation among the relevant public and private actors when policies for sports, health, education, transport, urban planning, working environment, leisure etc. are developed. If policies that promote physical activity are successfully integrated, the easiest available option for citizens should be to choose a healthy lifestyle.

These Guidelines are addressed primarily to policy makers in the Member States, as inspiration for the formulation and adoption of action-oriented national Physical Activity Guidelines. The purpose of the document is not a comprehensive academic review of the subject, nor a redefinition of WHO recommendations and targets. EU added value is provided by focusing on the implementation of existing WHO recommendations for physical activity, by being action-oriented and by being solely focused on physical activity (and not nutrition or other related topics). This document is intended for a wide range of users who deal with physical activity. The use of footnotes, references and specialist terminology has therefore been kept to a minimum.

1.3. Existing physical activity guidelines and recommendations

The World Health Organization (WHO) is a key actor in defining the terms for policies to counteract obesity.³ As part of its activities, the WHO has adopted a number of documents which define individual as well as collective goals related to physical activity and diet.⁴ Some WHO recommendations are addressed to the entire population, while

² COM(2007) 279. 30.05.2007: White Paper on A Strategy for Europe on Nutrition, Overweight and Obesity related health issues. http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/en/com/2007/com2007_0279en01.pdf, p. 2

³ <http://www.euro.who.int/obesity>

⁴ World Health Organization (Geneva, 2004): Global Strategy on Diet, Physical Activity and Health. – World Health Organization (WHO Regional Office for Europe, Copenhagen (2006): Steps to health. A European framework to promote physical activity. – WHO Europe Ministerial Conference on Counteracting Obesity (Istanbul, 2006): European Charter on Counteracting Obesity. – World Health Organization (Geneva, 2007): A guide for population-based approaches to increasing levels of physical activity. Implementation of the WHO Global Strategy on Diet, Physical Activity and Health.

others cover specific age groups. The WHO's guidance documents focus on physical activity as a tool for population-based primary prevention and are based on the most recent scientific evidence.

In 2002 the WHO adopted a recommendation to the effect that everybody should practise a minimum of 30 minutes of daily physical activity.⁵ In its White Paper on Sport (Staff Working Document), the Commission noted that "some studies tend to show that even more physical activity can be recommended. This suggests that guidelines to promote physical activity in the EU would be useful. Such guidelines could propose different recommendations for different age groups, such as children and young people, adults and elderly people."⁶

These EU Guidelines follow up on the White Paper on Sport by proposing more concrete and policy-related "Guidelines for Action" which can be found at the end of relevant sections of the text. Guidelines are intended to address decision-makers at all levels (European, national, regional, local), in the public as well as in the private sector. While confirming the approach set out by the WHO, they seek to define useful steps to help translate objectives into action.

The Guidelines also follow up on another strategic document adopted by the Commission. In its White Paper on a Strategy for Europe on Nutrition, Overweight and Obesity related health issues, adopted on 30 May 2007, the Commission "believes that the Member States and the EU must take pro-active steps to reverse the decline in physical activity levels in recent decades brought about by numerous factors." The White Paper does not limit the discussion on obesity to its nutritional aspects but makes a strong case for taking such action as may be appropriate to increase physical activity levels and thus remedy the current physical activity deficits. The Commission also underlines that organisational and structural factors which influence people's possibilities to be physically active must be tackled through appropriate policy coordination.

In the Conclusions on the White Paper on Nutrition, Overweight and Obesity related health issues, adopted by the Employment, Social Policy, Health and Consumer Affairs Council⁷, and also in the European Parliament's report on the same White Paper⁸, the importance of physical activity in the fight against obesity and related illnesses has been underlined by both Institutions.

The same White Paper goes on to advocate for such measures as the collation and dissemination of new models of intervention and coordination developed at local and regional level, including via the EU High Level Group on Nutrition, Health and Physical Activity. An example of such exchange and peer learning can already be found in the

⁵ See: "Why Move for Health", <http://www.who.int/moveforhealth/en/>

⁶ SEC(2007) 935, 11.07.2007: Commission Staff Working Document: The EU and Sport: Background and Context. Accompanying document to the White Paper on Sport (COM (2007) 391). http://ec.europa.eu/sport/whitepaper/dts935_en.pdf

⁷ http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/lsa/97445.pdf 15612/07

⁸ http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/066-38015-266-09-39-911-20080924IPR38014-22-09-2008-2008-false/default_en.htm

work of the EU Platform for Action on Diet, Physical Activity and Health which includes representatives of European research, industry and civil society. Measures of the kind proposed in these Guidelines could, due to their cross-cutting nature, be developed and evaluated within similar networks at various levels.

For healthy adults aged 18 to 65 years, the goal recommended by the WHO is to achieve a minimum of 30 minutes of moderate-intensity physical activity 5 days a week or at least 20 minutes of vigorous-intensity physical activity 3 days a week. The necessary dose of physical activity can be accumulated in bouts of at least 10 minutes and can also consist of a combination of moderate- and vigorous-intensity periods.⁹ Activities to increase muscular strength and endurance should be added 2 to 3 days per week.

For adults aged over 65, in principle the same goals as for healthy younger adults should be achieved. In addition, strength training and balance exercises to prevent falls are of particular importance in this age group.

These recommendations are in addition to routine activities of daily living that tend to be of light intensity or last less than 10 minutes. However, the currently available dose-response relationships show that for the most sedentary parts of the population, increasing even light or moderate intensity is likely to be beneficial for their health, particularly if the minimum threshold of 30 minutes of moderate-intensity physical activity 5 days a week is not (yet) met. For all target groups, additional benefits can be obtained by increasing intensity.¹⁰

School-aged youth should participate in 60 minutes or more of moderate to vigorous physical activity daily, in forms that are developmentally appropriate, enjoyable, and involve a variety of activities. The full dose can be accumulated in bouts of at least 10 minutes. Development of motor skills should be emphasised in early age groups. Specific types of activity according to the needs of the age group should be addressed: aerobic, strength, weight bearing, balance, flexibility, motor development.

⁹ In adults (young to middle age), mild/light walking (strolling) might represent a physical effort of 3,500 steps per 30 minutes, while the same effect would be achieved by older people through an effort of 2,500 steps per 30 minutes. Moderate walk would thus demand 4,000 steps in adult age and 3,500 steps in old age, while for a vigorous level of walking activity (walking uphill, upstairs or running), 4,500 steps would be needed in adult age and 4,000 in old age.

¹⁰ As specified by the [United States of America Department of Health and Human Services] Centers for Disease Control and Prevention (CDC) and the American College of Sports Medicine (ACSM), intensity levels may be graded as "moderate activity" (burning 3.5 to 7 kcal/min) or "vigorous activity" (burning more than 7 kcal/min). "Moderate activity" includes "Walking at a moderate or brisk pace of 3 to 4.5 mph on a level surface inside or outside, such as Walking to class, work, or the store; Walking for pleasure; Walking the dog; or Walking as a break from work; Walking downstairs or down a hill; Racewalking—less than 5 mph; Using crutches; Hiking; Roller skating or in-line skating at a leisurely pace". "Vigorous activity" includes "Racewalking and aerobic walking—5 mph or faster; Jogging or running; Wheeling your wheelchair; Walking and climbing briskly up a hill; Backpacking; Mountain climbing, rock climbing, rapelling; Roller skating or in-line skating at a brisk pace". See CDC [Centers for Disease Control and Prevention]: General Physical Activities Defined by Level of Intensity. (Undated.)
http://www.cdc.gov/nccdphp/dnpa/physical/pdf/PA_Intensity_table_2_1.pdf

The development of national physical activity recommendations should go hand in hand with the planning and evaluation of policies and interventions to achieve the recommended goals outlined in the WHO's guidance for physical activity promotion. In its White Paper on a Strategy for Europe on Nutrition, Overweight and Obesity related health issues, the Commission also proposes that "Sports organisations could work with public health groups to develop advertising and marketing campaigns across Europe that promote physical activity particularly among target populations, such as young people, or those in low socio-economic groups."

The WHO Regional Office for Europe recently collected existing physical activity recommendations being utilised by Member States across the WHO European Region. Sources used were the "International inventory of documents on physical activity promotion"¹¹ combined with information requests to 25 countries (of which 19 were Member States of the European Union) and additional internet searches. Information was found for 21 countries, of which 14 are Member States of the European Union. All the documents describe the general recommendation of "at least 30 minutes of moderate-intensity physical activity 5 days per week" for all adults¹².

Not all documents contained specific recommendations for different age groups (younger people, adults and older adults). The majority of documents included a recommendation of 60 minutes of moderate-intensity physical activity per day for children and young people, but only a few countries had recommendations for the elderly.

Generally, the recommendations of most countries were based on the amount and type of physical activity required for general health benefits. Additionally, some countries had explicit recommendations for certain health outcomes, e.g. healthy bones or heart diseases. Furthermore, certain countries included guidance for specific sub-groups of the population in their recommendations, particularly with regard to obesity and weight management. Some countries also included minimizing screen time/sedentary behaviour to no more than two hours per day in their recommendations.

Although countries generally use the same recommendations, based on those of the WHO, there is much diversity in how they disseminate the physical activity message. Some national documents contain practical advice (e.g. use the stairs, engage in outdoor activities with your family, dance) for the population and for health workers on how to reach the recommended levels of physical activity. Other documents focus more on how policy makers should implement and disseminate the physical activity message. A few countries have designed specific communication tools, for example a pyramid or a pie to illustrate their physical activity recommendations for adults.

¹¹ HEPA Europe – International inventory of documents on physical activity promotion – Copenhagen, WHO Regional Office for Europe, 2006 (<http://data.euro.who.int/PhysicalActivity>)

¹² WHO: Benefits of Physical Activity (last update 2008).
http://www.who.int/dietphysicalactivity/factsheet_benefits/en/index.html

Guidelines for Action

- Guideline 1 – In accordance with the guidance documents of the World Health Organisation, the European Union and its Member States recommend a minimum of 60 minutes of daily moderate-intensity physical activity for children and young people and a minimum of 30 minutes of daily moderate-intensity physical activity for adults including seniors.
- Guideline 2 – All relevant actors should refer to the guidance documents of the World Health Organisation regarding obesity and physical activity and seek ways to implement them.

2. A CROSS-SECTORAL APPROACH

Many public authorities with significant budgets are involved in promoting physical activity. It is only possible to reach the set targets through inter-ministerial, inter-agency and inter-professional collaboration, including at all levels of government (national, regional, local), and in collaboration with the private and voluntary sectors.

Increasing the level of physical activity in the population falls within the remit of several important sectors, most with a major public sector component:

- Sport
- Health
- Education
- Transport, environment, urban planning and public safety
- Working environment
- Services for senior citizens.

Targets and objectives are not enough to ensure effective implementation of national Physical Activity Guidelines.

Guidelines for the development and implementation of policies inducing people to move more should be based on the following quality criteria that have shown to increase the potential for effective policy implementation:

- (1) Developing and communicating concrete goals: What are the precise targets that should be achieved by the policy action? What are the target groups of these policies and in which settings are they approached?
- (2) Planning concrete steps of the implementation process: What is the precise time frame for the policy implementation process? What are concrete milestones and deliverables?
- (3) Defining clear responsibilities and obligations for implementation: Who is providing strategic leadership? Is there any legislative support for the policy actions?
- (4) Allocating appropriate resources: Who has organisational capacities and qualified personnel needed to implement the policy action – or who can develop such

capacities? How can necessary financial resources for implementation of policy actions be secured? How do different sources of funding (national budget, regional and local budgets, private enterprise) relate to each other?

- (5) Creating a supportive policy environment: What policy areas and main policy actors can support the policy action? What policy alliances can be built to advocate the action and to tackle potential political barriers?
- (6) Increasing public support: How can the interest of the population or particular target groups in the policy actions be increased? How can the media be involved?
- (7) Monitoring and evaluating the implementation process and its outcomes: What are key indicators of effective implementation? What are the expected outcomes and how can these outcomes be measured?

All action needs to be customised to its particular context, reflecting the needs of the appropriate target groups and the settings in which they are targeted.

Examples of good practice

In the UK, public sector agreements have been used to provide incentives to achieve specific health targets. Local agencies provide details of how targets will be delivered and evaluated. In the UK these are currently called Local Area Agreements and have been used to promote increased sport and physical activity. One example is in Hertfordshire, where as part of their Local Area Agreement, they identified the need to improve the independence and hence health of their older population. The local strategic partnership identified the following outcome: 'Increase older people's independence and well-being through active participation in sport and physical activity that enables them to lead a healthy lifestyle that will contribute to them keeping fit and well for as long as possible'. They identified the following performance indicators and targets with which to measure this outcome. 'Percentage of adults aged 45+ participating in at least 30 minutes moderate intensity sport and active recreation (including recreational walking and recreational cycling) on 3 or more days a week'. The achievement of the target (+4% on baseline) was linked to a financial reward in the region of £1.2m.

In Germany, the Federal Ministry of Health and the Federal Ministry of Food, Agriculture and Consumer Protection have developed Guidelines on "Healthy Diet and Physical Activity – Key to a Higher Quality of Life"¹³, which will serve as the basis for a National Action Plan aiming to prevent malnutrition, overweight, sedentariness, and the conditions and chronic diseases resulting from them. The Guidelines have five central fields of action:

- *Politics (various sectors and fields)*
- *Education and raising awareness about diet, physical activity and health*
- *Physical activity in daily life*
- *Enhancing the quality of meals served outside of homes (kindergartens, schools, work places, etc.)*

¹³

http://www.bmelv.de/cln_045/nn_749118/SharedDocs/downloads/03-Ernaehrung/Aufklaerung/EckpunktetaepapierGesundeErnaehrung,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/EckpunktetaepapierGesundeErnaehrung.pdf

- *Impulses for research.*

In Luxembourg, four ministries (Education, Health, Sports, Youth) launched a multi-sectoral action plan called “Gesond iessen, méi bewegen” (“Eat healthily, move more”) in July 2006. Local stakeholders are encouraged to start actions related, if possible, to both nutrition and physical activity. More than 60 stakeholders, representing different areas (schools, local communities, clubs, workplaces, healthcare associations) have been awarded the label of the national action plan. A cross-sectoral working-group with members from the four ministries is monitoring the action plan, including local initiatives and campaigns.

Guidelines for Action

- Guideline 3 – Public authorities responsible for different sectors should support each other through cross-sectoral cooperation to implement policies that can make it easier and more attractive for individuals to increase their level of physical activity.
- Guideline 4 – Authorities responsible for the implementation of sport and physical activity guidelines should consider the use of agreements between central, regional and local levels of Government to promote sport and physical activity. Where appropriate, such agreements can involve specific reward mechanisms. Links between sport and physical activity strategies should be encouraged.
- Guideline 5 – Governments should launch initiatives to coordinate and promote public and private funding devoted to physical activity and to facilitate access for the whole population.

3. POLICY AREAS

3.1. Sport

Public authorities (national, regional, local) spend considerable amounts of money on sport. Taxes as well as sport lotteries are important sources of financing. However it is important that these budgets are used to support physical activity for the population at large.

From a physical activity perspective, the overall aim of a sport policy should be to increase participation in quality sport among all segments of society. As a basis for informed decisions, the physical activity behaviour of the population should be closely monitored in health surveys.

A physically active lifestyle sustained over time requires a nation-wide system of cost-effective sport facilities with low entry barriers and supervision for beginners. Sport infrastructure needs to be made easily available to all layers of the population. This includes public funding of the construction, renovation, modernisation and maintenance of sport facilities and of sport equipment, as well as the use of low cost or free public sport facilities. In the promotion of sport for children and youth, per capita funding can provide the basic financing. Public funding could, for example, prefer promotion of

infrastructures for sport-for-all (e.g. reconstruction of school yards), rather than elite sport complexes.

An important objective of a sport policy aimed at strengthening physical activity among the population is the development of the “sport for all” movement at the local and national levels. Where separate sport and physical activity policies exist, they should be complementary and show the continuum from light intensity physical activity through to competitive organised sport. "Sport for all" programs should aim at encouraging participation in physical activity and sport of all citizens, promoting the perception that the entire population is the target and that sport is a human right, regardless of age, race, ethnicity, social class or gender.

Sport policies should therefore aim at increasing the number of citizens participating in sport and physical activity. For this purpose, necessary resources and key stakeholders should be identified while social and environmental barriers for sport participation need to be addressed, in particular with regard to underprivileged social groups.

In this context, four main groups of actors can be distinguished: the central Government, municipalities, the organised sport sector, and the non-organised sport sector.

3.1.1. Central Government

The Government, as the main funding body, has a central role when distributing funding to sport organisations, federations and municipalities. Central sport authorities may take the following steps:

- Develop national sport and physical activity policies with the overall aim to increase sport participation and physical activity in all segments of the population; strengthening the organizational and financial sustainability of sport organisations; considering equal access to sport and physical activity for everyone, regardless of social class, age, gender, race, ethnicity and physical capacities.
- Develop a guiding document on how to financially support the implementation of specific programmes in agreement with the overall aims of the sport policy.
- Fund sport organisations and municipalities which specifically implement programmes aimed at increasing participation in sports and physical activity across age groups. Programmes aimed at increasing participation in sports among specific and minority groups (immigrants, elderly, disabled and incapacitated) could be prioritised.
- Financially support municipalities and sport organisations for building sport facilities and infrastructure and providing access to these facilities for the general population. The number of square meters of sport facilities in relation to population size can be used as a benchmark in new housing growth areas.
- Encourage inter-ministerial partnerships, especially between the Ministries responsible for Health, Sport, Transport and Education, aimed at promoting lifelong participation in sport and physical activity.
- Establish partnerships with public and private investors and media to promote the sport for all policy.
- Develop and financially support monitoring and evaluation systems aimed at evaluating the effects of the sport policy at different levels and at different times.

Example of good practice

Germany has national guidelines that govern the development of local sport facilities. These guidelines are utilised to develop urban infrastructure for the promotion of active lifestyles. Defined by the methodology of "Integrated Sport Development Planning", a series of steps for the assessment, development and implementation of local infrastructure for physical activity are conducted. In the assessment phase, an inventory of existing sport facilities and recreational areas is created, and a needs assessment of sport facilities and recreational areas based on a population survey is performed. The inventory is then balanced against the needs. In the developmental phase, results of the assessment phase are discussed with local stakeholders and policymakers, and an inter-sectoral co-operative planning group is established. Subsequent meetings serve to collect and structure ideas for improving sport facilities and recreational areas, to discuss and prioritise these ideas as well as to discuss means for their implementation, and to agree on a "catalogue of actions for the improvement of local infrastructures for physical activity" that will be implemented. This includes deciding on and specifying responsibilities and timelines for the implementation of actions. The group is responsible for the implementation of the catalogue of action. In the ideal case, the implementation of the catalogue is monitored by the group, and its effects are evaluated.

3.1.2. Regional and local government

Regions and/or municipalities are responsible for the vast majority of public sport infrastructure and they have a vital capacity to create favourable conditions for the availability of sport to the entire community. Regions and/or municipalities may take the following steps:

- Develop an inventory of all sport and leisure facilities and expand them where necessary, possibly in conjunction with sport organisations.
- Ensure that residents of urban as well as rural areas have access to places of sport in an area easily reachable from home (infrastructure and public transport).
- Ensure open access to sport facilities for all citizens, taking into account gender equality and equal opportunities for everyone.
- Encourage sport participation and social interaction in the local community through local campaigns such as specific sport events and various alternatives besides competitive sports, aimed at increasing the population's levels of physical activity.
- Develop attractive events and activities for the whole community with the intent to create habits of regular physical activity.
- Support local sport organisations to develop and implement projects aimed at promoting physical activity and sport participation in sedentary groups of the population.
- Develop partnerships with universities and experts from the health sector to create offices for support, advice and prescription of physical activity, aimed at promoting physical activity and sport participation in sedentary groups of the population.

Examples of good practice

In the UK (England) information on over 50,000 sport and leisure facilities has been collected and is available for the public to search via the internet. The Active Places database includes information on a wide range of sport facilities – from sport halls to ski

slopes, swimming pools to health and fitness. It includes local authority leisure facilities as well as commercial and club sites.

Local authorities within the UK (England) are also currently assessed according to the percentage of the population living within 20 minutes' walking distance (in urban areas) or 20 minutes' driving distance (in rural areas) from high quality sport facilities.

3.1.3. Organised sport sector

In many EU Member States, sport organisations (confederations, federations, associations, clubs) have a tendency to focus somewhat narrowly on the organisation of competitions. They should be stimulated to define strategies for sports that consider the promotion of sport for all and the impact of sport on public health, social values, gender equality and cultural development.

Sport organisations contribute to the social well-being of communities and can ease pressures on the public budget. Through their versatility and cost-effectiveness, clubs can help meet the needs of the population for physical activity. A major future challenge for the organised sport sector should be to offer high-quality health-related exercise programs nationwide.

Trainers and managers of sport organisations can play an important role in the promotion of physical activity. Their educational background should provide them with all the necessary expertise to help people find the right formula for training and physical activity. It is, however, important that they understand that physical activity must be present in everyday life and cannot be restricted to the time spent in the sport or leisure centre. Thus, they must have access to adequate information on how to increase the amount of activity in everyday life, at home as well as in the workplace and when moving from home to other locations. In particular, cycling or walking from home to the sport centre increases the benefit for the person concerned as well as for his/her environment.

Examples of good practice

The German Olympic Sports Confederation together with the German Medical Association and various health insurance companies have developed a health enhancing programme called "Quality Seal Sports For Health". Sport clubs have to fulfil the following standardised criteria in order to be awarded the quality seal: target group-oriented offerings; qualified trainers; uniform organisational structure; preventive health check-up; supported by quality management; sport clubs as active health care partners. There are approx. 14,000 certified courses of preventive cardiovascular training, low back training and relaxation available in about 8,000 sport clubs. Accompanying measures such as systematic documentation, quality circles and obligatory follow-up training for the instructors guarantee comprehensive quality management. An add-on communications concept with an online database and the development of the programme "Prescription for Exercise" in cooperation with Health Insurance Companies and the Medical Association ensure high effectiveness.

In Austria, the "Fit for Austria" programme is a public-private partnership. It is publicly funded but administered by the Austrian Sports Federation (the NGO umbrella organisation of organised sports in Austria), Co-operations exist with the Ministry of Health, the public health insurance agency and state governments. A network of 30 "Fit

for Austria”-co-ordinators was installed to provide nationwide expert-support to clubs to increase quality and quantity of health-oriented physical activity-programs in clubs. An annual “Fit for Austria” Convention acts as a practical oriented market-place for the exchange of ideas among trainers. The “Quality badge” for health-oriented physical activity is awarded to programs that fulfil special requirements in administration, content and qualification of leadership.

In Hungary, a special “Senior Sport” programme has been launched as a pilot project aimed at improving physical activity of this age group. A call for applications was opened and 215 projects are being supported by Government. Government also supports 110 organizations participating in the pedometer programme called “Ten thousand Steps”.

3.1.4. Non-organised sport and physical activity

Although physical activity during daily life (walking or cycling to school or work, walking to go shopping, climbing stairs, being active at home etc.) is related to health, sport activities during leisure time may represent an important complement of physical activity. Non-organised sport activities are becoming increasingly prevalent in many countries: frequent attendance at fitness and wellness centres, leisure activities such as swimming, rowing and sailing at seas, lakes and swimming pools, or activities such as walking, hiking, horse riding, cycling in mountains, hills and other outdoor environments. Such non-organised physical activities are particularly interesting because they help people to discover or re-discover that physical activity can be rewarding for the mind as well as the body.

This may particularly be the case for young children, where self-driven unstructured ‘play’ is a crucial component of physical activity that promotes positive physical and mental well being. With increasing land pressures and car use it is important that children’s play spaces are not marginalised in planning and design considerations.

Non-organised or self-organised activities are, however, exposed to some limitations which need to be underlined and may require specific interventions:

- Geographical limitations: it is evident that the motivation to develop a specific activity is strongly determined by geographical conditions, for example only a cold winter season will allow people to practise ice skating or skiing on a large scale, while only a marine or lake environment will induce aquatic entertainments or sports. This reflection, although very obvious, underlines the need that specific sites, suitable and appealing for open-air physical activity, are present in any town or residential environment to stimulate and provide occasions for physical activity during free time. In some cases, different physical activity users of the same natural sites may have conflicting interests. For example, mountain biking may be in conflict with walking. Careful conflict management is required to resolve the needs of different users and preserve the natural environment.
- Socio-economical limitations: economic conditions can represent a strong limiting factor to many self-organised activities as these are often related to relatively high costs. This may mean that some activities are only open to people with middle to high income and closed to others. Specific interventions may contribute to opening access

to self-organised activities to people, particularly young people, regardless of their economic conditions.

- Cultural limitations: access to self-organized activities also depends partly on awareness of the value of physical activity for body and mind. This issue requires focussed interventions to motivate all people to find in their leisure time the most suitable types of physical activity.

It is important to reflect on which activities are more suitable for the self-organised or non-organised sector. Activities associated with locomotion are likely to be the most suitable, i.e. walking or running in a nice and safe environment, if possible in green spaces, and cycling, also in this case with special attention to the safety conditions of the road. Competitive team sports can also in some cases be an interesting possibility of self-organised activity, such as basketball or soccer.

Activity such as walking, jogging or rowing can take place not only in an urban environment but also in a natural environment outside of town. This implies that policies concerning environmental preservation and management can have a high impact on many self-organised physical activities (see also section 3.4 below).

Although the nature of non-organised or self-organised activities make support for such activities optional, the above reflections underline the importance of support given by national or, more often, local government to sustain the development and diffusion of such activities, particularly in view of the above mentioned geographical, socio-economical and cultural limitations..

Example of good practice

In Hungary, the Government finances a programme called "Open Doors" in the framework of which some sport facilities keep their doors open after their official working hours (on week-ends and in the evening) in order to allow families, people living in the neighbourhood etc. to practise sports. In addition, a programme called "Moonlight" is aimed at offering free evening or night sport activities (e.g. table tennis) to groups of young people living in areas of high deprivation. Clubs organising these activities are supported by the Government.

Guidelines for Action

- Guideline 6 – When public authorities (national, regional, local) support sport through public budgets, particular attention should be given to projects and organisations which allow a maximum of people to engage in physical activity, regardless of their level of performance ("sport for all", recreational sport).
- Guideline 7 – When public authorities (national, regional, local) support sport through public budgets, appropriate management and evaluation mechanisms should be in place to ensure a follow-up that is in line with the objective of promoting "sport for all".
- Guideline 8 – When public grants are made available for activities with physical activity content, the eligibility and allocation criteria should be based on the activities foreseen, and on the general activities of the organisations applying for funding. A

specific legal status, organisational history or membership in larger federative structures should not be considered as pre-qualifying. Funding should be directed toward "sport for all" activities, bearing in mind that organisations with an elite sport component may also make a meaningful contribution to the "sport for all" agenda. Public and private actors should be able to compete for funding on an equal footing.

- Guideline 9 – Sport policy should be evidence-based and public funding for sport science should encourage research that seeks to uncover new knowledge about activities that allow the population at large to be physically active.
- Guideline 10 – Sport organisations should provide activities and events attractive to everyone, and encourage contacts between people from different social groups and with different capabilities, regardless of race, ethnicity, religion, age, gender, nationality, and physical and mental health.
- Guideline 11 – Sport organisations should cooperate with universities and higher vocational schools to develop training programmes for coaches, instructors and other sport professionals aimed to advise and prescribe physical activity for sedentary individuals and those with motor or mental disabilities who wish to take up a particular sport.
- Guideline 12 – Low-barrier health-related exercise programs targeting as many social and age groups and including as many sport disciplines as possible (athletics, jogging, swimming, ball sports, strength and cardiovascular training, courses for seniors and youth) should become an integral part of the offerings of sport organisations.
- Guideline 13 – Sport organisations embody a unique potential in prevention and health promotion, which should be drawn upon and further developed. Sport organisations gain a special significance for health policies if they can offer quality-tested and cost-effective programmes in prevention and health promotion.

3.2. Health

There is a strong mutual relationship between physical activity and health. For the purpose of a structured discussion of this relationship, a distinction needs to be made between public health, health care and the health insurance sector.

3.2.1. Public health sector

For physical activity promotion to become a priority in health policies there is a need to focus on physical activity in a broad sense, with a large-scale, population-based, comprehensive and sustainable approach. Health systems can facilitate multilevel coordinated action by making physical activity an effective part of primary prevention, by documenting effective interventions and disseminating research, by demonstrating the economic benefit of investing in physical activity, by advocating and exchanging information and by connecting relevant policies to facilitate links between the health and others sectors to ensure that public policies will improve opportunities for physical activity.

The public health sector should implement interventions or programmes designed to increase physical activity for health only if there is evidence of their effectiveness. Implementation of valid and reliable physical activity interventions and programmes will thus rely on the best available evidence, employ a range of behaviour change approaches and take into account the environmental context of physical activity. Evaluation and risk assessment are also essential to assess the overall balance between benefits and possible increased risks of higher levels of physical activity (e.g. injuries).

An important task for the public health sector is to improve measurements of physical activity for population health surveillance and for better assessment of the effects of physical activity programmes. Better instruments to measure physical activity will allow the identification of population groups which are most in need of physical activity. Questionnaires represent the most frequently used method to measure physical activity at population level. Instruments to assess the physical activity environment are currently being designed and will need to be tested. Objective assessment of physical activity levels (e.g. accelerometers) may also contribute to better population health surveillance.

At a societal level, the public health sector has to work to change norms about physical activity and to develop social support for health-enhancing physical activity at community and population level. These norms can be defined as descriptive norms (promoting the visibility of physical activity), subjective norms (enhancing social approval for physical activity) and personal norms (promoting personal commitment to being more physically active).

In the field of professional education, the public health sector has a leadership role in the training of practitioners involved in health-enhancing physical activity, both public health practitioners and practitioners working with individuals. Training needs of those providing physical activity interventions and programmes imply a combination of knowledge, skills and competencies from several fields (health, physical activity, sports and sports medicine). Alongside programmes to raise awareness of the health benefits of physical activity for all healthcare professionals, this will enhance opportunities for health professionals to engage with a range of organisations and to develop multidisciplinary teams.

Example of good practice

In Slovenia, a national public health plan on health-enhancing physical activity (HEPA Slovenia 2007-2012) was adopted by the Government in 2007. The three main pillars of this plan are recreational free-time physical activity, physical activity at schools and workplaces, and transport-related physical activity. The basic goal of the HEPA national programme is to encourage all forms of regular physical activity to be maintained throughout the entire lifespan. The programme has a broad scope with areas and target groups including: children and adolescents, families, working place, elderly, people with special needs, health/social sector, transport sector and sport organisations.

3.2.2. Health care sector

Health care professionals (medics, nurses, physiotherapists, nutritionists) working with individuals and communities (e.g. schools) can provide counselling in relation to health-enhancing physical activity or can refer them to physical activity specialists. Such personalised guidance will take age, occupation, health status, past physical activity

experiences and other relevant factors into account. Tailor-made advice implies an assessment of actual physical activity levels, motivation levels, preferences, as well as health risks in relation to physical activity, and monitoring progress. Health professionals can empower parents to promote physical activity among their children and help teachers to improve physical education programmes in schools. The efficacy of health professionals to induce positive behavioural changes is documented in the field of promoting physical activity as a habit. However, this role for health professionals would need better recognition both from a professional and a financial perspective.

Through cooperation with professionals from fields such as sport, education, transport and urban planning, health professionals can provide information, knowledge and experience for an integrated local approach to the promotion of healthy, active lifestyles.

Examples of good practice

In the UK, 'Let's get moving' is the name of the Physical Activity Care pathway which is being piloted across fifteen GP surgeries in London from winter 2007 till summer 2008. General practitioners measure a patient's sport and physical activity levels through the use of a GP Physical Activity Questionnaire (published by the Department of Health in 2006). They will then support them to change their behaviour by giving advice and encouraging them to set activity goals. Health professionals will work with patients to overcome barriers to exercise, help set individual goals, signpost patients to local physical activity opportunities and keep track of their progress. Patients ready to change will be encouraged to come up with their own solutions to their barriers to activity; they will be advised to work towards undertaking 5 x 30 minutes of moderate activity a week. The pathway broadens the opportunities for physical activity from indoor aerobics and gyms to health walks in local green spaces and other outdoor exercise in the local natural environment. If patients want to get more physically active after their assessment, they will be given a 'Let's get moving' pack which includes a personal exercise plan, information on local activities they can join, a map of their nearest park and open spaces and diet and exercise advice. GPs will follow up the patient's progress at three and six months.

In Denmark, GPs are encouraged to prescribe physical activity for many lifestyle related diseases, either when they have been diagnosed or to prevent them from developing. GPs in Denmark are also expected to have a discussion with their patients once a year about lifestyle and health.

In Sweden, primary care providers in the county of Östergötland have been prescribing physical activity to patients. An evaluation found that, after 12 months, 49% of those who received the prescription reported adhering to it, and an additional 21% were regularly active.

3.2.3. Health insurance providers

Depending on national or regional arrangements, residents of the European Union are often entitled to reimbursement of their medical expenses from health insurance providers. While some hospitals, community health centres and/or health professionals in some Member States may provide care free of charge, health insurance providers are a cornerstone of many national health systems. Even in Member States with large tax-financed public health sectors, private providers may also be in place.

Depending on national or regional arrangements, health insurance providers may be not-for-profit agencies with varying degrees of regulation by law, or they may be for-profit private insurance companies, or a combination of both. The degree to which the analysis and recommendations in this section apply to them varies according to the legal and financial nature of health insurance providers.

The promotion of physical activity is potentially one of the most effective and efficient – and hence cost-effective – ways of preventing disease and promoting well-being. Action taken by health insurance providers to encourage their members or clients to be physically active has the potential to yield a high return on investment. Health insurance providers can employ different methods to promote physical activity among their clients:

- For cost-effectiveness and to avoid conflicts with other providers, they can co-operate with existing providers of physical activity programmes, such as non-governmental sport organisations (NGOs), sport clubs, fitness centres etc. Building such alliances allows them to avoid financial investments in personnel and infrastructures for physical activity programmes. However, health insurance providers which purchase services from external providers may need to play an active role in regulating the programme and monitoring its quality.
- They can offer financial incentives such as bonus payments to clients who are (or are becoming) physically active. This strategy is already used by health insurance providers in some EU countries. Such bonus payments can be offered to clients who are regularly participating in physical activity programmes as well as to clients who are achieving a certain level of physical fitness by choosing a physically active lifestyle. Such financial incentives can also be directed to providers of health care services. For example, physicians in primary health care can be financially rewarded for encouraging patients to move more (exercise on prescription). Again, health insurance providers offering such financial incentives need to carefully define and monitor quality criteria related to the processes and outcomes which can be funded.

Public policies inducing health insurance providers to become actors in the promotion of physical activity may differ according to different health systems in Europe. For example, in tax-financed systems governmental agencies at national or regional levels might be more likely to be the purchasing or providing organisation for preventive services (e.g. related to physical activity promotion). This enables the Government more directly to control policy implementation processes but, at the same time, raises issues of external control of quality, effectiveness and efficiency. In some systems independent public bodies such as health insurance funds are often crucial for policy implementation. In addition, private health insurance agencies may play an important role in both systems.

Public or private health insurance providers may develop their own policies for physical activity promotion because of cost-effectiveness or marketing effectiveness. In addition, incentives through public policies (e.g. reduced taxes, subsidies) may attract public as well as private health insurance providers to increase physical activity promotion. Governments can also use legislative tools to define concrete obligations for action in the field of prevention (e.g. mandatory promotion of physical activity by public health insurance funds).

Health insurance companies have an interest in promoting initiatives to spread the message that life-style (physical activity, nutrition, stress management) is one of the main drivers for acquiring or avoiding chronic conditions. They can use the following tools for this purpose:

- Website: health portal with current information on health-related topics and corresponding providers.
- Medical call centres, staffed with physicians for all medical issues, promoting offers from medical check-up providers and health-promoting fitness studios in a pan-European network.
- Development of a so-called “health prevention” fitness profile with standardised medical and physical tests, not only in cooperation with medical institutions and medical doctors but also in the form of mobile test units.
- Development of a national or European network of implementation partners which should offer clients tailored health management programmes in individual settings.
- Development of a network of wellness hotels, wellness providers and personal trainers (health coaches) who provide support on a one-to-one basis for lifestyle change.

There should be a change of paradigm in the sense that public health insurance providers should not only have a duty to provide medical care, but also a duty to promote preventive measures for health. They should be at the centre of a network guaranteeing that all preventive measures are based on cooperation between social insurance companies, ministries responsible for health and social welfare, governmental and non-governmental health bodies, communities and also private insurance companies, in order to avoid a fragmentation of actions and competences. This network could provide know-how and funding in different settings, e.g. kindergartens, schools, companies etc. The overall motto should be that prevention should start as early as possible and should be a lifelong programme.

Finally, private and public health insurance providers should cooperate with corporate clients to promote health-enhancing physical activity in the context of companies. For example, specific “fit for the job programmes” could be implemented together with sport clubs, fitness centres and the mentioned network and tools.

Examples of good practice

The development of prevention policies in Germany during the last two decades provides an example of how health insurance funds may evolve as a main actor for the promotion of physical activity. Since 1989, public health insurance funds in Germany have been obliged by law to be active in the area of prevention and health promotion. In 2000, the head associations of the funds defined their priority areas for action in primary prevention accordingly. Under these definitions, the promotion of physical activity became one of the priority areas. For regulating and monitoring the quality of actions related to the priority areas, funds have agreed upon specified quality goals and developed concrete guidelines for their implementation. As a major outcome of this policy development, most health enhancing physical activity programmes in Germany are either directly offered by health insurance funds or subsidised by them. Since subsidies are restricted by law to evidence-based and quality-assured physical activity programmes, sport clubs and other providers of health-enhancing physical activity programmes which are co-operating with health insurance funds have considerably improved their standards of quality management.

Austria has during the last two decades developed different offers to the clients of social insurance companies. These social insurance companies offer every client a yearly health check. In addition social insurance companies have developed preventive programs for special settings (e.g. prevention of diabetes) together with different non-governmental organisations and sport clubs. In addition, in 1998 a National Health Prevention Agency was founded, with Government funding, which has supported numerous health projects in different settings in all communities.

In Finland, the Fit for Life programme has implemented a campaign, The Adventures of Joe Finn, to encourage sedentary middle-aged men to lead a healthy lifestyle. The campaign includes a handbook on keeping fit, a website, physical training courses, combined courses on cooking and experimentation of different sports, and lorry tours with various events. The programme's partner for the lorry tours was an insurance company which has traditionally insured employees in branches dominated by men, such as the construction industry. In these fields the risk of premature retirement due to disability is high. Participants in the events received an invitation from their employers and were allowed to take part during working hours.

Guidelines for Action

- Guideline 14 – Physical activity data should be included in health monitoring systems at national level.
- Guideline 15 – Public authorities should identify the professions that have the competences necessary to promote physical activity and consider how the relevant professional roles may be facilitated through appropriate recognition systems.
- Guideline 16 – Medical practitioners and other health professionals should act as facilitators between health insurance providers, their members or clients, and providers of physical activity programmes.
- Guideline 17 – Insurance companies should be encouraged to reimburse medical doctors (GPs or specialists) for an annual discussion advising each patient on how to include physical activity into their daily life.
- Guideline 18 – Public authorities should encourage health insurance schemes to become a main actor in the promotion of physical activity.
- Guideline 19 – Health insurance schemes should encourage clients to be physically active and should offer financial incentives. Physical activity upon prescription should become available in all EU Member States.
- Guideline 20 – In Member States where treatment is provided free of charge, the public health system should try through those channels to encourage physical activity in all age groups, including by introducing bonuses for physically active people and encouraging health professionals to promote physical activity as part of a prevention strategy.

3.3. Education

The relation between the education sector and physical activity has three different aspects: physical education at school, physical activity in local communities (e.g. sport clubs) and education and training for physical educators, coaches and health professionals.

3.3.1. *Physical activity promotion at school*

The social settings of schools and sport clubs are important places to enhance health-related physical activities of children and young people. Sedentary children and young people show signs of metabolic problems such as clustering of cardiovascular risk factors. This group of children and young people is continuously growing in many EU countries but may be difficult to reach by sport organisations. On the one hand, these children and young people have often had poor experiences of competitive sports, while on the other hand sport organisations often do not offer appropriate programmes apart from their traditional competitive sport activities. However, physical education is a mandatory subject in schools in most countries and it is possible to offer healthy and appealing physical education in schools to create an interest in physical activity. It is therefore important to evaluate whether increased and/or improved physical education may result in improved health and health behaviour among children and young people.

School-based physical education is effective in increasing levels of physical activity and improving physical fitness. However, to accomplish major health changes one hour of daily physical activity organised as play in the schoolyard or in physical education lessons is necessary. Interventions including physical education only two or three times a week have only shown minor health improvements. The increased amount of physical activity can be attained by increased curricular or extra-curricular time in school and need not be to the detriment of other subjects in the school curriculum. Physical activity can also be integrated into after-school care, which can make the interventions economically neutral.

School-based physical education is the most widely available source to promote physical activities among young people. Therefore, every effort should be made to encourage schools to provide physical activities on a daily basis in all grades, inside or outside the curriculum and in cooperation with partners from the local community, and to promote interest in life-time physical activities in all pupils. Teachers at school are one of the main actors for children and young people's physical activity. However, there are other important actors such as educators in kindergartens, coaches in sport and social clubs and, in particular for children up to the age of 12, their parents.

To maximise learning opportunities in physical education, a range of conditions needs to be met. These include time in the school schedule, a reasonable class size, adequate facilities and equipment, a well-planned curriculum, appropriate assessment procedures, qualified teachers, and positive administrative support for networks linking stakeholders in the areas of physical activity and health care in the local community (e.g. sport clubs). Out-of-school physical activity can be considerably promoted by making sport facilities of schools available after school hours and by building partnerships.

School playgrounds and physical education lessons should be adapted to all pupils, considering in particular appropriate equipment for girls to stimulate their participation in sport and recreation activities. School playgrounds also play a potentially important role in providing play facilities for the community outside school hours.

To make physical education meaningful and successful for all children and youth, innovative learning theories and new perceptions of the physical education subject need to be considered, evaluated, and implemented.

High-quality physical education should be age-appropriate for all children and young people regarding both instructions and content. Instructionally appropriate physical education incorporates the best known practices derived from research into teaching experiences and education programmes that maximise opportunities for learning and success for all.

Teachers should be encouraged to use technology in physical education classes to explore fitness and motor skill concepts in ways that personalise the curriculum to a higher extent than before. Heart rate monitors, video and digital photo equipment, computer software programmes and other equipment to estimate body composition can play a useful role in this context.

There have been some recommendations from European stakeholders in the area of training of physical education teachers (e.g. EUPEA) and in the EU study on "Young people's lifestyles and sedentariness".¹⁴

The role of physical education teachers in promoting physical activity among children and adolescents needs to be expanded in view of the increase in sedentary lifestyles, overweight and obesity. In addition to the time reserved for physical education in school curricula, physical education teachers could play a useful role in helping to address wider physical activity issues such as active commuting between home and school, physical activity during intervals between school hours, the use of sporting facilities after school, and individual exercise planning. Evidence shows that out-of-school physical activity can be considerably promoted by making sport facilities of schools available also after school hours.

The education and training of the teachers should provide them with the necessary expertise to give clear and precise messages to the pupils as well as to their parents, to raise awareness that physical activity is an essential requirement for health.

Examples of Good Practice

In Hungary, cooperation has started with kindergarten teachers, for whom training courses and conferences are organised to develop their skills and knowledge about healthy and active lifestyles. The Government also supports the publication of information material about early education. A secondary aim of this project is to develop the awareness of parents.

¹⁴ Universität Paderborn (2004): Study on young people's lifestyles and sedentariness and the role of sport in the context of education and as a means of restoring the balance. Final report by Wolf-Dietrich Brettschneider, Roland Naul, et al. <http://ec.europa.eu/sport/documents/lotpaderborn.pdf>

In France, ICAPS (Intervention Centred on Adolescents' Physical Activity and Sedentary Behaviour) is a multi-level, multi-actor programme involving young people, schools, parents, teachers, youth workers, youth clubs, sport clubs, etc. The aim is to encourage young people to be more physically active and to offer opportunities both within and outside of schools. The results from the first four years have been positive and show that actions aimed at reducing obesity levels can be successful.

In the UK, the Government has provided £100 million for an out of school sports programme, 'Sport Unlimited'. The programme aims to increase the opportunities for children and young people to take part in sport out of school hours, thus increasing participation levels to five hours a week. County Sport Partnerships consult with young people to ensure the activities provided are what young people want to do. The programme is a partnership approach and a range of local delivery agents outside of schools also provide facilities and services ranging from youth clubs, sport clubs, the private commercial sector and leisure centres.

3.3.2. Education and training of health professionals

Health professionals need to be prepared to give appropriate counselling on physical activity in relation to the specific conditions of the people they see in their practice. Nurses are often particularly close to patients so may have an opportunity for enhanced interaction. Information about the need for physical activity, the best way to introduce it in everyday life and, therefore, changes in lifestyle should be available to all health professionals during their studies and continuing education in this growing field should be mandatory.

In addition it would be useful to recognise sports medicine as a specialty in the EU, because an important part of sports medicine is preventive medicine to promote health enhancing physical activity.

General practitioners need to be aware of the relevance of physical activity to the prevention of a wide range of diseases and should be prepared to give the appropriate counselling on physical activity. "Exercise referral", where exercise is prescribed to improve the health condition or to reduce the risk of disease, is in some European countries becoming a popular way to propose specific physical activity. Exercise referral often to a leisure centre is generally given by the general practitioner, who then receives a detailed report on its outcome in order to discuss this with the patient.

Apart from specific 'exercise referral' schemes, counselling people to increase their physical activity through activities such as walking and cycling, has become part of the role of general practitioners in many countries. It is important therefore that lifestyle counselling and physical activity behaviour change are included in initial medical training and continuing education.

Example of Good Practice

In most European countries medical education is organised in such a way that practitioners as well as nurses, medics, physiotherapists and nutritionists are obliged to follow every year several courses for updating knowledge and skills. Some such courses

are oriented toward the promotion of physical activity among their patients and the general population.

Guidelines for Action

- Guideline 21 – EU Member States should collect, summarise and evaluate national guidelines for physical activity addressed to physical education teachers and other actors in the development of children and youth.
- Guideline 22 – As a second step, EU Member States could design health-enhancing physical education modules for the training of teachers in, respectively, kindergartens, primary schools and secondary schools.
- Guideline 23 – Information about the need for physical activity, the best way to introduce it in everyday life and changes in lifestyle should be available to physical education teachers, health professionals, trainers, managers of sport and leisure centres and media professionals in the course of their studies and/or professional training.
- Guideline 24 – Topics related to physical activity, health promotion and sports medicine should be integrated into the curricula of health professions in the EU.

3.4. Transport, environment, urban planning and public safety

Transport provides good opportunities to be physically active, but only if the appropriate infrastructures and services are in place to allow for active commuting.

During the last decade evidence of the association between walking, cycling and health benefits measured as hard endpoints such as all-cause mortality, cardiovascular disease (CVD) and diabetes 2 has accumulated. The total amount of walking has been shown to be associated with lower CVD rates and lower risk of Type II diabetes. While commuter walking alone may decrease mortality rates, the benefit seems to be less than can be accomplished with commuter cycling. A 30-35% lower mortality rate has been found in commuter cyclists even after adjustment for other types of physical activity and other CVD risk factors such as obesity, cholesterol and smoking. Studies also support a benefit of walking or cycling to work in relation to lower risk of hypertension, stroke, overweight and obesity.

In children and young people, cycling to school is associated with higher fitness levels. In Denmark, where this mode of transportation is used by almost two thirds of adolescents, an 8% higher fitness level was found in cyclists. This translates into a substantial health benefit because the least fit quartile of children have thirteen times more metabolic problems such as clustering of cardiovascular risk factors than the fittest quartile. Children who biked to school were also five times more likely to be in the upper quartile of fitness. Walking to school is not always associated with higher fitness, probably because the intensity during walking is lower than during cycling. Also in adults, commuter cycling seems to improve health more than commuter walking.

An urban environment that encourages the use of motor vehicles and, therefore, discourages physical activity, is a driving force behind population-wide trends toward overweight and obesity. Environmental factors can have an important role in determining and shaping physical activity patterns. In this context it is important to consider the needs of children and young people independently as their ability to interact with their built environment is restricted. In contrast to adults, children and young people spend large parts of their day at school, have considerable time for recreation, are more likely to accumulate physical activity through play, are not able to drive, and are subject to restrictions placed on them by adults. Negative parental perceptions of the environment, in particular safety, are negatively associated with children and young people's activities in their local neighbourhood. Yet children and young people's engagement in their local environment through physical activity is important for their physical and social well-being as it gives them the opportunity to gain independence and make social contacts.

To promote the attractiveness of cycling and walking as modes of transport, the emphasis on road safety is crucial. If an environment is not perceived as secure for personal or traffic reasons, the majority of the population may adopt motorised modes of transport, particularly at night-time. Similarly, attractive green spaces or safe shared street spaces are important components of an active neighbourhood.

The environmental issue is relevant to the promotion of physical activity not only in the urban context but also in the countryside, in mountains and hills as well as in rivers, lakes and sea. Many types of self-organised physical activity, such as walking, cycling, sailing or rowing, become more rewarding if carried out in a nice natural environment. Based on this view, environmental preservation becomes important not only to protect landscape, wild life, forests or plants but also to provide space and attractive occasions for human physical activity.

In this respect, it is important to set rules for the use of such natural environment to promote physical activity and discourage motorised frequentation. For example, motor boats should leave space for rowing or sailing boats and snow scooters for snow shoe walking or cross-country skiing.

Examples of Good Practice

In most countries walking and cycling have been decreasing. However, a recent systematic review concluded that interventions tailored to people's needs, which targeted the most sedentary or those motivated to change, can increase walking by up to 30-60 minutes per week. Interventions to promote cycling are rare, because improvements in cycling habits depend on the availability of safe biking routes. One non-randomised community intervention in Odense, Denmark, promoted cycling through various initiatives and increased the number of bicycle trips by more than 20% over five years. At the same time, the number of accidents involving cyclists was 20% lower than in the rest of the country. The rate of traffic accidents involving cyclists is lower in countries where cycling is common, probably because these countries (mainly the Netherlands and Denmark) have an infrastructure of safe biking routes and because car drivers are used to taking account of cyclists. However, even in countries without this infrastructure accidents involving cyclists are rare in absolute terms, and the health benefits by far exceed the risks. In studies from Copenhagen the lower number of deaths attributed to cycling to work compared to deaths among passive travellers by far exceeded the total number of injured cyclists in traffic accidents.

Public/private partnerships have been used in some cities to offer publicly available bikes for free, due to the fact that they serve as vehicles for advertisements. An example is the city bike system in the Danish city of Aarhus.

In the Netherlands and Denmark, there is generally physical separation between bicycle paths and lanes for car traffic, which has a major impact on the perception of cycling as a secure and healthy mode of transport.

In Hungary, a special Government Commissioner is in charge of coordinating the building of bicycle paths throughout the country.

In the UK (England), a partnership between Sport England and the Department of Health is targeted at urban designers, master planners and the architects of new communities. Active Designs, a guidance document, promotes sport and physical activity through three key principles:

- Accessibility: Improving accessibility refers to the provision of easy, safe and convenient access to a choice of opportunities for participating in sport, active travel and physical activity for the whole community.*
- Amenity: Enhancing amenity involves the promotion of environmental quality in the design and layout of new sport and recreational facilities, the links to them and their relationship to other development and the wider public realm.*
- Awareness: Increasing awareness highlights the need for increased prominence and legibility of sport and recreation facilities and opportunities for exercise through the layout of the development.*

Since 2003, motorists driving in London have been charged £8 (approx €10) to drive into the central part of the city (London Congestion Charge). While the main objective of this charge was to reduce congestion, it has contributed to a significant increase in cycling across the city, alongside new investments in cycling infrastructure. Transport for London estimates that cycling levels have increased by over 80% since the charge was introduced, with no significant increase in casualties.

The development of the "walking bus" system in a number of countries involves groups of children walking to school or kindergarten under the stewardship of adults. It teaches children relevant knowledge and competences related to road safety, in their role as pedestrians, and provides a safe transport mode in their daily lives during childhood – a phase of life where the dangers posed by motorised traffic can be particularly menacing.

The World Health Organization has recently published the Health Economic Appraisal Tool (HEAT) for Cycling, to help transport planners take better account of the health benefits of cycling when planning new infrastructure. The HEAT for Cycling addresses the issue that while the calculation of cost-benefit ratios is an established practice in transport planning, the health benefits of transport interventions are rarely taken into account. The HEAT provides guidance for the inclusion of health effects of transport-related physical activity in economic analyses of transport infrastructure and policies.

Guidelines for Action

- Guideline 25 – In all parts of their territory which are suitable for commuter cycling, Member State authorities at national, regional and local levels should plan and create appropriate infrastructure to allow citizens to cycle to school and to work.
- Guideline 26 – Other types of active commuting should be systematically considered in national, regional and local planning documents, the aim of which should be to ensure conditions for safety, comfort and viability.
- Guideline 27 – Investments in infrastructure for commuter cycling and walking should be accompanied by targeted information campaigns to explain the health benefits of active commuting.
- Guideline 28 – When planning authorities give permits to build new developments, or when public authorities build new neighbourhoods themselves, they should integrate in their authorisation or in their planning the need to create a safe environment for the practice of physical activity by the local population. In addition, they should also consider distances and ensure opportunities for walking or cycling from home to train stations, bus stops, shops and other services and to recreational places.
- Guideline 29 – Local governments should consider cycling as an integral part of town planning and engineering. Cycle tracks and parking spaces should be designed, developed and maintained in respect of basic safety requirements. Local governments are encouraged to exchange best practice throughout the EU to find the most suitable economic and practical solutions.
- Guideline 30 – Public authorities responsible for traffic police services should ensure that appropriate levels of safety are provided for pedestrians and cyclists.
- Guideline 31 – Public authorities should pursue not only the protection of the natural environment *per se* but also its potential to provide attractive outdoor spaces for physical activity. Effective conflict management should be put in place to balance the needs of different users, particularly motorised versus non-motorised visitors.
- Guideline 32 – Public authorities should seek to ensure that children's play needs are not marginalised in community planning and design.

3.5. Working environment

Physical demands at the workplace have undergone far-reaching changes in the course of the last century and this process is still in progress. In general, hard labour has been largely eliminated in the industrialised part of the world. The vast majority of today's occupations in the EU have a low overall energy demand and when work is demanding it tends to be a local, often monotonous load in specific muscles that constitutes the strain. Thus, on one hand the energy demand at the work site is well below what is recommended for a healthy lifestyle, but on the other hand certain tasks may create an enhanced risk for the development of muscular-skeletal disorders.

In this light it would be valuable if work site plans or programmes were implemented for the workers to include physical activity in their daily or weekly routine. This could counteract both a daily low energy turnover and local strain on specific muscles including the back muscles, and also help the workers keep an acceptable aerobic fitness level.

Such programmes have been implemented in relation to evaluation criteria such as well-being, sick leave, risk factors for chronic diseases, skeletal-muscle disorders, and cost-benefit. Overall such interventions have positive outcomes especially for well being, but also for total energy expenditure and fitness level. Most studies report on effects on sick leave and some on cost-benefit effects.

Available evidence supports the idea that the workplace should be the primary site in adult daily life where a physically active lifestyle is supported and that this should be a matter of concern for employers and trade unions. The social partners need to make an active contribution in this field, without which governmental objectives cannot be reached.

The work environment has a long tradition of being critically evaluated. In the past the focus has been on the physical and the toxicological environment. Today, healthy food and a policy against smoking and alcohol have become increasingly common. To this should be added the possibility to have a physically active lifestyle. If skeletal muscle disorders and other work-related chronic diseases are a problem, prevention programmes should be offered.

Examples of Good Practice

32 workplaces were involved in a two-year pilot scheme, Well@Work, in the UK. The scheme involved businesses ranging from a large food manufacturer and a hospital to a small rural business. The pilot project evaluated a range of interventions that would encourage sport and physical activity in the workplace. "Activate your Workplace" built on the success of Well@Work. It was a one-year training and support programme to help workplaces design, deliver and monitor healthy activities while developing internal capacity to ensure that programmes are sustainable. Following completion of the programme, participating organisations should have an active and healthy workplace policy and a member of staff trained and knowledgeable in workplace health along with a qualification from the Royal Institute of Public Health. Partnership working is at the heart of "Activate your Workplace" which is being led by The Centre for Workplace Health, St Mary's University College, Twickenham, London, in partnership with Sport England, Transport for London, the London Development Agency, the Fitness Industry Association and NHS London. The partners provide funding or offer incentive packages and access to their expertise and services.

In Luxembourg, the Ministry of Health gives annual rewards to businesses offering health enhancing programmes in the workplace, including programmes and initiatives in relation to physical activity. The award is called "Prix Santé en entreprise" ("Health at workplace reward") and was awarded for the first time in 2008.

Guidelines for Action

- Guideline 33 – In their agreements, employers and trade unions should include requirements for the workplace which facilitate a physically active lifestyle. Examples of such requirements include: (1) Access to adequately equipped indoor and outdoor exercise facilities; (2) Availability, on a regular basis, of a physical activity professional for joint exercise activities as well as for individual advice and instruction; (3) Support for workplace-related sport participation; (4) Support for using cycling and walking as transportation to and from the workplace; (5) If the work is monotonous or heavy to the extent that it implies an increased risk of skeletal muscle disorders, access to exercises specifically designed to counteract these diseases; (6) A physical activity-friendly working environment.
- Guideline 34 – National health certificates could be awarded to workplaces where a healthy physically active lifestyle is given high priority.

3.6. Services for senior citizens

Increasing evidence points to the importance of physical activity for older adults. Although health conditions during aging can be considered in great part the results of lifestyle during adulthood and possibly even during youth, the level of physical activity of older adults is an important determinant for their level of fitness and for their continued ability to lead an independent life. The positive effects of continued physical activity include both psychological (life satisfaction) and physical, physiological and social health conditions. It has been shown that participation in a regular exercise programme is an effective tool to reduce or prevent a number of functional declines associated with aging, including among octogenarians and nonagenarians. There is increasing evidence that physical activity may maintain cognitive functions and have a preventive effect on depression and dementia (the psychiatric disorders most frequent among the elderly).

Physical activity including specific muscle training (strength and balance) plays an important role in improving the quality of life of senior citizens. While studies have shown that regular physical activity and/or exercise in advanced age does not significantly lengthen life expectancy, improved physiological and psychological conditions help maintain personal independence and reduce demands for acute and chronic care services. This may have significant economic benefits, as the resultant cost savings are likely to more than compensate for the costs of well-designed exercise programmes. It will be important to personalise exercise programmes for older persons, corresponding to the level of fitness that can be achieved and taking into account their specific needs. Special attention is needed for the role of physical activity in case of development of age-associated impairment, functional disability, and cognitive decline.

Cultural, psychological and health factors often inhibit physical activity and exercise in older age. Thus, special care is needed to create and support the motivation of elderly people to be physically active, particularly if they are not used to being physically active.

Research is needed to explore possibilities to change attitudes towards physical activity in the present pre-elder generation. Moreover, awareness of the beneficial effects of a

good lifestyle including various physical activities needs to be raised among the elderly and in society.

Relevant to the maintenance of physical activity is socio-economic status and living conditions, either at home or in a residential facility. The planning of residential facilities should take into account physical activity, in particular in relation to the opportunity to walk inside and outside and participate in specific activities within the community.

Health services, local government and voluntary organisations may play an important role in breaking resistance to start or continue physical activity in older people. They can promote initiatives which overcome on the one hand the possible economic restrictions and on the other hand psychological and cultural inhibitions. Primary care physicians can give assistance to older patients to realise the benefits by encouraging them to increase their physical activity levels, by prescribing appropriate exercise regimes and by referring them to physical activity and exercise specialists.

On an every-day basis, walking at moderate speed in an urban context is likely to be the most advisable physical activity for old people. A minimum of 30 minutes has been proposed on the basis of available studies. It needs to be stressed that this should be a walk for the (pleasure of) walking, not carrying things, and keeping an adequate pace. Staircase climbing is a second useful exercise. Taking care of the house and gardening may complement these everyday activities. In some European countries, there is a tradition of performing physical exercises at home at a fixed moment of the day (generally in the morning). While the health benefit of such exercises is undoubtedly positive, research is needed into their precise effects.

It is worth underlining that walking in an urban environment requires a guarantee of safety which is seldom fulfilled in European towns due to high-intensity traffic. Locomotion is slower in the elderly and sensory abilities (sight, hear) are often impaired, which make old people more exposed to traffic-related accidents. Security from aggression and violence may also represent an essential guarantee required by old people to leave their homes without fear. The availability of shops, meeting points (cafes, libraries) are further reasons that may encourage walking in the town or in the neighbourhood.

Additional physical activity specifically oriented at elderly people, such as muscle strength training, swimming or other types of fitness activities to improve cardiovascular function and muscle strength, may represent a valuable complement on a periodic basis (two to three times per week) to everyday activities.

Examples of Good Practice

The "European Network for Action on Ageing and Physical Activity (EUNAAPA)", funded by the European Commission, has identified good practice in the promotion of physical activity among older people. This includes good practice in exercise programmes and courses for older people that are in place in different Member States. For example, the German Olympic Sports Association runs a programme named "Truly fit from 50 on" targeted at attracting older people to join specially designed exercise classes. EUNAAPA has also identified good practice in developing policies for the promotion of physical activity among older people. For example, governmental organisations in the Netherlands were successful in linking the topic of physical activity

to initiatives originally solely geared toward promoting elite sport prior to the Olympic Summer Games.

In Finland, a national health exercise programme for older adults, Strength in Old Age, promotes the autonomy and quality of life of independently living older adults with decreased functional capacity. This is achieved by increasing leg muscle strength and balance exercise of the target group and by developing services. Activities are provided especially for over 75-year-olds. The programme (2005-2009) is a large cooperation project carried out by the Ministry of Social Affairs and Health, the Ministry of Education, the Finnish Slot Machine Association and several other actors. It is coordinated by the Age Institute. The programme develops suitable forms of group exercise, including gym and balance exercises and home gymnastics. Actors in the public, private and third sectors are encouraged to form networks, develop exercise services and improve conditions for exercise and everyday mobility.

Guidelines for Action

- Guideline 35 – In view of increasing longevity in European societies, EU Member States should increase research into the link between physical activity of senior citizens and their psychological and physiological health as well as into the identification of means to enhance awareness of the importance of being physically active.
- Guideline 36 – Public authorities should provide facilities which make physical activity more accessible and attractive to elderly people, being aware that spending money on such facilities will save money on medical treatment.
- Guideline 37 – Special attention should be paid by personnel in charge of caring for elderly people at home and in institutions to ensure that suitable amounts of exercise, compatible with the health conditions, are maintained.

4. INDICATORS, MONITORING AND EVALUATION

The implementation of policy actions for physical activity promotion should be monitored on a national and, potentially, EU level. The following indicators are likely to yield important information on policy implementation processes and outcomes:

A. Rate of population reaching adequate physical activity levels

– Indicators:

- (1) Population rate meeting the recommendations for health-enhancing physical activity; population rate participating in leisure-time physical activity (structured exercise and lifestyle) and active transportation (commuting etc.); daily patterns of physical activity behaviour in terms of intensity, frequency and duration of the activity; physical activity levels of population, including subgroups (elderly people, children, etc.);
- (2) Fitness levels (cardiovascular fitness, strength, etc.).

– Means: physical activity monitoring at population level using objective measurement methods, such as motion sensors, and subjective methods, such as questionnaires.

B. Development and implementation of physical activity related policies

- Indicators: policy input through the formulation of national policies, strategies or actions; policy process (implementation) and output through effective legislation, implementation programmes and adequate funding (e.g. number of staff hired); policy outcomes in terms of e.g. the rate of population being obese, kilometres of bicycle paths built.
- Means: policy implementation monitoring system.

Distal outcome indicators of policy implementation such as changes in population rates participating in physical activity (point A above) are already monitored by existing health monitoring systems in most EU countries. Proximate outcome indicators such as policy input, process and output (point B) are neither monitored by the EU nor by most EU countries. The WHO Global Strategy on Physical Activity and Diet recently published “A Framework to Monitor and Evaluate Implementation”, suggesting the establishment of monitoring systems for physical activity policy implementation at national level. In order to appreciate the impact of any public initiative on the physical activity level of the population, it is necessary to conduct some sort of survey before the intervention and then repeat it over time.

Although much attention has been given to monitoring methods targeting individuals, certain questions may be better answered with a shift in focus to other targets of measurement including individual and non-individual methods.

Individual monitoring techniques are usually divided into subjective and objective methods. Subjective methods (self-reporting) include questionnaires made available by mail, e-mail or on the internet, as well as telephone surveys. Objective methods include pedometry, accelerometry, heart rate monitoring, combined monitoring and doubly-labelled water.

Non-individual monitoring methods are those which do not have an individual as the target of measurement but a group of individuals or an area. Much of this information may already be collected but perhaps for other purposes, for example national export-import statistics or crime-protection programmes. Examples are the number of cars in the household, work place, region, country; number of bicycles; number of television sets, PCs, game consoles, dishwashers, washing machines, tumble dryers, annual number of miles travelled by car, number of people using the stairs relative to the elevators in a certain location, number of gym/sport club memberships, number of physical activity classes in curricula and teacher absence reports from physical activity classes.

Examples of Good Practice

In the UK, the English Active People Survey is the largest ever survey of sport and active recreation to be undertaken in Europe. It identifies how participation varies from place to place and between different groups in the population. The survey also measures the proportion of the adult population that volunteer in sport on a weekly basis, club membership, involvement in organised sport/competition, receipt of tuition or coaching, and overall satisfaction with levels of sporting provision in the local community. The questionnaire was designed to enable analysis of the findings by a broad range of demographic information, such as gender, social class, ethnicity, household structure, age and disability. The first year of the survey was conducted between October 2005 and

October 2006, and was a telephone survey of 363,724 adults in England (aged 16 plus). Due to the success of the survey it is being repeated annually until 2010.

Sport England has built on the Active People survey research by analysing the data further, producing 19 market segments with distinct sporting behaviours and attitudes to help understand the nations' attitudes and motivations – why they play sport and why they don't. The segments provide the knowledge to potentially influence people to take part. Each segment can be explored at differing geographic levels. It is possible to find out what people's sporting habits are in a particular street, community, local authority or region. This includes information on specific sports people take part in as well as why people do sport, whether they want to do sport and the barriers to doing more sport. In addition, the segments provide information on media consumption and communication channels, social capital, health indicators including obesity and engagement in the wider cultural sphere.

Guidelines for Action

- Guideline 38 – The implementation of policy actions for physical activity promotion should be monitored regularly, based on pre-defined indicators to allow for evaluation and review.

5. PUBLIC AWARENESS AND DISSEMINATION

5.1. Public awareness campaigns

Successful implementation of physical activity guidelines depends to a large extent on changes in public perceptions and changes in individual behaviour. Public awareness campaigns are therefore an important tool in the implementation of physical activity guidelines.

When a public awareness campaign is being planned, it may be useful to look at what has been done in similar campaigns in other countries and how those campaigns have been evaluated. External conditions (timeframe, budget) should be addressed as soon as possible when planning a campaign. Cooperation partners (scientists, institutes, spokespersons, PR and communication agencies, creative agencies) need to be defined and a reference group (NGOs, trade unions, national and international experts, including experts from the media) are likely to be useful, in particular to test ideas and messages.

Community involvement should be achieved ("grassroots marketing"). In this context, important steps may be to use the internet to raise awareness, to send material to local health personnel and schools, to make local press releases, to ask experts in the local community to write feature articles, and to involve local celebrities.

Media professionals are a key player to achieve changes in public and individual attitudes. In view of the increasing relevance of mass communication media, particularly television, in determining lifestyles, it has become important that professionals active in that field are aware of the issues of physical activity in relation to health and environmental impact and of the possibilities which mass media present to influence people's behaviour.

Guidelines for Action

- Guideline 39 – To have an impact, public awareness campaigns should be combined with other forms of intervention within a coherent strategy.

5.2. EU HEPA Network

As stated in the European Commission's 2007 White Paper on Sport, there is great potential for enhancing public health through physical activity. The second action proposed in the “Pierre de Coubertin” Action Plan accompanying the White Paper is that “[t]he Commission will support an EU Health-Enhancing Physical Activity (HEPA) network”.

An EU HEPA network should strengthen and support efforts and actions to increase physical activity levels and to improve the conditions favourable to a healthy lifestyle across Europe. It should also provide a European platform for sharing the development and implementation of evidence-based policies, strategies and programmes.

From 1996 until 2001, the first European Network for the Promotion of Health-Enhancing Physical Activity existed as a programme funded by the European Union and was instrumental at the time in facilitating exchange and providing support for the development of integrated national approaches. As no such platform was in place after 2001, HEPA Europe, the European network for the promotion of health-enhancing physical activity (HEPA Europe), was founded in May 2005 in Denmark. At its 3rd annual meeting in May 2007, HEPA Europe counted 52 members covering 23 European countries, including 16 EU Member States, and one observer from a country outside Europe. It closely collaborates with the WHO Regional Office for Europe.

The objectives of HEPA Europe include: 1) to contribute to the development and implementation of policies and strategies for HEPA in Europe; 2) to develop, support, and disseminate effective strategies, programmes, approaches, and other examples of good practice; and 3) to support and facilitate the development of multi-sectoral approaches to the promotion of HEPA.

HEPA Europe relies on a multi-sectoral approach of physical activity promotion involving experts from the health, sports, education, environment, transport, urban planning and other sectors from across Europe. It has the ambition to participate in all areas of HEPA promotion across Europe.

HEPA Europe contributes to the development of an evidence base on the effectiveness of approaches to physical activity promotion and to making this evidence easily available. It aims to target population groups which are most in need of increasing their physical activity levels for health (depending on age, region, socioeconomic status etc.), as well as to identify supportive conditions for being physically active (including actions from different sectors including sport, health, urban planning or transport). HEPA Europe also supports the development of improved measurement and monitoring of physical activity at population level. Activities on the assessment of the overall balance between benefits

and possible increased risks resulting from increased population levels of physical activity are also carried out (including cost-benefit analyses).

In view of the useful role already played by the HEPA Europe Network, an EU HEPA Network should not supplant the existing network, but rather find ways to develop common activities. The exchange of information and good practice already practised in the HEPA Europe Network should be taken as a model to emulate and the WHO Regional Office for Europe (European Centre for Environment and Health, ECEH) should be invited to continue playing a key role in this connection. The European Commission should look for a way to provide support to HEPA Europe for its EU activities and projects. Project grants should be given on the basis of specific applications following a restricted call for proposals.

In this way, the Network should have the potential to play an important role in disseminating and promoting the implementation of these EU Physical Activity Guidelines across the EU.

Example of Good Practice

The HEPA Europe Network holds annual meetings open to all organisations or individuals interested in the promotion of health-enhancing physical activity with a European perspective. Members and interested parties are regularly informed of ongoing activities and events through the maintenance of a HEPA Europe website. Advocacy booklets on physical activity and health with key facts and figures for policy makers are disseminated through the network. An inventory of existing approaches, policy documents, and targets related to physical activity promotion in different European countries is regularly updated. The network was involved in the collection of case studies of collaboration between the physical activity promotion community and the transport sector, providing an overview of European experiences. A review of cost-benefit analysis (CBA) methodology with regard to walking and cycling, together with a tool for such analysis, is one of several ongoing projects.

Guidelines for Action

- Guideline 40 – The dissemination and implementation of these EU Physical Activity Guidelines at EU level should be supported through an EU HEPA Network based on the existing European network for the promotion of health-enhancing physical activity (HEPA Europe).
- Guideline 41 – The European Commission is called upon to consider how best to give financial support to an EU HEPA Network for this purpose and how to involve the Network in the implementation and assessment of HEPA-related projects and the dissemination of results.

ANNEX: LIST OF EXPERTS

These Physical Activity Guidelines were drafted by an Expert Group consisting of the following experts:

- (1) Lars Bo Andersen, School of Sport Sciences, Norway
- (2) Sigmund Anderssen, School of Sport Sciences, Norway
- (3) Norbert Bachl, Vienna University, Austria
- (4) Winfried Banzer, Johann Wolfgang Goethe Universität, Frankfurt, Germany
- (5) Søren Brage, MRC Epidemiology Unit, Cambridge, UK
- (6) Wolf-Dietrich Brettschneider, University of Paderborn, Germany
- (7) Ulf Ekelund, MRC Epidemiology Unit, Cambridge, UK
- (8) Mikael Fogelholm, UKK Institute, Finland
- (9) Karsten Froberg, University of Southern Denmark, Denmark
- (10) Nieves Palacios Gil-Antuñano, High Sports Council, Spain
- (11) Viesturs Larins, Academy of Sport Education, Latvia, Estonia and Lithuania
- (12) Roland Naul, University of Essen, Germany
- (13) Jean-Michel Oppert, Pierre et Marie Curie University, France
- (14) Angie Page, University of Bristol, United Kingdom
- (15) Carlo Reggiani, Padova University, Italy
- (16) Chris Riddoch, Bath University, United Kingdom
- (17) Alfred Rütten, Friedrich-Alexander-University, Germany
- (18) Bengt Saltin, University of Copenhagen, Denmark
- (19) Luís Bettencourt Sardinha, Lisbon Technical University, Portugal
- (20) Jaakko Tuomilehto, Helsinki University, Finland
- (21) Willem Van Mechelen, Department of Public and Occupational Health/EMGO Institute, VU University Medical Center, Amsterdam, The Netherlands
- (22) Henriett Vass, Sports Directorate, Hungary

The Expert Group was chaired by the Sport Unit of the Directorate-General for Education and Culture of the European Commission, which also played the role of a secretariat. The EU Working Group "Sport and Health" appointed the members of the Expert Group and supervised the drafting process.

The Expert Group's logistical expenses were covered by the European Commission.

Brüssel, den 10. Oktober 2008

EU-Leitlinien für körperliche Aktivität

Empfohlene politische Maßnahmen zur Unterstützung gesundheitsfördernder körperlicher Betätigung

Vierter zusammenfassender Entwurf,

Gebilligt von der EU-Arbeitsgruppe „Sport & Gesundheit“
auf ihrer Sitzung vom 25. September 2008

=====

Kurzversion – nur Leitlinien:

Ohne Hintergrund, Kommentare und Beispiele für Gute Praktiken

=====

1. EINLEITUNG

Handlungsleitfaden

- Leitlinie 1 – In Übereinstimmung mit den Leitdokumenten der Weltgesundheitsorganisation empfehlen die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten mindestens 60 Minuten körperlicher Betätigung mäßiger Intensität pro Tag für Kinder und Jugendliche und mindestens 30 Minuten körperlicher Betätigung mäßiger Intensität pro Tag für Erwachsene, einschließlich der Senioren.
- Leitlinie 2 – Alle betroffenen Akteure sollen sich an den Leitdokumenten der Weltgesundheitsorganisation zu Fettsucht und körperlicher Aktivität orientieren und Wege zu ihrer Umsetzung suchen.

2. EINE SEKTORÜBERGREIFENDE VORGEHENSWEISE

Handlungsleitfaden

- Leitlinie 3 – Die für unterschiedliche Sektoren zuständigen staatlichen Stellen sollen sich gegenseitig durch eine sektorübergreifende Zusammenarbeit bei der Umsetzung politischer Maßnahmen, die den Individuen eine Ausweitung ihrer körperlichen Aktivitäten erleichtern und diese für sie attraktiver machen, unterstützen.
- Leitlinie 4 – Für die Umsetzung von Leitlinien zu Sport und körperlicher Aktivität zuständige Stellen sollen Vereinbarungen zwischen zentralen, regionalen und lokalen Regierungsebenen nutzen, um Sport und körperliche Aktivität zu fördern. Solche Vereinbarungen können gegebenenfalls auch spezielle Belohnungsmechanismen

beinhalten. Eine Vernetzung zwischen den Strategien zur Förderung von Sport und körperlicher Aktivität sollte unterstützt werden.

- Leitlinie 5 – Die Regierungen sollen Initiativen starten, um die öffentliche und private Finanzierung körperlicher Aktivität zu koordinieren und zu fördern und den Zugang für die gesamte Bevölkerung zu erleichtern.

3. POLITISCHE BEREICHE

3.1. Sport

Handlungsleitfaden

- Leitlinie 6 – Im Falle öffentlicher (nationaler, regionaler, lokaler) Unterstützung des Sports mit staatlichen Mitteln ist besonderes Augenmerk auf Projekte und Organisationen zu legen, die einer möglichst großen Zahl von Menschen körperliche Betätigung ermöglichen, und zwar unabhängig von ihrem Leistungsstand („Breitensport“, Freizeitsport).
- Leitlinie 7 – Im Falle öffentlicher (nationaler, regionaler, lokaler) Unterstützung des Sports mit staatlichen Mitteln müssen geeignete Management- und Bewertungsmechanismen existieren, die eine Überwachung im Sinne des Ziels der Förderung von „Sport für alle“ sicherstellen.
- Leitlinie 8 – Werden staatliche Beihilfen für Aktivitäten bereit gestellt, die körperliche Betätigung zum Inhalt haben, sollen die Kriterien für die Förderungswürdigkeit und Vergabe auf den geplanten Aktivitäten, aber auch auf den allgemeinen Tätigkeiten der sich um Mittel bewerbenden Organisationen beruhen. Dabei dürfen ein besonderer gesetzlicher Status, die Geschichte der Organisation oder die Mitgliedschaft in übergeordneten Verbandsstrukturen nicht als vorqualifizierende Kriterien gelten. Die Mittel sollen direkt an „Breitensport“-Aktivitäten gehen, wobei gilt, dass auch Organisationen mit einer Elitesport-Komponente einen bedeutsamen Beitrag zur „Sport für alle“ Agenda leisten können. Öffentliche und private Akteure müssen sich gleichberechtigt um Finanzmittel bewerben können.
- Leitlinie 9 – Sportpolitik hat sich auf Fakten zu stützen, und öffentliche Gelder zur Unterstützung der Sportwissenschaft sollen Forschung unterstützen, die sich um den Erwerb neuer Kenntnisse über Tätigkeiten bemüht, welche es der breiten Bevölkerung ermöglichen, körperlich aktiv zu sein.
- Leitlinie 10 – Sportorganisationen haben für jedermann attraktive Betätigungsmöglichkeiten und Veranstaltungen anzubieten und Kontakte zwischen mit unterschiedlichen Fähigkeiten ausgestatteten Angehörigen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen zu fördern, unabhängig von Rasse, ethnischer Zugehörigkeit, Religion, Alter, Geschlecht, Nationalität und körperlicher und geistiger Verfassung.

- Leitlinie 11 – Sportorganisationen sollen bei der Entwicklung von Trainingsprogrammen für Trainer, Lehrer und sonstige beruflich in diesem Bereich Tätige mit Universitäten und berufsbildenden höheren Schulen zusammenarbeiten. Diese Programme sollen dazu dienen, Menschen mit sitzender Lebensweise und solchen mit motorischen oder geistigen Gebrechen, die einen speziellen Sport ausüben möchten, körperliche Betätigung anzuraten und zu verordnen.
- Leitlinie 12 – Einfache, gesundheitsbezogene Übungsprogramme, die möglichst viele Gesellschafts- und Altersgruppen ansprechen und möglichst viele Sportdisziplinen umfassen (Athletik, Joggen, Schwimmen, Ballsportarten, Kraft- und Herz-/Kreislauf-Training, Kurse für Senioren und Jugendliche) sollen fester Bestandteil des Angebots von Sportorganisationen werden.
- Leitlinie 13 – Sportorganisationen bergen ein einzigartiges Potenzial zur Prävention und Gesundheitsförderung, das man nutzen und weiterentwickeln sollte. Sportorganisationen gewinnen spezielle Bedeutung für die Gesundheitspolitik, wenn sie qualitätsgeprüfte und kosteneffiziente Programme zur Prävention und Gesundheitsförderung anbieten können.

3.2. Gesundheit

Handlungsleitfaden

- Leitlinie 14 – Daten über die körperliche Aktivität sind auf nationaler Ebene in Gesundheitsüberwachungssysteme zu integrieren.
- Leitlinie 15 – Die staatlichen Stellen sollen die Berufe ermitteln, die die zur Förderung körperlicher Aktivität erforderlichen Kompetenzen besitzen und sollen prüfen, wie die relevanten beruflichen Aufgaben durch entsprechende Anerkennungssysteme erleichtert werden können.
- Leitlinie 16 – Ärzte und sonstige Gesundheitsberufe sollen als Vermittler zwischen Krankenversicherungen, ihren Mitgliedern oder Kunden und den Anbietern von Sportprogrammen agieren.
- Leitlinie 17 – Versicherungsgesellschaften sind dazu anzuhalten, Ärzten (Allgemein- oder Fachärzten) ein jährliches Gespräch mit jedem Patienten über die Möglichkeiten zur Einbeziehung körperlicher Aktivität in den Alltag zu erstatten.
- Leitlinie 18 – Die staatlichen Stellen sollen Krankenversicherungssysteme als Hauptelement der Sportförderung unterstützen.
- Leitlinie 19 – Die Krankenversicherungssysteme sollen ihre Kunden ermutigen, körperlich aktiv zu sein und sollen dafür finanzielle Anreize bieten. In allen EU-Mitgliedstaaten soll körperliche Betätigung auf Rezept erhältlich sein.
- Leitlinie 20 – In Mitgliedstaaten, die eine kostenfreie Behandlung anbieten, hat das öffentliche Gesundheitssystem diese Kanäle zur Förderung körperlicher Aktivität in allen Altersgruppen zu nutzen und dabei auch ein Bonussystem für körperlich aktive

Menschen einzuführen. Außerdem sollen in Gesundheitsberufen Tätige ermutigt werden, körperliche Aktivität als Teil einer Präventionsstrategie zu unterstützen.

3.3. Erziehung

Handlungsleitfaden

- Leitlinie 21 – Die EU-Mitgliedstaaten sollen nationale Leitlinien für körperliche Aktivität sammeln, zusammenfassen und bewerten und Sportlehrern und sonstigen, in der Kinder- und Jugendförderung tätigen Personen zur Verfügung stellen.
- Leitlinie 22 – Als zweiten Schritt könnten die EU-Mitgliedstaaten an das Personal von Kindergärten, Grundschulen und weiterführenden Schulen gerichtete Module für eine gesundheitsfördernde körperliche Erziehung erarbeiten.
- Leitlinie 23 – Informationen über die Notwendigkeit körperlicher Aktivität, die besten Möglichkeiten zu ihrer Integration in den Alltag und zu einer Veränderung der Lebensweise sind Sportlehrern, Gesundheitsberufen, Trainern, Sportmanagern und Freizeitzentren sowie Medien im Zuge ihrer Studien und/oder beruflichen Fortbildungsmaßnahmen zugänglich zu machen.
- Leitlinie 24 – Sich auf körperliche Aktivität, Gesundheitsförderung und Sportmedizin beziehende Angaben sind in die Lebensläufe der in der EU in Gesundheitsberufen tätigen Personen aufzunehmen.

3.4. Transportwesen, Umwelt, Städteplanung und öffentliche Sicherheit

Handlungsleitfaden

- Leitlinie 25 – Die Behörden der Mitgliedstaaten sollen in allen Teilen ihres Staatsgebietes, die sich für pendelnde Radfahrer eignen, auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene geeignete Infrastrukturen planen und schaffen, die es den Bürgern möglich machen, zur Schule und zur Arbeit zu radeln.
- Leitlinie 26 – Sonstige Formen des aktiven Pendelns sind in nationalen, regionalen und lokalen Planungsunterlagen systematisch zu berücksichtigen. Ziel ist die Schaffung der für Sicherheit, Komfort und Benutzbarkeit nötigen Bedingungen.
- Leitlinie 27 – Investitionen in Infrastrukturen für Rad- und Gehwege für Pendler sollen mit gezielten Informationskampagnen über den gesundheitlichen Nutzen aktiven Pendelns einhergehen.
- Leitlinie 28 – Erteilen Planungsbehörden Genehmigungen für den Bau neuer Anlagen oder errichten sie selbst neue Viertel, dann haben sie in ihrer Genehmigung oder Planung die Notwendigkeit zur Schaffung eines für die Ausübung körperlicher Betätigung durch die heimische Bevölkerung sicheren Umfelds zu berücksichtigen. Darüber hinaus sind Entfernungen zu beachten und Möglichkeiten zu schaffen, die das Zurücklegen der Wege zwischen Wohnung und Bahn- und Busstationen, Läden

und sonstigen Dienstleistungsorten oder Erholungsräumen per Fuß oder Fahrrad erlauben.

- Leitlinie 29 – Lokale Verwaltungen sollen das Radfahren als festen Bestandteil in die Städteplanung und das Bauwesen aufnehmen. Radwege und Parkmöglichkeiten müssen entworfen, entwickelt und im Hinblick auf fundamentale Sicherheitsanforderungen gewartet werden. Die lokalen Verwaltungen werden aufgefordert, sich EU-weit über die besten Praktiken auszutauschen, um die geeignetsten wirtschaftlichen und praktischen Lösungen zu finden.
- Leitlinie 30 – Die für verkehrspolizeiliche Dienste zuständigen staatlichen Stellen haben sicherzustellen, dass Fußgängern und Radfahrern ein ausreichendes Maß an Sicherheit geboten wird.
- Leitlinie 31 – Die staatlichen Stellen sollen den Schutz der natürlichen Umwelt nicht als Selbstzweck betreiben, sondern Umweltschutz auch im Lichte der von der Umwelt gebotenen Flächen zur körperlichen Betätigung im Freien sehen. Dabei ist ein effizientes Konfliktmanagementsystem einzuführen, um die Bedürfnisse der einzelnen Nutzer, vor allem der motorisierten und der nicht motorisierten, miteinander in Einklang zu bringen.
- Leitlinie 32 – Die staatlichen Stellen müssen sich bemühen sicherzustellen, dass dem kindlichen Spielbedürfnis in der kommunalen Städteplanung und beim Städtebau genügend Raum eingeräumt wird.

3.5. Arbeitsumfeld

Handlungsleitfaden

- Leitlinie 33 – Arbeitgeber und Gewerkschaften sollen in ihre Vereinbarungen Arbeitsplatzanforderungen aufnehmen, die eine körperlich aktive Lebensweise erleichtern. Solche Anforderungen sind beispielsweise: (1) Der Zugang zu angemessen ausgestatteten Sportanlagen in Gebäuden und im Freien; (2) Regelmäßige Verfügbarkeit eines Sporttrainers für gemeinsame Übungen sowie für die individuelle Beratung und Anleitung; (3) Unterstützung bei arbeitsplatzbezogener sportlicher Beteiligung; (4) Unterstützung beim Zurücklegen des Wegs von und zur Arbeit per Fahrrad oder zu Fuß; (5) Bei monotoner oder körperlich schwerer Arbeit mit dem Risiko von Muskel-Skelett-Erkrankungen Zugang zu Übungen, die speziell diesen Erkrankungen entgegen wirken; (6) Ein Arbeitsumfeld, das körperlicher Aktivität entgegenkommt.
- Leitlinie 34 – Nationale Gesundheitszertifikate können an Arbeitsplätze vergeben werden, an denen einer körperlich aktiven Lebensweise hohe Priorität eingeräumt wird.

3.6. Angebote für ältere Mitmenschen

Handlungsleitfaden

- Leitlinie 35 – Vor dem Hintergrund zunehmender Langlebigkeit in den europäischen Gesellschaften müssen die EU-Mitgliedstaaten die Forschung auf dem Gebiet des Zusammenhangs zwischen körperlicher Aktivität älterer Mitbürger und ihrer psychologischen und physiologischen Verfassung sowie auf dem Gebiet der Ermittlung von Möglichkeiten zur Bewusstseinschaffung über die Bedeutung körperlicher Aktivität ausweiten.
- Leitlinie 36 – Die staatlichen Stellen haben Infrastrukturen anzubieten, die körperliche Aktivität für ältere Menschen zugänglicher und attraktiver machen, und dies im Bewusstsein, dass durch Investitionen in derartige Einrichtungen medizinische Behandlungskosten eingespart werden können.
- Leitlinie 37 – Menschen, die ältere Personen zuhause und in Einrichtungen betreuen, sollten besonders darauf achten, dass ein angemessenes, mit dem Gesundheitszustand zu vereinbarendes Maß an körperlicher Aktivität erhalten bleibt.

4. INDIKATOREN, MONITORING UND BEWERTUNG

Handlungsleitfaden

- Leitlinie 38 – Die Implementierung politischer Maßnahmen zugunsten der Förderung körperlicher Aktivität ist regelmäßig auf der Basis zuvor festgelegter Indikatoren zu überwachen, um eine Einschätzung und Überprüfung zu ermöglichen.

5. ÖFFENTLICHES BEWUSSTSEIN UND VERBREITUNG

5.1. Kampagnen zur Schaffung öffentlichen Bewusstseins

Handlungsleitfaden

- Leitlinie 39 – Kampagnen zur Schaffung öffentlichen Bewusstseins müssen – um Wirkung zu zeigen – innerhalb einer kohärenten Strategie mit anderen Interventionsformen kombiniert werden.

5.2. EU-HEPA-Netzwerk

Handlungsleitfaden

- Leitlinie 40 – Die Verbreitung und Umsetzung dieser EU-Leitlinien für körperliche Aktivität auf europäischer Ebene ist durch ein EU-Netzwerk für gesundheitsförderliche Bewegung (health-enhancing physical activity HEPA) zu unterstützen, welches auf dem bestehenden Europäischen Netzwerk für gesundheitsförderliche Bewegung (HEPA Europe) beruht.
- Leitlinie 41 – Die Europäische Kommission wird diesbezüglich aufgefordert, sich über die besten Möglichkeiten zur finanziellen Unterstützung eines EU-HEPA-Netzwerks Gedanken zu machen und das Netzwerk in die Implementierung und

Bewertung von auf gesundheitsförderliche Bewegung bezogenen Projekten und die Verbreitung der Ergebnisse mit einzubeziehen.